

3. Das Politische anders denken

Dimensionen eines erweiterten Politikbegriffs

Dieses Kapitel zielt im Anschluss an theoretische Perspektiven der Cultural Studies, der politischen Kulturforschung und feministischer Wissensproduktion darauf ab, etablierte institutionenbezogene Vorstellungen von Politik konzeptuell zu erweitern. Die in dieser Arbeit fokussierten medienbezogenen Aushandlungen des Politischen können somit als alltägliche, häufig via unspektakulärer Kommunikationsformen und -foren stattfindende (Selbst-)Verständigungsprozesse junger Menschen über gesellschaftliche Machtverhältnisse, Normen und Werte sowie Formen des Zusammenlebens gefasst und das empirische Material entsprechend analysiert werden. Dazu arbeite ich einen erweiterten Begriff des Politischen heraus, der das Politische nicht auf den Bereich staatlich-institutionalisierter Politik reduziert, sondern Alltag, Macht und Konflikt als zentrale Dimensionen des Politischen anerkennt. Ein solches Vorhaben knüpft an die für aktuelle Auseinandersetzungen mit dem Politischen konstitutive Differenzierung zwischen einem engen, staats- und institutionenbezogenen und einem weiten, alltags- und machtbefugten Politikverständnis an (vgl. hierzu z.B. Pfaff 2006: 29; Sauer 2001: 34)¹ und plädiert für eine Ausweitung der Räume und Gegenstandsbereiche des Politischen.

Hierfür gehe ich folgendermaßen vor: Zunächst diskutiere ich in Abschnitt 3.1 einige klassische kommunikations- und medienwissenschaftliche Bezugspunkte auf den Politikbegriff, von denen ausgehend ich die um Alltag, Macht und Konflikt erweiterten Perspektiven auf das Politische vorschlage. In dem Zusammenhang erläutere ich das staats- und öffentlichkeitszentrierte Politikverständnis der etablierten politischen Kommunikationsforschung (Abschnitt 3.1.1), das auf die drei Aspekte *Policy* (inhaltliche Dimension), *Politics* (prozessuale Dimension) und *Polity* (formale Dimension) fokussierende mehrdimensionale Politikverständnis (Abschnitt 3.1.2) sowie den an Jürgen Habermas anknüpfenden deliberativen Politikbegriff (Abschnitt 3.1.3) als wichtige, aber ergänzungsbedürftige konzeptuelle Referenzen. Im Anschluss daran gliedern sich meine theoretischen Erweiterungen in zwei übergeordnete Bereiche: In Abschnitt 3.2 skizziere ich *Alltag* als zentrale Dimension des Politischen, indem ich an Ulrich Becks

1 Vgl. grundlegend zu einer Differenzierung zwischen ›der Politik‹ und ›dem Politischen‹ Bedorf (2010); Bröckling/Feustel (2010); Flügel/Heil/Hetzel (2004); Marchart (2010).

Subpolitik-Begriff (Abschnitt 3.2.1), an ein alltagskulturell gewendetes Konzept politischer Kultur (Abschnitt 3.2.2) sowie an Peter Dahlgrens Modell von *Civic Cultures* (Abschnitt 3.2.3) anknüpfe und diese Ansätze mit Blick auf meinen Forschungsgegenstand diskutiere und konzeptuell erweitere. Abschnitt 3.3 fokussiert ergänzend auf *Macht und Konflikt* als wesentliche Dimensionen des Politischen. Hierzu entfalte ich zunächst unter Rückgriff auf Perspektiven der Cultural Studies ein Verständnis von Alltags- und Medienkultur als zentrale Austragungsorte des Politischen im Sinne gesellschaftlicher Inklusions- wie Exklusionsprozesse (Abschnitt 3.3.1). Daran anschließend und vermittelt über Antonio Gramscis Hegemoniebegriff diskutiere ich, inwieweit das Politische mit Chantal Mouffe als durch Antagonismen und Kämpfe um Hegemonie geprägter Raum verstanden werden kann. Welche Anschlüsse sich dadurch für die Erforschung von Aushandlungen des Politischen durch Jugendliche ergeben, zeige ich bezugnehmend etwa auf Überlegungen von Nico Carpentier und Peter Dahlgren zur politischen Dimension von Populärkultur und Alltagskommunikation (Abschnitt 3.3.2). Schließlich kritisiere ich unter Bezugnahme auf feministische Positionen Dualismen wie öffentlich–privat, Ratio–Affekt, Information–Unterhaltung und zeige, wie feministische Reartikulationen von Politik und Öffentlichkeit ein erweitertes Verständnis des Politischen konturieren (Abschnitt 3.3.3). Ein Zwischenfazit fasst die zentralen Erkenntnisse dieses Kapitels in Bezug auf den Gegenstand und das Forschungsinteresse dieser Arbeit zusammen (Abschnitt 3.4).

Bereits an dieser Stelle sei jedoch angemerkt, dass die Grenzen zwischen den von mir diskutierten konzeptuellen Erweiterungen des Politischen – insbesondere mit Blick auf die Differenzierung zwischen Ansätzen, die die Alltags-Dimension des Politischen betonen (Abschnitt 3.2) und Konzepten, die die Macht- und Konflikt-Dimension hervorheben (Abschnitt 3.3) – keinesfalls so trennscharf verlaufen, wie eine Einteilung in distinkte Abschnitte dies implizieren mag: Nicht nur ist die Dimension von Alltag insbesondere auch für die Cultural Studies relevant, die jedoch erst im Abschnitt zu Macht und Konflikt thematisiert werden. Auch wäre es verkürzt anzunehmen, dass die Aspekte von Konflikt und Macht in den unter Abschnitt 3.2 zur Alltags-Dimension des Politischen diskutierten Ansätzen gar keine Rolle spielten.² Der wesentliche Beweggrund für die von mir vorgenommene analytische Trennung in diese beiden Themenkomplexe besteht allerdings darin, dass in Abschnitt 3.3. Konzepte und Positionen dargelegt werden, die – in Erweiterung eines Fokus auf Alltag und Alltagskultur – Macht und Konflikt zum *zentralen Gegenstand* ihrer Perspektiven auf das Politische machen. So weist beispielsweise auch Andreas Dörner (2003: 615) unter Bezugnahme auf Foucaults Diskursbegriff und die Forschungstradition der Cultural Studies darauf hin, dass und in welcher Weise das Konzept politischer Kultur gewinnbringend um die Dimensionen von Macht und Konflikt erweitert werden könnte.

2 So setzt sich Karl Rohe im Zusammenhang mit seiner Konzeptualisierung von politischer Kultur durchaus mit kultureller Hegemonie als »der Frage, wer auf welche Weise in der Lage ist, seine Interpretation der politischen Welt und seine politischen Normen verbindlich zu machen« (Rohe 1994a: 163) auseinander und auch Peter Dahlgren verweist an verschiedenen Stellen auf die Rolle gesellschaftlicher Machtverhältnisse im Hinblick auf die Konstitution und Transformation von *Civic Cultures* (vgl. Dahlgren 2009: 9, 110, 123, 141; siehe auch Dahlgren 2013, 2018).

3.1 Ausgangspunkte – Staat, Öffentlichkeit und politische Institutionen als klassische Dimensionen des Politischen

In den folgenden Abschnitten zeige ich, dass die Fokussierung auf Staatlichkeit, Öffentlichkeit und politische Institutionen als Dimensionen eines traditionellen, eng gefassten Politikverständnisses auch im Feld der politischen Kommunikationsforschung vorherrschend ist und diskutiere, inwieweit dies einen zentralen Ausgangspunkt für Forderungen nach einem erweiterten Verständnis des Politischen darstellt. Betont werden soll dabei bereits an dieser Stelle, dass es mir mit dem Anliegen einer konzeptuellen Erweiterung des Politischen keinesfalls darum geht, Perspektiven eines staats- und institutionenbezogenen Politikverständnisses zu *ersetzen*, sondern vielmehr darum, diese um die wesentlichen Dimensionen von Alltag, Macht und Konflikt zu *ergänzen*.

3.1.1 Staats- und öffentlichkeitsbezogenes Politikverständnis der politischen Kommunikationsforschung

Mit Blick auf einschlägige Einführungen und Überblicksbeiträge zur politischen Kommunikationsforschung kann weitestgehend eine Orientierung an einem engen, staats- und institutionenzentrierten Politikbegriff konstatiert werden – gelten ihnen doch als primäre Bezugsgrößen Begriffsbestimmungen der (Mainstream³-)Politikwissenschaft (vgl. Jarren/Donges 2017: 3). Wenn Politik dort über allgemein verbindliche Regeln, Entscheidungen und Steuerungsmechanismen in einer Gesellschaft definiert wird, ist damit vornehmlich die »parlamentarisch-administrative« Ebene von Politik angesprochen – diese bezeichnet Barbara Pfetsch (2005: 349) neben der »öffentlichen Arena« als eine der beiden zentralen Arenen, in denen Politik und politische Kommunikation stattfinden. Politik und politische Kommunikation spielen sich aus dieser Perspektive also im Wesentlichen auf staatlich-institutioneller sowie auf öffentlicher Ebene ab, wie sich mit Ricarda Drüeke (2013: 20) kritisch feststellen lässt. Politische Kommunikationsprozesse werden entsprechend dieses eng gefassten Politikbegriffs und Gegenstandsbereichs klassischerweise charakterisiert als kommunikative Interaktionen zwischen den formalen Akteur_innen innerhalb eines politischen Kommunikationssystems. Die Konstellation dieser Akteur_innen wird dabei gewöhnlich als Dreieck zwischen *politischen Organisationen* – etwa Regierung und Parlamente sowie Parteien, Verbände, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und soziale Bewegungen –, *Medienorganisationen* und der *Bürger_innenschaft* dargestellt (vgl. u.a. Dahlgren 2009: 5; Pfetsch 2005: 349; Vowe/

3 Mit der Verwendung des Mainstream-Begriffs schließe ich an einem von Rosenberger und Sauer (2004: 11f.) im Kontext der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung formulierten Verständnis dieses Konzepts an: Sie meinen damit »hegemoniale Sichtweisen einer wissenschaftlichen Disziplin« und begreifen den Mainstream explizit nicht als inhaltliche, sondern als relationale Kategorie: Dass eine bestimmte Perspektive sich als hegemoniale durchsetzt, bedeute »keineswegs, dass dieser so genannte Mainstream politische Wirklichkeit auch tatsächlich am exaktesten darstellt, analysiert oder kritisiert. Vielmehr bringt der Begriff lediglich zum Ausdruck, dass in einem kommunikativen Prozess bestimmte Konzepte, Theorien und Fragestellungen als relevant, andere hingegen als weniger ›wichtig‹ oder nebensächlich erachtet werden« (ebd.).

Dohle 2007: 339f.).⁴ Auch wenn – etwa über die Frage, wie sich im politischen Kommunikationsprozess Meinungen und Einstellungen von Bürger_innen herausbilden – neben der Makro- und Mesoebene durchaus die gesellschaftliche Mikroebene fokussiert wird, sind der Gegenstandsbereich und das Politikverständnis dieser Perspektive weitestgehend auf staatlich-institutionelle Politik eingegrenzt: So richtet sich das Interesse der politischen Kommunikationsforschung mit Blick auf Bürger_innen vor allem auf ihre Rolle als (potenzielle) Wähler_innen – beispielsweise hinsichtlich der Frage, »welcher Einfluss auf die *wahlrelevanten Einstellungen* den Medien zuzurechnen ist« (Vowe/Dohle 2007: 347, Hervorheb. i.O.; vgl. auch Pfetsch 2005: 351). Soziales Handeln, kulturelle Bedeutungsproduktion um Aspekte des Politischen sowie Interaktionen seitens Bürger_innen im »Privaten« – und damit einhergehend die Ebene des Alltäglichen als (potentiell) politischer Sphäre – geraten dabei deutlich in den Hintergrund (vgl. hierzu kritisch auch Dahlgren 2009: 5). Entsprechend kann resümiert werden, dass Politik aus Sicht der politischen Kommunikationsforschung traditionellerweise auf der Ebene formalisierter politischer Prozesse lokalisiert wird, was dieser Perspektive die Kritik eingebracht hat, zu staatszentriert, formalistisch und der vorherrschenden politisch-institutionellen Ordnung verpflichtet zu sein und somit alternative Foren und Formen des Politischen zu ignorieren (vgl. z.B. Dahlgren 2009: 5f.; Drüeke 2013: 22ff.). Dies ist einer der zentralen Ausgangspunkte für Forderungen nach einer Erweiterung des klassischen Politikverständnisses, mit denen ich mich im Folgenden (siehe Abschnitte 3.2 und 3.3) auseinandersetze. Zunächst gehe ich mit der Dreiteilung des Politikbegriffs in eine inhaltliche, eine prozessuale und eine formale Dimension auf eine weitere wichtige Grundlage gängiger Verständnisse des Politischen ein.

3.1.2 *Policy, Politics* und *Polity* als inhaltliche, prozessuale und formale Dimensionen des Politischen

Neben den Bestrebungen einer grundsätzlichen Konturierung des Politikverständnisses bezieht sich die politische Kommunikationsforschung auch hinsichtlich eines weiteren begrifflich-konzeptionellen Aspekts auf in der Politikwissenschaft etablierte Modelle, konkret die Ausdifferenzierung von »Politik« in die drei Dimensionen *Policy*, *Politics* und *Polity* (vgl. u.a. Jarren/Donges 2017: 3f.; Meyer 2003: 83ff.; Rohe 1994a: 61ff.; Vowe 2003, 2008). Der Begriff *Policy* bezeichnet die *inhaltliche* Dimension von Politik. Gemeint sind »die inhaltlichen Handlungsprogramme, die von politischen Akteuren und Instanzen verfolgt werden« (Rohe 1994a: 62) sowie »die Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme in konkreten *Politikfeldern* (z.B. Innenpolitik, Sozialpolitik etc.)« (Jarren/Donges 2017: 4, Hervorheb. i.O.). Diese Ebene von Politik wird gewöhnlich auch in alltagskommunikativen Konstellationen adressiert, »[w]enn landläufig von »guter« und »schlechter Politik« einer Regierung gesprochen wird« (Rohe 1994a: 62). Medien spielen hier vor allem in der Vermittlung und damit verbundenen (De-)Legitimierungen bestimmter politischer Programme, aber auch als Plattformen der Diskussion inhaltlicher Aspekte von Politik

4 Auf den Befund, dass »[d]iese Akteurskonstellation (...) sich in der letzten Zeit grundlegend gewandelt [hat] und (...) von der Forschung sehr viel dynamischer gesehen [wird] als zuvor« (Vowe/Dohle 2007: 340) kann an dieser Stelle aus Platzgründen nur verwiesen werden.

eine Rolle. Mit dem Begriff *Politics* ist die *Prozess*-Dimension von Politik angesprochen. Hier steht die Frage im Vordergrund, »wie einzelne Akteure (wie Parteien, Interessengruppen etc.) politische Interessen durchzusetzen versuchen« (Jarren/Donges 2017: 4). Dieser Prozess wird in der Regel als konflikthaft konzipiert, »als Kampf um Macht und Einfluß, als Auseinandersetzung um Machtanteile« (Rohe 1994a: 62) zwischen verschiedenen politischen Akteur_innen – durchaus unter Rückgriff auf verschiedene mediale Kommunikationsforen und -formen zur Erlangung von Deutungsmacht –, wobei die Durchsetzung bestimmter Interessen sowohl durch Konsens, als auch durch Kompromiss oder auch durch Mehrheitsbildung zustande kommen kann (vgl. Meyer 2003: 86). Für *Politics* als Prozess-Dimension ist kennzeichnend, dass die angesprochenen Kämpfe um politische Interessen innerhalb staatlich-institutionalisierter Organisationsformen stattfinden, womit bereits die dritte Dimension von Politik benannt ist. Der Begriff *Polity* bezieht sich auf die *formale* Dimension oder den Rahmen von Politik. Als »Institutionen- und Normengefüge« (Jarren/Donges 2017: 4) referenziert diese Dimension auf die grundlegenden Bedingungen, unter denen politisches Handeln vollzogen wird. Neben der Verfassung und Gesetzen – auch solcher, die das Mediensystem und bestimmte Regeln der öffentlichen Kommunikation betreffen – als »grundlegenden Organisationsformen und Organisationsnormen eines Staates« (Rohe 1994a: 65) auf *institutioneller* Ebene gehört hierzu auf *kultureller* Ebene insbesondere die politische Kultur im Sinne der »für eine Gesellschaft typischen politischen Orientierungs- und Verhaltensmuster« (ebd.: 67). Auf diese kulturelle Dimension von *Polity*, die in der klassischen politischen Kommunikationsforschung – und auch in der dominanten einstellungszentrierten politischen Kulturforschung – bisher eine untergeordnete Rolle spielt, hat im Anschluss an Rohe auch Andreas Dörner (2003: 592f.) zentral hingewiesen. Genau hier knüpft das Konzept politischer Kultur an, auf das ich in Abschnitt 3.2.2 näher eingehe.

Zusammenfassend kann Politik entlang dieser Dreiteilung als die Umsetzung bestimmter inhaltlicher Programme und Interessen (*Policy*) mithilfe spezifischer Kämpfe um politische (Deutungs-)Macht (*Politics*) auf der Basis institutioneller und kultureller Rahmenbedingungen (*Polity*) verstanden werden. Auf allen drei Ebenen sind Medien und Kommunikation von entscheidender Bedeutung, beispielsweise als Instanzen der Vermittlung und Legitimierung bestimmter politischer Entscheidungen oder als Austragungsorte politischen Ringens um Deutungsmacht. In den empirischen Befunden der vorliegenden Arbeit findet sich dieser dreidimensionale Politikbegriff als strukturierendes Moment von Konstruktionen eines engen, institutionenbezogenen Politikverständnisses in den analysierten medienbezogenen Aushandlungsprozessen des Politischen durch Jugendliche (siehe Abschnitt 6.2).

Auf Grundlage der von verschiedenen Seiten geäußerten Kritik, dass die Dimensionierung von Politik in *Policy*, *Politics* und *Polity* an einem engen, staats- bzw. institutionenzentrierten Politikverständnis festhält (vgl. z.B. Villányi/Witte 2004: 58), wurde dieses Konzept in unterschiedlicher Weise um eine (*alltags*-)kulturelle Dimension des Politischen erweitert, wie ich an späterer Stelle zeigen werde: So nimmt zum einen Ulrich Beck diese Dreiteilung als Ausgangspunkt für das von ihm entwickelte Subpolitik-Konzept (siehe Abschnitt 3.2.1). Zum anderen verdeutlicht Andreas Dörner (2003: 592f.) wie bereits erwähnt, dass und inwiefern ein kulturalistisch ausgerichtetes Konzept politischer Kultur an ein Verständnis von Politik als *Polity* anknüpft und gleichzeitig über

deren institutionenzentrierte Perspektive hinausweist (siehe Abschnitt 3.2.2). Bevor ich auf diese Erweiterungen näher eingehe, folgt zuerst eine Auseinandersetzung mit dem maßgeblich durch Jürgen Habermas geprägten deliberativen Politikbegriff, den ich als dritten wichtigen Ausgangspunkt heranziehe, um das Argument einer erforderlichen konzeptuellen Erweiterung des Politischen zu schärfen.

3.1.3 Deliberative Politik als »Kernstück des demokratischen Prozesses« (Jürgen Habermas)

Eine zentrale Referenz für das in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung vorherrschende Politikverständnis bildet Habermas' Konzept deliberativer Politik im Sinne einer »Politik der argumentativen Abwägung, der gemeinsamen Beratschlagung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten« (Schmidt 2008: 242).⁵ Habermas diskutiert das Modell deliberativer Politik⁶ als eines von drei fundamentalen Demokratie-Konzepten, das bestimmte Elemente des liberalen und des republikanischen Modells aufnimmt, anders als diese jedoch »den Blick stärker auf die kognitiven Funktionen der Meinungs- und Willensbildung als auf rationale Wahl oder politisches Ethos [richtet]« (Habermas 2008a: 146). Treffend stellt Habermas die drei von ihm analysierten Demokratiemodelle als sich auf dieselbe politisch-institutionelle Verfassung beziehende unterschiedliche *Interpretationsweisen* des Politischen dar, die konkrete Auswirkungen auf (Selbst-)Verständnisse von politischen Subjekten, kollektive Identitäten und die politischen Kultur innerhalb einer politischen Gemeinschaft haben (vgl. Habermas 2008a: 145). Für Habermas avanciert deliberative Politik mit ihren Momenten des vernünftigen, d.h. sich »im gemeinsamen Interesse der Betroffenen« (Habermas 1990: 39) vollziehenden, diskursiven Ringens um die besseren Argumente und der Herausbildung reflektierter öffentlicher Meinungen zu gesamtgesellschaftlich relevanten Themen und Materien so zum »Kernstück des demokratischen Prozesses« (Habermas 1992: 359).

An diesen kommunikativen Prozess stellt er hohe normative Anforderungen.⁷ So setze inklusive und faire Deliberation eine ideale Sprechsituation voraus, in der alle

-
- 5 Auf diese Relevanz der Habermas'schen Theoriebildung zu Demokratie, Diskurs, Deliberation und Öffentlichkeit für die Kommunikationswissenschaften verweist nicht zuletzt die Einladung Habermas' seitens der International Communication Association (ICA), den Eröffnungsvortrag der ICA-Jahrestagung 2006 in Dresden zu halten, aus der seine in *Ach, Europa* (2008a: 138ff.) veröffentlichten Überlegungen zur Bedeutung medienvermittelter Öffentlichkeit für deliberative Politik hervorgingen (vgl. auch Habermas 2006).
 - 6 Laut Bettina Lösch (2007: 78) können Habermas' Arbeiten als »eine kommunikations- und diskurstheoretische Variante deliberativer Demokratietheorie« verstanden werden. Insgesamt verzeichnet Lösch ein Erstarken deliberativer Demokratietheorien seit den 1990er Jahren. Diese seien zunächst im Feld partizipatorischer Demokratietheorien verortet gewesen und können als Abgrenzung zu »den in der Demokratietheorie bislang tonangebenden elitetheoretischen oder rational-ökonomischen Modellen« (ebd.: 77) gelesen werden.
 - 7 Dieser normative Ansatz ist bereits in Habermas' früher Arbeit zum *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1990) angelegt. Hier analysiert Habermas vornehmlich die Herausbildung und den Zerfall bürgerlicher Öffentlichkeit, während in späteren Schriften (z.B. Habermas 1992, 2008a) die Ausarbeitung seines deliberativen Demokratiemodells stärker ins Zentrum rückt.

Teilnehmenden, unabhängig von sozialen Kategorien wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Bildung oder Religion, »eine gleiche Stimme haben, also gleichermaßen berechtigt sind, Themen zur Diskussion zu stellen, ihre Ansichten zu äußern, Gründe für oder gegen einzelne Auffassungen vorzubringen und auch ihre Stellungnahmen zu revidieren« (Koller/Hiebaum 2016: 10). Entsprechend erscheint deliberative Politik als ein normatives Ideal, das weniger den gesellschaftlichen Status Quo, als vielmehr einen Soll-Zustand fokussiert, von dem reale Prozesse der Verständigung und Meinungsbildung notwendigerweise divergieren, an dem sich aus Habermas' Perspektive alle Beteiligten jedoch orientieren können und sollten.

Anknüpfungen und kritische Erweiterungen

Insgesamt hat sich Habermas' Konzeption einer bürgerlichen Öffentlichkeit, die er im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1990) als diskursive Sphäre *außerhalb* des Geltungsbereichs staatlicher Herrschaft entwirft (vgl. z.B. Müller-Doohm 2018: 148), für den Begriff deliberativer Politik als wesentlich erwiesen und wird international weit über kommunikationswissenschaftliche Fachgrenzen hinaus rezipiert. Insbesondere aus feministischer Perspektive erfuhr Habermas' deliberatives Öffentlichkeits- und Politikverständnis jedoch auch Kritik, die sich zu zwei wesentlichen Punkten zusammenfassen lässt: erstens ein zu eng gefasster Politik- und Öffentlichkeitsbegriff und zweitens der alleinige Fokus auf rationale Diskurse als Idealform politischer Kommunikation. Im Folgenden gehe ich näher auf diese drei Aspekte ein.

Kritik an der Gegenüberstellung von formaler Politik und Politiken des Alltags

Im Anschluss an feministische Positionen kann an Habermas' deliberativem Politik- und Öffentlichkeitsmodell unter anderem ein zu eindimensionales, singuläres Verständnis »der einen« (bürgerlichen) Öffentlichkeit, die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit sowie die Missachtung gesellschaftlicher Ungleichheiten und Machtverhältnisse herausgestellt werden (vgl. hierzu z.B. Benhabib 1992; Fraser 1992). Seine jüngeren Texte in *Ach, Europa* (Habermas 2008a, 2008b) nehmen einen Teil dieser Kritiken auf: So revidiert Habermas die im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1990) vorgenommene explizite Trennung zwischen Öffentlichem und Privatem zugunsten eines *prozeduralen* Verständnisses von Öffentlichkeit, das gekennzeichnet ist durch eine Flexibilität und Offenheit, auch zuvor als privat klassifizierte Themen durch »Veröffentlichung« zu integrieren. Zudem geht er nicht mehr von einer singulären bürgerlichen Öffentlichkeit aus, sondern entwirft diese nun als *plurales* Konstrukt sich überlagernder Ebenen und Arenen, in denen gesellschaftlich relevante Themen via Deliberation verhandelt werden (vgl. Kreide 2016: 138).

Konkret verortet Habermas deliberative Prozesse nun in drei gesellschaftlichen Arenen: Auf der Ebene des *Staates* finden die »institutionalisierten Beratungen von Gerichten, Parlamenten, Ausschüssen oder Kabinettsitzungen« (Habermas 2008a: 147) statt. Die Ebene der *politischen*, hauptsächlich medial konstituierten *Öffentlichkeit* übernimmt die Rolle eines »Resonanzbodens für gesamtgesellschaftliche Probleme« (ebd.: 159). Deliberative Politik auf dieser Ebene zielt auf die Herausbildung reflektierter öffentlicher Meinungen, die durchaus Einfluss haben können auf die formalisierten Ent-

scheidungsprozesse der staatlich-institutionellen Ebene. Die dritte Ebene stellen *informelle Öffentlichkeiten* dar, die geprägt sind durch »zivilgesellschaftliche Alltagskommunikation« (ebd.: 164), also alltägliche kommunikative Konstellationen, in denen Gesprächspartner_innen sich durch »Routinen des Gebens und Nehmens von Gründen« (ebd.: 149) auch über strittige Themen verständigen. In diesen alltäglichen Routinen des Argumentierens und des Sich-Einlassens auf diskursiven Austausch sieht Habermas (2008a: 149) bereits eine Verbindung zum Modus deliberativer Politik angelegt. Die »mittlere« Ebene der *politischen Öffentlichkeit* fungiert als intermediäres Bindeglied zwischen »den institutionalisierten Diskursen und Verhandlungen in staatlichen Arenen auf der einen, den episodischen und informellen Alltagsgesprächen potentieller Wähler auf der anderen Seite« (Habermas 2008b: 136). Parallel zu diesem Mehrebenen-Modell von Deliberation beschreibt Habermas die Beziehungen zwischen den verschiedenen Arenen deliberativer Politik auch als Relation von Zentrum (staatlich-institutionalisierte Arena) und Peripherie (zivilgesellschaftliche Arena), zwischen denen die politische Öffentlichkeit als vermittelnde Instanz auftritt (vgl. u.a. Habermas 2008a: 164; Kreide 2016: 141ff.).

Kritisch kann an dieser Modellierung angemerkt werden, dass Öffentlichkeit als »Zulieferin« öffentlicher Meinungen an die politischen Institutionen bei Habermas auch in diesem Mehrebenen-Modell maßgeblich auf einen staatlichen Politikbegriff bezogen bleibt (vgl. Kreide 2016: 145). Damit bleibt die Grenzziehung zwischen »den formal organisierten Beratungen und Verhandlungen im Zentrum einerseits und den Veranstaltungen und informellen Gesprächen an den zivilgesellschaftlichen Rändern des politischen Systems andererseits« (Habermas 2008a: 164) weiterhin bestehen und perpetuiert über eine hierarchisierende, da über ein Verhältnis von Zentrum und Peripherie argumentierende, Differenzsetzung die für einen engen Politikbegriff konstitutive Dichotomie von formaler Politik einerseits und Politiken des Alltags andererseits. Darüber hinaus wird in Habermas' Theorie eine fehlende Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Konflikte kritisiert und vorgeschlagen, Gesellschaft nicht als »Sphäre konsens- und verständigungsorientierten Handelns, sondern vielmehr [als] ein Ort widerstreitender Interessen und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« (Lösch 2007: 80) zu denken (vgl. hierzu grundlegend Mouffe 1999, 2007: 21).

Kritik an einem rationalen Bias

Kommunikationswissenschaftlich betrachtet und speziell mit Blick auf das Forschungsvorhaben dieser Arbeit bieten die in Habermas' deliberativem Politikverständnis betonten kommunikativen Aushandlungsprozesse gesellschaftspolitisch relevanter Themen und insbesondere auch der mit Blick auf seine jüngeren Texte beschriebene Einbezug informeller Alltagsgespräche als (potenziell) politische Kommunikationsräume grundsätzlich gewinnbringende Anschlussmöglichkeiten. Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt, den sowohl feministische Theoretiker_innen, als auch dem Projekt der Cultural Studies nahe stehende Kommunikationswissenschaftler_innen verschiedentlich eingebracht haben, bezieht sich diesbezüglich auf die starke rational-kognitivistische Ausrichtung politischer Kommunikation und Deliberation bei Habermas, für den rationale Diskurse als Idealform des kommunikativen Austauschs auf Argumenten beruhen,

die »individuelle Erfahrung und Betroffenheit transzendieren und auf Generalisierung zielen« (Schaal/Heidenreich 2013: 7). So attestieren beispielsweise Fredrik Miegel und Tobias Olsson (2013: 7) dem von Habermas ausgearbeitetem Modell deliberativer Politik einen »rational bias« und Peter Dahlgren (2009: 91) spricht hinsichtlich des alleinigen Fokus auf Vernunft von einer »unreasonable rationality«.

Problematisiert werden können in dieser Hinsicht und mit Fokus auf die Rolle medialer Angebote für deliberative Politik vor allem zwei Aspekte. *Erstens* geht damit ein (idealisiertes) Verständnis politischer Subjekte (bzw. von *Citizenship*, vgl. hierzu z.B. Lünenborg 2015) als rein vernunftorientierte einher, das hohe normative Anforderungen setzt: Bürger_innen als Teilnehmende am politischen Diskurs und als Adressat_innen medial vermittelter politischer Öffentlichkeit müssen dazu fähig sein, an der öffentlichen Meinungsbildung zu partizipieren und zu relevanten Themen *vernünftig* Stellung beziehen zu können (vgl. Habermas 2008a: 178). Sie müssen von den deliberativ-diskursiven Regeln der Unparteilichkeit, Offenheit für das bessere Argument und Gemeinwohlorientierung überzeugt sein oder diese zumindest akzeptieren. Im Zentrum dieser Perspektive stehen als wesentliche Werte also Wissen, umfassende Informiertheit, rationale Argumente, Neutralität und emotionale Distanziertheit. Aus dem Blick gerät demgegenüber, dass Menschen – auch in ihrer Rolle als Bürger_innen – durchaus auf Basis emotionaler Erfahrungshorizonte agieren und politisch partizipieren.⁸ Zudem wurde vor allem von feministischer Seite die Kritik eingebracht, dass die dadurch aufgerufene Dichotomie von Rationalität und Emotionen, die letztendlich auf den klassischen Dualismus von Geist und Körper zurückgeht, die Entgegensetzung von Öffentlichem bzw. Politischem als Raum rationaler Aushandlungen und Privatem als Raum emotionalen Engagements, beispielsweise familiärer *care work*, reproduziert. Die damit verknüpfte Konnotation von Ratio mit Männlichkeit und Emotionen mit Weiblichkeit grenzt Frauen potenziell aus dem Bereich des Politischen aus. Entsprechend argumentieren feministische Positionen, dass über den Fokus auf rational-kognitive Sprechakte hinaus auch die performative, ästhetische, affektive und körperliche Dimension von Kommunikation in das Modell politischer Deliberation integriert werden sollte (vgl. Sauer 2001: 190).

Der *zweite* Kritikpunkt am rationalen Bias eines deliberativen Politikverständnisses bezieht sich auf den Umstand, dass öffentliche Kommunikation hier auf »seriöse« (Habermas 2008b) Medienangebote – d.h. hauptsächlich die sogenannte Qualitätspresse – und auf vernünftige Diskurse reduziert wird.⁹ Eine solche Perspektive verkennt jedoch

8 Diese Betonung von Gefühlen und Leidenschaften als konstitutives Element des Politischen ist charakteristisch für republikanische wie radikaldemokratische Modelle von *Citizenship*, die sich damit von der »Emotionsaversion« liberaler Theorie abgrenzen (Schaal/Heidenreich 2013: 4), sowie für Perspektiven der Gender und Cultural Studies. Auf die Bedeutung von Emotionen für das Politische komme ich daher an verschiedenen Stellen des Abschnitts 3.3 zurück.

9 Die Bedeutung von Medienkommunikation für deliberative Politik diskutiert Habermas (2008b: 134f.) durchaus ambivalent: So spricht er der »Qualitätspresse« einerseits die Rolle von »Leitmedien« in der politischen Öffentlichkeit zu, die mit ihren aufwendigen Recherchen Informationen sowohl für die Leser_innen als auch für andere (z.B. politische und journalistische) Akteur_innen bereitstellen. Andererseits diskutiert er die strukturellen Gegebenheiten medienvermittelter »Massenkommunikation« mit Blick auf kommunikativen Austausch und politische Meinungsbildung

potenziell die Bedeutung informeller Alltagskommunikation mit all ihren Unvorhersehbarkeiten und kommunikativer Strategien wie Ironie, Polysemie, persönliche Narration, Bildlichkeit, Theatralität usw., wie auch die Relevanz populärer Medienangebote für Aushandlungen des Politischen (vgl. Dahlgren 2006a: 29f.). Um die Wichtigkeit von (Populär-)Kultur für Auseinandersetzungen mit dem Politischen hervorzuheben, nimmt Jim McGuigan (2005) die von Habermas ursprünglich eingeführte Unterscheidung zwischen einer politischen und einer literarischen Öffentlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft zum Ausgangspunkt, um für das Konzept einer »cultural public sphere« zu argumentieren. Diese kulturelle Öffentlichkeit beziehe sich auf »the articulation of politics, public and personal, as a contested terrain through affective (aesthetic and emotional) modes of communication« (McGuigan 2005: 435) und umfasse verschiedene populärkulturelle und unterhaltende Medienangebote sowie emotionale mediatisierte Reflektionen über Fragen gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Diese Kritikpunkte aufnehmend gehe ich zur Erweiterung des Entdeckungszusammenhangs für meine Analyse medienbezogener Aushandlungsprozesse des Politischen im Alltag Jugendlicher zusammenfassend davon aus, dass ›Sprechen-Über‹ das Politische nicht auf rationale Aushandlungsmodi oder vermeintlich seriöse mediale Angebote beschränkt ist. Vielmehr argumentiere ich, dass unterhaltende Medienangebote durchaus Möglichkeiten der affektiv-emotionalen Auseinandersetzung mit Politischem bieten und dass ein emotionales Involvement mit bestimmten Themen häufig einer sprachlichen Artikulation vorausgeht bzw. überhaupt erst den Anlass für einen kommunikativen Austausch darstellt.

3.2 Erweiterungen I – Alltag als Dimension des Politischen

Ausgehend von den in den vorangegangenen Abschnitten deutlich gewordenen Leerstellen eines engen, staats-, öffentlichkeits- und institutionenbezogenen Politikbegriffs – insbesondere die vernachlässigte politische Relevanz alltäglicher Kommunikationsformen und -foren betreffend – zeige ich im Folgenden, inwiefern dieser um Alltag und Alltagskultur als zentrale Dimensionen des Politischen produktiv erweitert werden kann und welche Bedeutung ein solches Verständnis für die Beschäftigung mit Aushandlungen des Politischen durch Jugendliche in (digitalen) Medienkulturen mit sich bringt. Konkret diskutiere ich mit Ulrich Becks Subpolitik-Begriff (3.2.1), einem unter anderem auf Karl Rohe und Andreas Dörner zurückgehenden kulturalistischen Verständnis politischer Kultur (3.2.2) sowie Peter Dahlgrens alltagskulturell reformulier-

durchaus defizitär im Vergleich zu *face-to-face* stattfindenden Interaktionen, da medienvermittelter Kommunikation aufgrund der abstrakten und asymmetrischen Kommunikationsstruktur »Züge einer diskursiven Auseinandersetzung« fehlten (Habermas 2008a: 155ff.). Diese sieht Habermas durch die Möglichkeiten neuer, digitaler Medienangebote in gewisser Weise wieder eingefangen – auch wenn er hinsichtlich liberaler Demokratien die durch digitale Medien vorangetriebene Fragmentierung von Öffentlichkeit in viele einzelne *issue publics* problematisiert (vgl. ebd.: 161ff.). An seiner kritischen Haltung gegenüber einer durch neoliberale Marktlogiken induzierten »Überführung der politischen Auseinandersetzung in den Unterhaltungsmodus« wird wiederum Habermas' Verortung innerhalb der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule deutlich.

tem *Civic-Cultures*-Modell (3.2.3) drei Konzepte soziologischer, politikwissenschaftlicher sowie kommunikationswissenschaftlicher Provenienz. Deren zentrale Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie die im Paradigma eines engen Politikbegriffs vorherrschende Dichotomie von Politik und Alltag dekonstruieren, indem sie Alltag und (Medien-)Kultur als fundamentale Aspekte des Politischen konturieren. Diese Konzepte stelle ich in den folgenden Abschnitten vor und diskutiere sie jeweils im Zusammenhang mit dem zentralen Forschungsgegenstand dieser Arbeit sowie unter Bezugnahme auf kritische Ergänzungen und Erweiterungen.

3.2.1 Subpolitik als »Welt der politischen Alltagspraxis« (Ulrich Beck)

Einen wichtigen theoretischen Hintergrund für erweiterte Verständnisse des Politischen stellt Ulrich Becks Konzept der »Subpolitik« dar, mit dem er Prozesse der »Gesellschaftsgestaltung von unten« (Beck 1993: 164, Hervorheb. i.O.) sowie die »Welt der politischen Alltagspraxis« (ebd.: 155) bezeichnet und so Handlungsmöglichkeiten jenseits des etablierten politischen Systems auf den Plan ruft. Dieses Konzept ist eng mit der These gesellschaftlichen Wandels im Sinne einer Auflösung traditioneller, industriegesellschaftlicher Ordnungs- und Orientierungsmuster wie Familie, »Normalarbeitsverhältnis«, Klassen- und Parteizugehörigkeit sowie einer Erosion des »Politikmonopol[s] der politischen Institutionen und Akteure« (ebd.: 156) verknüpft, die Beck als »reflexive Modernisierung« bezeichnet (Beck 1993, 1986; Beck/Giddens/Lash 1996). Becks Ausgangsthese für sein Konzept von Subpolitik ist, dass der (nicht nur) von ihm postulierte Übergang von einer industriellen zu einer reflexiven Moderne mit einer Rekonzeptualisierung von Politik, gar einer *Erfindung des Politischen* (Beck 1993) einhergehen müsse, weil althergebrachte Vorstellungen und Institutionen der Politik mit strukturellen Entwicklungen wie Individualisierung, Enttraditionalisierung und Globalisierung sowie der damit zusammenhängenden Kontingenz und Risikohaftigkeit der eigenen Lebensführung, in die Krise geraten seien. Diese Krise zeichne sich durch die paradoxe Situation aus, dass in der reflexiven Moderne beispielsweise durch das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen und Bürgerinitiativen alternative Akteur_innen »außerhalb des politischen und korporatistischen Systems auf der Bühne der Gesellschaftsgestaltung auftreten« (ebd.: 162, Hervorheb. i.O.) und dadurch besagtes subpolitisches, d.h. außerparlamentarisch-politisches Handlungspotenzial entsteht, während die Akteur_innen und Institutionen der offiziellen, staatlich organisierten Politik an einem etablierten Politikverständnis der Industriegesellschaft festhalten.¹⁰ Beck charakterisiert die Situation folgendermaßen: »Das Politische bricht *jenseits* der formalen Zuständigkeiten und Hierarchien auf und aus, und dies wird gerade von denjenigen verkannt, die Politik mit

10 Neben die Unterscheidung zwischen »offizieller, etikettierter Politik (des politischen Systems) und Subpolitik (im Sinne von Subsystempolitik)« (Beck 1993: 206, Hervorheb. i.O.) auf der Ebene der gesellschaftlichen Strukturierung tritt bei Beck die – quer dazu liegende und die »Qualität des Politischen« (ebd.: 207, Hervorheb. i.O.) betreffende – Differenzierung zwischen »einfacher (regelleiteter) und reflexiver (regelverändernder) Politik« (ebd., Hervorheb. i.O.), die sich sowohl auf offizielle Politik als auch auf Subpolitik anwenden lässt.

Staat, mit dem politischen System, mit formalen Zuständigkeiten und ausgeschriebenen politischen Karrieren gleichsetzen« (ebd.: 156, Hervorheb. i.O.). Innerhalb einer gesellschaftlichen Konstellation, in der Privatheit und Alltagsleben zu zentralen Räumen für politische Aushandlungsprozesse werden, würde laut Beck eine alleinige Fokussierung des Politischen auf Staatlichkeit, Institutionen und Akteur_innen des politischen Systems jedoch bedeuten, »das Politische am falschen Ort, mit den falschen Begriffen, in den falschen Etagen, auf den falschen Seiten der Tageszeitungen« (ebd.: 157) zu suchen. Entsprechend kritisiert Beck mit seinem Konzept von Subpolitik einen engen, staats- und institutionenbezogenen Politikbegriff und lenkt die Aufmerksamkeit auf neuartige Formen, Inhalte und Akteur_innen des Politischen wie die Politiken sozialer Bewegungen, von Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit denen – neben dem Feld institutionalisierter Politik – auch vormals im Kontext des Politischen ignorierte gesellschaftliche Bereiche und Praktiken bedeutsam werden.

Anknüpfungen und konzeptuelle Erweiterungen

Becks Konzept von Subpolitik wurde von verschiedenen Seiten aufgenommen, kritisiert und erweitert, vor allem um auch die politische Dimension von tief in den alltäglichen Lebenswelten verwurzelten und mit medien-, populär- und alltagskulturellen Handlungsweisen verbundenen Orientierungen genauer in den Blick nehmen zu können. Denn obwohl Beck theoretisch Aspekte von Alltag, Privatheit und individuellem Handeln in seiner Konzeptualisierung von Subpolitik berücksichtigt, kann beispielsweise mit Brigitte Bargetz (2016: 45) darauf hingewiesen werden, dass der Subpolitik-Begriff letztlich doch auf staatliche Institutionen bezogen bleibt, wenn Beck als Beispiele für Subpolitik unter anderem eine durch »die Richter am Bundesverfassungsgericht« initiierte »Politik der Selbstbegrenzung, Selbstkontrolle, Selbstverantwortung« im Rahmen der Debatte um Tempolimit und Raserei (Beck 1993: 165) oder die Subpolitik von »Verwaltungen oder Lokalpolitiker[n]« zur Frage der Platzierung von »Asylbewerber-Heime[n]« im städtischen Raum (ebd.: 167, Hervorheb. i.O.) anführt. Entsprechend zielen konzeptuelle Erweiterungen des Subpolitik-Begriffs vor allem auf eine konsequente Ausweitung von Politik auf die Ebene alltäglicher Lebenswelten. Auf einige Beispiele solcher Erweiterungen gehe ich im Folgenden mit Blick auf das Forschungsinteresse dieser Arbeit näher ein, da sie alltägliches Medienhandeln und jugendkulturelle Erfahrungshorizonte explizit thematisieren. Gemeinsam ist diesen Erweiterungen, dass sie Alltag(skultur) als zentrale Dimension des Politischen anerkennen, unter anderem indem sie sich auf das von Anthony Giddens (1991: 209ff.) prominent eingebrachte Konzept von »Life Politics« beziehen. Diesen neuen Typus von Politik betrachtet Giddens als charakteristisch für das Zeitalter der reflexiven Moderne. »Life Politics« im Sinne einer Politik des Lebensstils, als politische Themen und Fragen, die von Prozessen der Selbstverwirklichung (»self-actualization«) in post-traditionalen Kontexten herrühren (vgl. ebd.: 214), sieht er aufs Engste mit Debatten und Aushandlungsprozessen verknüpft, die mit einem »reflexive project of the self« (ebd.: 244) einhergehen. Diese umfassen neben verschiedenen Aspekten von Identitätspolitik (beispielsweise Gender und Körper betreffend) und Subjektivierung auch diverse Zusammenhänge zwischen »personal

activity and planetary problems« (ebd.: 221), wie klima-, nuklear-, und entwicklungs-politische Fragen.

Kommunikations- und medienwissenschaftliche Erweiterungen

Ausgehend unter anderem von diesen Überlegungen entwickelt Maria Bakardjieva (2009, 2010) aus kommunikations- und medienwissenschaftlicher Perspektive ihr Konzept von »subactivism«, das sie als Beitrag zu einem umfassenden Verständnis des Politischen im Kontext alltäglichen Medienhandelns versteht (vgl. hierzu auch Bakardjieva 2011, 2012). Demzufolge müssten die beiden Ebenen formaler, institutionalisierter Politik (Makroebene) und Subpolitik (Mesoebene) um eine dritte Ebene des Politischen erweitert werden, die noch »unterhalb« des Subpolitischen, auf der Mikroebene von Privatheit und Alltag, angesiedelt ist. Inspiriert von radikaldemokratischen Konzepten, insbesondere poststrukturalistischen und kulturwissenschaftlichen Theorien politischer Identitäten (u.a. von Stuart Hall und Chantal Mouffe; siehe hierzu näher Abschnitt 3.3 dieser Arbeit) sowie der für Mouffes Arbeiten konstitutiven Unterscheidung zwischen *Politik* und *dem Politischen* (siehe hierzu Abschnitt 3.3.2), definiert Bakardjieva *subactivism* als

»a kind of politics that unfolds at the level of subjective experience and is submerged in the flow of everyday life. It is constituted by small-scale, often individual, decisions and actions that have either a political or ethical frame of reference (or both) and are difficult to capture using the traditional tools with which political participation is measured. Subactivism is a refraction of the public political arena in the private and personal world« (Bakardjieva 2009: 92).

Obwohl Bakardjieva mit diesem Konzept also auf die – politisch oder ethisch gerahmte – Ebene subjektiver Erfahrungen, persönlicher Entscheidungen und individuellen Handelns abhebt, betont sie gleichzeitig die enge Verwobenheit von *subactivism* mit der subpolitischen Ebene sowie der Ebene formal-institutionalisierter Politik der öffentlichen Arena. Zum einen sei *subactivism* geprägt von zahlreichen und vielfältigen Formen der Positionierung von Subjekten, bei denen in der Regel umfassendere Diskurse, kollektive Identitäten und gesellschaftliche Wissensvorräte als (imaginäre) Referenzen eine Rolle spielen. Zum anderen beschreibt Bakardjieva, dass und inwiefern *subactivism* auch immer das Potenzial beinhaltet, durch bestimmte Ereignisse mobilisiert zu werden und sich in Formen von »overt public activism« (ebd.: 96) zu verwandeln. Mit dieser Ausrichtung weist das Konzept durchaus eine argumentative Nähe zu Begriffen und Modellen wie »Civic Cultures« (Dahlgren 2003, 2006b, 2009), »Cultural Citizenship« (Hermes 2006; Hermes/Dahlgren 2006; Klaus/Lünenborg 2004; Lünenborg 2015) oder »Public Connection« (Couldry/Livingstone/Markham 2007; Kaun 2012a, 2012b) auf, die unterschiedliche, mit alltäglichen (Medien-)Praktiken einhergehende Phänomene als mögliche Grundlagen für Aktivitäten im institutionalisierten bzw. öffentlichen politischen Bereich ernst nehmen (siehe hierzu auch Abschnitt 2.1.2 dieser Arbeit). Entsprechend ordnet Bakardjieva *subactivism* als fundamentale Basis für politische Partizipation ein: »It is that essential bedrock against which individual citizens' capacity for participation in subpolitics or in the formal political institutions of the public world is shaped and nurtured« (Bakardjieva 2009: 96).

Ebenso wie die Arbeiten von Maria Bakardjieva im Feld der Kommunikationswissenschaft verortet, beziehen sich Kim Christian Schröder und Louise Phillips (2007) in ihrer Studie zu diskursiven Konstruktionen von Politik durch Medien und ihre Rezipierenden ebenfalls auf Becks und Giddens' Theoretisierungen des Politischen in der reflexiven Moderne. Der von Schröder und Phillips verwendete, weitgefasste Politikbegriff erstreckt sich ähnlich wie bei Bakardjieva über ein Kontinuum dreier Ebenen: Erstens traditionelle, parlamentarische Politik, zweitens Subpolitik, die die Autor_innen als Politik von Graswurzelbewegungen (vgl. ebd.: 90f.) fassen, und drittens »Life Politics« als Formen von Alltagspolitik, die etwa Konsumpraktiken oder das Familienleben betreffen. Deutlich wird also auch hier, dass sich die Ebene von »Life Politics« mit ihrem stärkeren Fokus auf alltägliche Lebensführung durchaus noch »unterhalb« der sub-politischen Ebene verorten lässt. »Life Politics« erscheinen so als individuelle, beispielsweise konsumbezogene alltägliche Praktiken, die gleichzeitig nicht pauschal als »unpolitisch« abqualifiziert werden können, insofern sie in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Fragen und politischen Aushandlungsprozessen stehen. In späteren Veröffentlichungen thematisiert auch Beck selbst – quasi in mikropolitisch-erweiterter seines Subpolitik-Begriffs – Aspekte eines politischen Konsums, wie beispielsweise das bewusste Kaufen oder Nicht-Kaufen bestimmter Marken oder Produkte, als zentrale subpolitische Praktiken (vgl. Beck/Schrenk 2007: 241ff.).¹¹

Konzeptuelle Erweiterungen aus soziologischer Perspektive und aus Sicht der Jugendforschung Als Weiterführung seiner eigenen Überlegungen zu Subpolitik – und entsprechend stärker als die bisher angeführten kommunikationswissenschaftlichen Erweiterungen in soziologischen Debatten um eine reflexive Modernisierung verortet – entwirft Ulrich Beck gemeinsam mit Maarten A. Hajer und Sven Kesselring im Sammelband *Der unscharfe Ort der Politik* (1999a) die These einer »kulturellen Demokratisierung« (Beck/Hajer/Kesselring 1999b: 15ff.). Die Autoren konstatieren hier einen Transformationsprozess der Demokratie von der *politischen* Demokratisierung als Erkämpfen politischer Freiheitsrechte in Folge der Französischen Revolution über die *soziale* Demokratisierung als Ausbau des Sozialstaates im Europa der 1960er Jahre bis hin zur gegenwärtigen Gleichzeitigkeit einer nach »außen« gerichteten *transnationalen* Demokratisierung sowie einer nach »innen« gerichteten *kulturellen* Demokratisierung. Letztere stelle als aktuelle Ausprägung den Rahmen dar, innerhalb dessen die für die reflexive Moderne zentrale »Unterscheidung zwischen staatlich organisierter Politik und verschiedenen Ausdrucksformen der Subpolitik« (ebd.: 15) bedeutsam wird, die in Begriffen wie »Alltagspolitik« »Life Politics« oder »Politik der Lebensführung« gefasst werden. Als kulturelle Demokratisierung bezeichnen Beck, Hajer und Kesselring folglich die mit spätmodernen Individualisierungsprozessen einhergehende Form demokratischen Wandels. Dabei gehe Individualisierung gerade nicht – wie häufig behauptet – mit einer »Krise« des Politischen einher, sondern im Gegenteil mit einer »Demokratisierung der Alltagswelten – der Familie, der Geschlechterverhältnisse, der Bildung, der Ansprüche an die

11 Vgl. zu den durchaus ambivalenten Implikationen alltäglichen politischen Konsums beispielsweise auch Baringhorst (2010, 2012); Bradshaw/Campbell/Dunne (2013); Kallhoff (2013); Lekakis (2013); Soper/Trentmann (2008); Stolle/Hooghe/Micheletti (2005); Ward (2010).

Mitgliedschaften in Kirchen, Parteien und Gewerkschaften – und der gesellschaftlichen Mitgestaltung« (ebd.). Mit dem Begriff der kulturellen Demokratisierung ist entsprechend die These verbunden, dass in der reflexiven Moderne »die Prinzipien der Demokratie kulturell gewendet werden« (ebd.: 16) und damit die Grenzen zwischen offizieller Politik und den angesprochenen Formen von Sub- und Alltagspolitik zunehmend unscharf werden.

Auch unter den Beiträgen des angesprochenen Sammelbands (Beck/Hajer/Kesselring 1999a) finden sich Kritik und Erweiterungen des Beckschen Subpolitik-Begriffs. So merken etwa Ronald Hitzler und Michaela Pfadenhauer in ihrem Text zu Politiken der Techno-Szene an, dass Becks Konzept von Subpolitik letztlich auf einen konventionellen Politikbegriff bezogen bleibe und erweitern diesen um die Idee einer »Politik der Unterscheidung« (Hitzler/Pfadenhauer 1999: 48). Hiermit bezeichnen und untersuchen sie, unter Rückgriff auf die These einer reflexiven Modernisierung und als »Zuspitzung« (ebd.: 49) von Giddens' Begriff der »Life Politics«, Politisierungstendenzen im Bereich des Privaten, konkret »Strategien der Realisierung »eigensinniger« ästhetischer Neigungen, »privatistischer« Präferenzen oder schlicht auffälliger Konsummuster – auch gegen Widerstände« (ebd.).

Direkt Bezug nehmend auf den Vorwurf einer jugendlichen Politikverdrossenheit theoretiert und analysiert Cordula Kropp (1999: 73ff.) Formen des politischen Handelns Jugendlicher auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen: von (1.) institutionellen bzw. mit dem politischen System zusammenhängenden Handlungskontexten wie Wahlen, aber auch Engagement in partei- oder bewegungsnahen Jugendorganisationen, Gewerkschaften oder Verbänden über (2.) jugendkulturelle Lebensstile bzw. Szenen, wie etwa Hip Hop, Punks, Fußballfans oder Rave-Szene, bis hin zu (3.) einer »Politik der Lebensführung von Jugendlichen« (ebd.: 77), die in jugendkulturellen Alltagspraktiken, Identitätskonzepten, Wertvorstellungen und Konflikten mit der Elterngeneration begründet liegt. Ihr politisches Potenzial sieht Kropp insbesondere in der Möglichkeit einer Kritik und Verschiebung des gesellschaftlichen Status Quo – beispielsweise mit Blick auf Geschlechterverhältnisse, Arbeitsnormen oder Konsumpraktiken. So nähmen diese Formen von Politik »die gesellschaftliche Ordnung durch die direkte Tat des Andersmachens zum Angriffspunkt für den eigenen Gestaltungs- und Veränderungswillen« (ebd.). Bezüglich Fragen des Zusammenhangs zwischen einer Politik der Lebensführung und (ent-)demokratisierenden gesellschaftlichen Entwicklungen hebt Kropp neben den angesprochenen »progressiv-emanzipatorischen Formen« (ebd.: 79) jedoch auch problematische Formen der Alltagspolitik hervor, die beispielsweise die Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen oder die Zementierung bestimmter sozialer Ungleichheiten betreffen, indem diese »als prinzipiell nicht verhandelbare, weil naturgegebene oder kulturell bedingte, dargestellt werden« (ebd.: 80). Als konzeptuelle Folie für ihre Ideen einer Politik der Lebensführung dient auch Kropp die Theorie reflexiver Modernisierung, insbesondere hinsichtlich eines Wandels der Alltagskultur: Während der Alltag in der industriellen Moderne durch traditionelle Bindungen geprägt war und damit für Individuen sowohl Zwänge als auch eine gewisse Handlungssicherheit einhergingen, ändert sich dies in der reflexiven Moderne: Alltag wird nun »in ungekanntem Maße gestaltbar, entscheidungs offen und damit (...) auch politisch« (ebd.: 65) in dem Sinne, dass er zum Raum von Aushandlungen über exis-

tenzielle Fragen gesellschaftlichen Zusammenlebens avanciert – der auch von Anthony Giddens (1991: 215) im Kontext seines Konzepts von »Life Politics« prominent eingebrachten Ethik eines »how should we live?«. Für Versuche, einen erweiterten Politikbegriff zu konturieren, bedeutet diese Politik des Alltags pointiert: »[D]ie Auseinandersetzungen über das richtige und gute Leben finden nun im tagtäglichen Miteinander statt und werden weder auf ein politisch-administratives Zentrum bezogen, noch an dessen Repräsentanten delegiert« (Kropp 1999: 65; vgl. auch Pöferl 1999: 24).

Mit Blick auf das Forschungsinteresse dieser Arbeit eröffnen Becks Subpolitik-Begriff und insbesondere die auf alltägliche (Medien-)Praktiken abhebenden Erweiterungen wichtige theoretische Perspektiven, weil das Politische damit neben der makropolitischen (d.h. staatlich-institutionellen) sowie mesopolitischen (d.h. Politiken von NGOs und sozialen Bewegungen betreffenden) Ebene auch Alltagspolitiken auf der Mikroebene umfassen kann, womit der unmittelbare Handlungs-, Deutungs- und Erfahrungsraum von Jugendlichen adressiert ist. Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die diskutierten Konzepte einerseits hilfreiche Anknüpfungspunkte für den Untersuchungsgegenstand und das Forschungsvorhaben der vorliegenden Arbeit bieten, da sie es ermöglichen, Alltag als bedeutende Dimension des Politischen zu denken. Andererseits bedarf es, wie ich gezeigt habe, eines kritischen Weiterdenkens und einer Ergänzung dieser Perspektiven: So lautet einer der zentralen Kritikpunkte an Becks und Giddens Theorien, dass sie gesellschaftliche Konflikte und Machtverhältnisse sowie damit einhergehende soziale Ungleichheiten in ihren Konzeptualisierungen des Politischen zu wenig berücksichtigen (vgl. Mouffe 2007). Diese Kritik bildet einen wichtigen Ausgangspunkt für eine Ergänzung der Alltags-Dimension um die Aspekte von Macht und Konflikt für ein erweitertes Verständnis des Politischen, wie ich sie in Abschnitt 3.3 ausführlicher erarbeite. An dieser Stelle soll nun aber unter Bezugnahme auf einen maßgeblich von Karl Rohe eingebrachten und von Andreas Dörner weiterverfolgten kulturalistisch gewendeten Begriff politischer Kultur – als Ergebnis eines *cultural turn* der politischen Kulturforschung – zunächst eine Auseinandersetzung mit einem weiteren Konzept erfolgen, das Alltag und (Medien-)Kultur als fundamentale Aspekte des Politischen anerkennt.

3.2.2 Politische Kultur als »Konstruktion politischer Wirklichkeit in der Alltagswelt« (Andreas Dörner)

Eine weitere wichtige theoretische Perspektive für einen breiten, auf Alltagskultur abhebenden Begriff des Politischen stellt die ursprünglich in der Politikwissenschaft verankerte, aber explizit auf Inter- bzw. Transdisziplinarität abzielende, maßgeblich von Karl Rohe (1987; 1994a: 162ff.; 1994b) ausgearbeitete kulturalistische Version des Konzepts »politischer Kultur« dar.¹² Unter der zentralen Prämisse, dass sich die für eine politische Kultur konstitutiven Vorstellungen und Grundannahmen über die politische

12 Siehe zur Bezeichnung dieser Version des Konzepts politischer Kultur als »kulturalistisch« z.B. Dörner (2000b: 30ff.); Rohe (1994b: 16); Sauer (2001: 224ff.). Vgl. zu einem *cultural turn* der Politikwissenschaft bzw. der politischen Kulturforschung auch Schwelling (2001, 2004) sowie Hofmann/Martinsen (2016).

Welt in den unterschiedlichsten menschlichen Lebensbereichen und sozialen Welten – also auch im Privaten, Alltäglichen – herausbilden können, überschreitet dieses Konzept die Grenzen eines eng gefassten, auf das politische System oder politische Institutionen beschränkten Begriff des Politischen.¹³ Entsprechend kann konstatiert werden, dass die Idee der politischen Kultur in dieser kulturalistischen Ausrichtung getragen wird von einem grundlegenden Interesse an der *kulturellen Dimension des Politischen* wie auch an den *politischen Dimensionen von (Alltags-)Kultur* (vgl. Rohe 1994b: 10). Somit ist politische Kultur nicht nur als Forschungsgegenstand – im Sinne symbolisch vermittelter politischer und gesellschaftlicher Weltbilder, Ordnungsentwürfe, Wertvorstellungen etc. – zu verstehen, auf den ich im Folgenden näher eingehe, sondern darüber hinaus auch als spezifische *Forschungsperspektive*. Darunter begreife ich mit Rohe (1994b: 16) »so etwas wie eine besondere ›Brille‹, mit der man und durch die man auf die politische Wirklichkeit blickt und dabei gegebenenfalls Phänomene entdeckt, die ausgeblendet bleiben, wenn man die üblichen politikwissenschaftlichen ›Brillen‹ aufsetzt«. Auch mit Blick auf eines der übergeordneten Ziele dieser Arbeit, einen erweiterten Begriff des Politischen als heuristisches Instrumentarium für die empirische Analyse von Auseinandersetzungen des Politischen durch Jugendliche zu entwickeln, erweist sich politische Kultur also als ein hilfreiches Konzept.

Kulturalistische Wendung politischer Kultur

Wie kann ein kulturalistisch perspektiviertes Verständnis politischer Kultur nun konkret begriffen werden? Rohe (1987: 39) definiert politische Kultur als »grundlegende Vorstellungen über die Welt der Politik und damit verknüpfte operative Normen (...), die sich insgesamt als das mit spezifischem Sinn gefüllte ideelle Design eines Kollektivs für sein politisches Leben begreifen lassen« und an anderer Stelle zugespitzt als »Grundannahmen über die politische Welt«, als »grundlegende Ordnungsvorstellungen« (Rohe 1994a: 165). Mit einer solchen Auffassung gehen drei wichtige Annahmen einher: *Erstens* steht im Zentrum des Konzepts »die Perspektive der Menschen« (Dörner/Vogt 2012: 14), d.h. es geht vorrangig nicht um die Betrachtung politischer Institutionen, Verfahren oder Entscheidungen, sondern um deren Wahrnehmung, Deutung und Verhandlung durch Menschen vor dem Hintergrund ihrer alltäglichen Erfahrungen, mithin um Prozesse der »Konstruktion politischer Wirklichkeit in der Alltagswelt« (Dörner 2003: 598). Vorstellungen und Weltbilder des Politischen entstehen also im Kontext der Alltagserfahrungen von Menschen, die wiederum das politische Alltagsleben in einer Gesellschaft maßgeblich prägen.

Zweitens wird politische Kultur ausdrücklich als kollektive Größe entworfen. Wie Kultur insgesamt ist auch politische Kultur nichts, das eine Person für sich allein besitzen oder entwerfen könnte, sondern sie konstituiert sich aus miteinander geteilten, durchaus umkämpften Wissensbeständen, Deutungsmustern, Wertvorstellungen, Normalitätsstandards und Erwartungshaltungen (vgl. Dörner/Vogt 2012: 14). Rohe spricht mit Blick auf solche kollektiven Wissensvorräte, die durchaus auch regeln, was in einer politischen Gemeinschaft als (il-)legitim betrachtet und ggf. sozial sanktioniert wird,

13 Vgl. zu dieser Einschätzung von Rohes Arbeiten auch Greiffenhagen/Greiffenhagen (2002: 391).

auch von politischer Kultur als »Regelsystem, von dem abhängt, was und wie ›man‹ innerhalb eines sozialen Verbandes politisch handeln, politisch reden und politisch denken kann« (Rohe 1994a: 163). Solche Entwürfe politischer und gesellschaftlicher Ordnung kennen keine Grenze zwischen Politischem und (vermeintlich) Privatem, sondern umspannen sowohl das politische System mit seinen Institutionen als auch die mediatisierten Alltagswelten der Menschen.¹⁴

Drittens nimmt Rohe innerhalb der politischen Kulturforschung eine wichtige theoretische Reformulierung vor, indem er konstatiert, dass »politische Kultur aus einem Muster vor ›Vorstellungen‹, und nicht von ›Einstellungen‹ besteht« (Rohe 1987: 40, Hervorheb. i.O.). Mit dieser konzeptuellen Verschiebung geht eine Abgrenzung vom Mainstream der – hauptsächlich mittels Methoden quantitativer empirischer Sozialforschung – auf individuelle ›Einstellungen‹ fokussierenden politischen Kulturforschung einher, zu dem maßgeblich die wegweisende *Civic-Culture*-Studie von Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) sowie in deren Tradition stehende Arbeiten zählen (vgl. hierzu kritisch auch Schwelling 2004: 20).¹⁵ Im Vergleich zu Einstellungen sind Vorstellungen auf einer *grundlegenderen* Ebene angesiedelt. Letztere können somit verstanden werden als die bestimmten Einstellungen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Wissensbestände beispielsweise darüber, was Politik ausmacht, wie Politik funktioniert bzw. funktionieren sollte etc., die häufig als Selbstverständlichkeiten im Common Sense sedimentiert sind, durch gegenhegemoniale Strategien aber durchaus auch verändert werden können.¹⁶ Eine solche Perspektivverschiebung auf Vorstellun-

14 Wie in Abschnitt 2.2.2 ausgeführt, sind Alltagswelten in (digitalen) Medienkulturen auf vielschichtige Weise von diversen Medienpraktiken durchdrungen. Entsprechend ist politische Kultur heutzutage nicht unabhängig von Medienkultur zu denken.

15 Die als Schlüsselwerk der Politikwissenschaften (vgl. Kaase 2007) geltende Arbeit *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations* (1963) von Almond und Verba entstand in den 1950er Jahren vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts mit seinen totalitären bzw. faschistischen Entwicklungen in Russland, Italien und nicht zuletzt Deutschland. Almond und Verba erheben und vergleichen die kognitiven (Wissen), affektiven (Gefühle) und evaluativen (Bewertungen) Einstellungen zur Politik der Bürger_innen in fünf Nationalstaaten mittels quantitativer Methoden der Umfrageforschung und aggregieren diese Individualdaten zu Aussagen über die politische Kultur der jeweiligen Nation. Politik differenzieren sie dabei in vier Dimensionen: (1.) das politische System allgemein, (2.) die Input-Dimension (bezogen auf politische Forderungen/Partizipation), (3.) die Output-Dimension (bezogen auf Ergebnisse politischer Prozesse) und (4.) die eigene Rolle im politischen Prozess (bezogen auf das Selbstbild). Davon ausgehend entwickeln Almond und Verba drei Typen politischer Kultur: erstens die Parochialkultur, in der keine der vier Dimensionen positiv besetzt ist; zweitens die Untertanenkultur, in der die Output-Dimension betont wird; sowie drittens die Partizipationskultur, in der alle Dimensionen positiv besetzt sind. Der von ihnen favorisierte Idealtyp, die *Civic Culture*, stellt eine Mischform aller drei Typen politischer Kultur dar.

16 ›Wissen‹ verstehe ich hier im Anschluss an wissenssoziologische und diskurstheoretische Perspektiven als eine Kategorie, die »nicht auf ein angeborenes, kognitives Kategoriensystem rückführbar [ist], sondern auf gesellschaftlich hergestellte symbolische Systeme oder Ordnungen« (Keller 2011a: 59). Die prominenten wissenssoziologischen Überlegungen Peter L. Bergers und Thomas Luckmanns (1969) aufnehmend, kann politische Kultur mit Berthold Löffler (2003) in dieser kulturalistisch-konstruktivistischen Traditionslinie entsprechend begriffen werden als »Teil der gesellschaftlich konstruierten Wirklichkeit«.

gen zielt laut Rohe also nicht primär auf einzelne Inhalte politischer Einstellungen, sondern vielmehr darauf, die diese Einstellungen fundierenden Orientierungs- und Deutungsmuster im Hinblick auf das Politische zu rekonstruieren. Neben dieser Differenzierung scheint mir ein weiterer Begriff hilfreich, den Rohe im Zusammenhang mit dem Konzept von Vorstellungen diskutiert: Unter Bezugnahme auf Max Weber spricht er von (politischen) »Weltbildern«¹⁷ und meint damit »Auffassungen, Überzeugungen, Gefühle und Orientierungen, die in den Köpfen und Herzen der Menschen existieren. Es geht um *Vorstellungen* davon und darüber, was die Politik ist und sein soll« (Rohe 1994a: 54). Mit Birgit Sauer (2001: 225) soll an dieser Stelle besonders herausgestellt werden, dass mit der beschriebenen kulturalistisch fundierten Verschiebung von Einstellungen zu Vorstellungen auch eine Neuakzentuierung und Erweiterung des Politikbegriffs einhergeht, da dieser Ansatz »Politik im Unterschied zur subjektiv orientierten Politischen Einstellungsforschung als einen durch Zeichen, Symbole und Metaphern sowie durch Rituale und Mythen konstituierten Raum« begreift.¹⁸

Politische Soziokultur und politische Deutungskultur

Über diese Fokussierung auf kulturell-symbolische, politische Wirklichkeit konstituierende Momente hinaus konturiert Rohe (1994a: 168) politische Kultur als *Prozess* und *Praxis*, d.h. sie ist nichts Gegebenes, sondern historisch konstruiert und bedarf der ständigen (Re-)Aktualisierung und symbolischen Erneuerung durch soziale, auch mediale, (Alltags-)Praktiken. Beteiligt an diesen Prozessen und Praktiken der symbolischen (Re-)Produktion politischer Kultur sind einerseits »die Normalbürger selbst, die (...) ihre politische Alltagswelt symbolisch zu durchdringen suchen« (ebd.). Andererseits habe man es – insbesondere in gegenwärtigen Medienkulturen – »stets auch mit mehr oder minder professionalisierten Interpreten und Produzenten von politischen Wirklichkeitsbildern zu tun, die Sinn- und Deutungsangebote für andere fabrizieren« (ebd.).

17 Rohe (1994a: 49ff.) bezieht sich hier auf Ausführungen Max Webers, demzufolge »Weltbilder« als Produkte von »Ideen« zu verstehen seien. Er kritisiert jedoch gleichzeitig Webers alleinige Fokussierung auf Ideen, indem er konstatiert, dass »Weltbilder *auch* durch Ideen, keineswegs nur durch Ideen zustande kommen« und darüber hinaus die »Alltagserfahrungen der Menschen« als weiteren zentralen Aspekt benennt, der »ihr Weltbild, auch ihr politisches Weltbild, prägt« (ebd.: 51, Hervorheb. i.O.).

18 Entsprechend kritisch betrachtet Sauer (2001: 216ff.) das enge, institutionenbezogene Politikverständnis der klassischen empirischen politischen Kulturforschung Almond'scher und Verba'scher Prägung: Auch wenn mit der Untersuchung individueller politischer Orientierungen »private« Einstellungen und Erfahrungen mit berücksichtigt werden, verbleibt der dort zugrunde gelegte und reproduzierte Politikbegriff »im begrenzten Horizont staatlich-politischer Institutionen: Alles, was sich nicht auf diese Sphäre und die in diesem Bereich typischen Handlungsformen bezieht, gilt als vor- oder unpolitisch« (ebd.: 221). Neben dieser Engführung des Politikbegriffs kann mit Sauer auch das in der klassischen politischen Kulturforschung vertretene Verständnis politischer Subjekte kritisiert werden, welches das liberale Ideal des (rational-männlich codierten) »Aktivbürgers« reproduziert, der »sich über die Aktivitäten der politischen Elite auf dem Laufenden hält, politische Veranstaltungen besucht oder in einer Partei mitarbeitet, der die Wege seiner Interessenrealisierung zu berechnen weiß und seine Interessen schließlich abwägend und geregelt in den politischen Entscheidungsprozeß überführt« (ebd.). Weitere Kritikpunkte an der wegweisenden Studie von Almond und Verba diskutiere ich mit Dahlgren in Abschnitt 3.2.3.

Um diese beiden Ebenen politischer Kultur analytisch differenzieren zu können, unterscheidet Rohe (1987: 41, 1994a: 168, 1994b: 8ff.) zwischen »politischer Soziokultur« und »politischer Deutungskultur«. Die Ebene der *Soziokultur* steht für die »undiskutierten Selbstverständlichkeiten, die den latenten oder ruhenden Teil von politischer Kultur markieren«, während *Deutungskultur* die »kulturellen Diskussionen, die eben diese Selbstverständlichkeiten wieder in Frage stellen und gleichsam den manifesten Bereich von politischer Kultur ausmachen«, bezeichnet (Rohe 1987: 42).¹⁹ Beide Ebene stehen in einem spannungsreichen Wechselverhältnis zueinander: Da politische Soziokultur sich einer dauerhaften Fixierung verwehrt – sie ist nichts, das in einer bestimmten Lebensphase »einsozialisiert« bzw. zu einem bestimmten Zeitpunkt etabliert und ein für alle Mal »fest-gestellt« werden kann –, bedarf sie einer beständigen symbolischen Vermittlung und einer Thematisierung auf der Ebene der Deutungskultur, beispielsweise durch und in Medien. Gleichzeitig hat politische Soziokultur eigene Dynamiken, die auf den alltäglichen Erfahrungen von Menschen beruhen und teilweise unvereinbar sind mit den Interpretationsangeboten der politischen Deutungskultur – von daher kann mit Rohe (1987: 43) resümiert werden, dass politische Soziokultur nicht allein als sedimentierte politische Deutungskultur begriffen wird, sondern durchaus veränderlich und durch die (potenziell widerständigen) Aneignungsprozessen einer *active audience* (siehe hierzu näher Abschnitt 3.3.1) gekennzeichnet ist. Mit Blick auf (mediale) Deutungen des Politischen unterscheidet Rohe ferner zwischen der »Inhaltsseite« und der »Ausdrucksseite« von politischer Kultur. Letztere betrifft beispielsweise ästhetische Aspekte sowie die Art und Weise, *wie* politische Inhalte medial vermittelt werden, was – dies zeigen die Materialanalysen im empirischen Teil dieser Arbeit (siehe hierzu näher die Abschnitte 7.2 und 8.2 dieser Arbeit) – für Jugendliche durchaus relevant ist für die Frage, ob sie sich von bestimmten politikbezogenen medialen Angeboten angesprochen fühlen oder nicht. Mithin kann es, etwa mit Blick auf das Thema Politikverdrossenheit, erkenntnisreich sein, die Ausdrucksebene von der inhaltlichen bzw. Sinn-Dimension zu trennen, denn »manches, was vorschnell als politische Sinnkrise apostrophiert wird, mag sich in Wirklichkeit als eine Sinnfälligkeitskrise entpuppen, also als Unfähigkeit, einem politischen Sinn auch sinnenfälligen Ausdruck zu verleihen« (Rohe 1994a: 166). Interessant ist überdies, dass Rohe (1994b: 7) diese ästhetische bzw. Ausdrucksseite politischer Kultur mit affektiven Orientierungen bzw. emotionaler Bindung an eine bestimmte politische Kultur verknüpft und hier also auch einen Bezug zur affektiven Dimension des Politischen herstellt.

Die Unterscheidung der beiden Dimensionen von politischer Soziokultur und politischer Deutungskultur aufgreifend und weiterführend, diskutieren Andreas Dör-

19 Rohe spricht mit Blick auf diese zweite Ebene politischer Kultur bewusst von politischer *Deutungs-* und nicht von politischer *Diskurskultur*, obwohl es ihm damit um eine diskursive, sowohl affirmative als auch infrage stellende, Thematisierung latenter Aspekte der Soziokultur geht. Grund dafür ist jedoch die Abgrenzung von einem rationalistisch und auf Elitendiskurse verengten Verständnis politischer Kultur, das in der politikwissenschaftlichen Theoriebildung aus seiner Sicht allzu häufig mit dem Diskursbegriff einhergeht (siehe hierzu auch Abschnitt 3.1.3 dieser Arbeit). Dass diese Auslegung des nur eine neben weiteren, durchaus auf emotionale sowie machtspezifische Aspekte abhebenden Diskurskonzepten beispielsweise bei Michel Foucault oder Ernesto Laclau und Chantal Mouffe darstellt, sei an dieser Stelle ergänzend zumindest erwähnt.

ner und Ludgera Vogt (2012: 16f.; vgl. auch Dörner 2003: 609ff.) mediale Angebote sowohl als Bestandteil der soziokulturellen wie auch der deutungskulturellen Ebene und konstatieren zunächst grundlegend mit Blick auf die mediatisierten Alltagswelten von Menschen: »Politische Kultur und Medienkultur sind heute sinnvoll nicht mehr getrennt voneinander zu denken« (Dörner/Vogt 2012: 13). Als Bestandteil der *politischen Soziokultur* stabilisieren Medien die angesprochenen gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten mit Blick auf Vorstellungen, Subjektpositionen, Werte und Normen des Politischen. Diese Selbstverständlichkeiten können wiederum in der Anschlusskommunikation durch die Mediennutzenden »problemlos in deren Horizont integriert« werden (ebd.: 17). Als Bestandteil der *politischen Deutungskultur* sind mediale Angebote fest mit alltäglichen Routinen und Praktiken verwoben. Darüber wird es in medialen Produktions- und Aneignungsprozessen möglich, ebendiese gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten, symbolischen Ordnungen und mit ihnen einhergehenden politisch-kulturellen Normen zur Diskussion zu stellen und zu verschieben bzw. überhaupt erst einmal deren »So-und-nicht-anders-Sein« (Bühmann/Schneider 2008: 34) zu hinterfragen.²⁰

Die bisherigen Ausführungen haben verdeutlicht, dass politische Kultur als gesellschaftliche Wissensvorräte über das Politische und alltägliche Konstruktionen politischer Wirklichkeit gefasst werden kann. Eine solche, an die Arbeiten Karl Rohes und Andreas Dörners anknüpfende Perspektive betont vor allem die *kollektive* Dimension politischer Kultur, in Form gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Im nachfolgenden Abschnitt gehe ich ergänzend auf das von Peter Dahlgren vorgeschlagene Modell von *Civic Cultures* ein, das – ebenfalls in kritischer Erweiterung der *Civic-Culture*-Studie von Gabriel A. Almond und Sidney Verba – einen stärkeren Fokus auf die *individuellen* Faktoren legt, die er als Voraussetzungen für Engagement und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben im Sinne von *Civic Agency* verstanden wissen will und die zugleich durchaus gesamtgesellschaftlich kontextualisiert und eingebettet sind.

3.2.3 *Civic Cultures* (Peter Dahlgren) – Alltagskulturelle Voraussetzungen für politische Handlungsfähigkeit

Mit seinem Konzept von *Civic Cultures* (Dahlgren 2003, 2009: 102ff.) entwickelt Peter Dahlgren einen Analyserahmen der darauf abhebt, Möglichkeiten und Hindernisse für politische Handlungsfähigkeit²¹ in theoretischer wie empirischer Hinsicht auszulo-

20 Eine solche Perspektive der Historisierung und Infragestellung politisch-kultureller Selbstverständlichkeiten (auch) mithilfe medialer Deutungsangebote ist anschlussfähig an Michel Foucaults Analyseprogramm des »Zum-Ereignis-Machens« (*événementialisation*) (vgl. Foucault 2005: 29ff.). Hierunter versteht Foucault (ebd.: 29f.) einen »Bruch mit den Evidenzen, denjenigen Evidenzen, auf denen unser Wissen basiert, unser Konsens, unsere Praktiken. (...) Das Zum-Ereignis-Machen besteht ansonsten darin, die Zusammenhänge, die Zusammentreffen, Unterstützungen, Blockaden, Kraftspiele, Strategien usw. wiederzufinden, die zu einem bestimmten Zeitpunkt dasjenige formierten, das anschließend als Evidenz, Universalität oder Notwendigkeit fungieren sollte«.

21 Genau genommen spricht Dahlgren (2009: 59) hier von »civic agency«, die er definiert als »a fundamental notion to conceptually anchor people's enactment of citizenship«. Er merkt an, dass

ten. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Vorstellung einer aktiven Rolle, die Menschen als Bürger_innen²² in demokratischen Gesellschaften einnehmen. Daran anknüpfend verweist die Idee von *Civic Cultures* auf die Wichtigkeit verschiedener Dimensionen des Alltags²³ – wie gelebter Erfahrung, kultureller Praktiken, geteilter Wissensbestände und Prozessen der Identitätskonstruktion – für Involvement mit Politischem und bezieht sich dabei vor allem auf jene häufig als ›vor‹- oder ›unpolitisch‹ bezeichneten sozio-kulturellen Aspekte, die Öffnungen hin zum Politischen bereithalten und als Voraussetzungen für tatsächliche Partizipation (auch) im öffentlichen, institutionell-politischen Bereich gelten können (siehe hierzu auch Abschnitt 2.1.2 dieser Arbeit). Insofern kann das Konzept der *Civic Cultures* als eine Infragestellung eng gefasster, staats-, institutionen- und öffentlichkeitsbezogener Politikbegriffe und als zentraler Ansatz für ein erweitertes Verständnis des Politischen interpretiert werden. Wie ich in der nachfolgenden Diskussion des Modells zeige, spielen als einer der Aspekte von *Civic Cultures* alltägliche, informelle Kommunikationsformen – insbesondere Alltagsgespräche mit Bezug zum Politischen – eine zentrale Rolle, die als wichtige Foren für Aushandlungen des Politischen verstanden werden können (siehe hierzu Abschnitt 2.1 dieser Arbeit). In diesem Sinne lassen sich Dahlgrens Überlegungen durchaus als Weiterführung von Habermas' deliberativem Politikbegriff verstehen, die jedoch über die Grenzen eines rein rationalen, öffentlichkeitszentrierten Verständnisses des Politischen hinausweisen und – unter anderem unter Verweis auf Chantal Mouffes Verständnis des Politischen (siehe hierzu Abschnitt 3.3.2 dieser Arbeit) – alle Formen von Alltagsgesprächen als potenziell politisch betrachten (vgl. Dahlgren 2009: 97ff.).

Eine zentrale Referenz auch für Dahlgrens Modell stellt die bereits erwähnte, wegweisende *Civic-Culture*-Studie von Gabriel A. Almond und Sidney Verba (1963) sowie in deren Tradition stehende Arbeiten zur politischen Kultur dar. Dahlgren knüpft hier an eine Perspektive auf *Civic Culture* als wichtige Voraussetzung für demokratische Entwicklung an, nimmt aber einige bedeutende Reformulierungen des ursprünglichen

die Begriffe »political« und »civic« häufig austauschbar verwendet werden und schlägt statt einer strikten Unterscheidung der beiden Konzepte vor, sich zu vergegenwärtigen, wie diese zusammenhängen: »If we map the two concepts, we can say that the notion of civic is broader, encompassing the terrain of the public, while it is on this terrain that politics and the political arise« (ebd.: 58). Folglich bleibt das Politische in dieser Konzeption auf den Raum der Öffentlichkeit bezogen, während »civic« von Dahlgren entsprechend breiter gefasst wird. Für eines der zentralen Anliegen dieser Arbeit, einen (auch über Öffentlichkeit hinausweisenden) erweiterten Begriff des Politischen zu konturieren, scheint mir diese Differenzierung daher wenig zielführend. Meine Übersetzung des Konzepts von *Civic Agency* als *politische* Handlungsfähigkeit rührt dementsprechend von einem erweiterten Politikverständnis, das auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse über Fragen des Zusammenlebens und damit einhergehende Ein- und Ausschlussprozesse abhebt.

22 An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Frage danach, wer aus welchen Gründen als Bürger_in einer Gesellschaft gilt, nicht als ›gegeben‹ gedacht wird, sondern vielmehr als umkämpft und von Machtverhältnissen und Ausschlussprozessen geprägt.

23 Alltag fasst Dahlgren (2009: 104) hier in Anlehnung an Habermas' Begriff der Lebenswelt als Ebene der unhinterfragten, selbstverständlichen Orientierungen und Praktiken von Menschen und verweist hierbei auch auf Bourdieus Habitusbegriff (vgl. exemplarisch Bourdieu 1982; siehe einführnd u.a. Krais/Gebauer 2002).

Konzepts vor: Während Almond und Verba eine ideale *Civic Culture* im Singular entwerfen²⁴, geht Dahlgren (2009: 103) von einer Vielzahl an Möglichkeiten aus, um zu politischer Handlungsfähigkeit zu gelangen und konzipiert *Civic Cultures* entsprechend explizit im Plural. Zudem distanziert er sich von Elementen eines psychologischen Reduktionismus und Ethnozentrismus, die er in der *Civic-Culture*-Studie ausmacht, und betont schließlich einen konstruktivistisch-materialistischen Kulturbegriff, statt wie Almond und Verba eine nationalstaatliche bzw. System-Perspektive einzunehmen. Eine wichtige Kontinuitätslinie zu Almond und Verba stellt hingegen der normative Status des von Dahlgren reformulierten *Civic-Cultures*-Konzepts dar: In republikanischer Tradition argumentiert er, dass *Civic Cultures* einer Bindung der Gesellschaftsmitglieder an demokratische Werte bedürfen und die Bereitschaft voraussetzen, über die unmittelbar eigenen Interessen hinauszublicken.²⁵ Mit seinem entscheidenden Argument, dass *Civic Cultures* und politische Partizipation maßgeblich auch durch Aushandlungen in den Alltagswelten der Menschen geprägt werden, schließt Dahlgren an Perspektiven an, die eine Engführung des Politischen auf ›die Öffentlichkeit‹ dekonstruieren und konstatiert dementsprechend: »[W]e must not ignore the private sphere if we are to understand participation in the public sphere« (ebd.: 105). Formgebend für *Civic Cultures* sind laut Dahlgren eine Vielzahl an Faktoren: Neben politischem System, Ökonomie, Recht und gesellschaftlichen Machtverhältnissen sowie Familie, Schule bzw. Beruf und Peergroups verweist er zentral auf die Rolle, die verschiedene Medienangebote und vornehmlich im vermeintlich Privaten²⁶ stattfindende mediatisierte Aneignungs- und Aushandlungsprozesse des Politischen für deren Herausbildung spielen.

Die sechs Dimensionen von *Civic Cultures*

Konzeptuell entwirft Dahlgren *Civic Cultures* als dynamischen Kreislauf bestehend aus sechs aufeinander bezogenen – und letztlich nur heuristisch, nicht empirisch zu trennenden – Dimensionen, für die unterschiedliche Aspekte von Mediatisierung und Medienhandeln bedeutsam sind: *Wissen, Werte, Vertrauen, Räume, Praktiken und Identitäten*. Diese Dimensionen stelle ich im Folgenden dar, beziehe sie insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung in digitalen Medienkulturen auf meinen Forschungsgegenstand und erweitere sie an einigen Stellen, an denen mir Dahlgrens Perspektive

-
- 24 Der von Almond und Verba modellierte Idealtyp einer *Civic Culture* stellt eine Mischform aller drei von ihnen herausgearbeiteten Typen politischer Kultur (parochiale Kultur, Untertanenkultur und partizipative Kultur) dar und gilt entsprechend als »eine erfolgreiche Kombination von Modernität und Traditionalismus, Unterstützung administrativer Autorität und kritischer Partizipation« (Greiffenhagen/Greiffenhagen 2002: 393). Als Vorbild diene ihnen – wohlgemerkt zum Zeitpunkt des Erstellens und der Veröffentlichung der Studie in den 1950er und frühen 1960er Jahren – die politische Kultur Großbritanniens und der USA (vgl. ebd.: 392; Schmidt 2008: 306).
- 25 Auch Chantal Mouffe (2007) setzt in ihrem Konzept agonistischer Politik geteilte demokratische Werte als Ausgangspunkt für die Austragung politischer Konflikte durch gegnerische Positionen bzw. Akteur_innen voraus (siehe hierzu näher Abschnitt 3.3.2 dieser Arbeit).
- 26 Dass diese Aushandlungsprozesse im vermeintlich Privaten, beispielsweise in Alltagsgesprächen und anderen informellen Kommunikationsformen, auch als Bestandteil von Öffentlichkeiten verstanden werden können, erläutere ich in Abschnitt 3.3.3 anhand des von Elisabeth Klaus entwickelten Mehrebenen-Modells von Öffentlichkeit.

um eine gesellschaftstheoretische Kontextualisierung sowie die Berücksichtigung von Machtverhältnissen ergänzungswürdig erscheinen.

Wissen

Als erste der sechs Dimensionen gilt *Wissen* als basale Voraussetzung für Involvement mit dem Politischen sowie für gesellschaftliches Engagement und Teilhabe. Hierzu gehört laut Dahlgren nicht nur, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft Zugang zu verlässlichen Darstellungen, Analysen, Diskussionen und Debatten aktueller politischer und gesellschaftlicher Ereignisse haben sollten, sondern auch, dass sie von Möglichkeiten des Erwerbs solchen Wissens erfahren – was, darauf soll an dieser Stelle mit Blick auf soziale Ungleichheiten hingewiesen werden, jedoch bisher keineswegs verwirklicht ist.

Neben verschiedenen Formen von Bildung und den entsprechenden Institutionen spielen Medien hierbei eine entscheidende, wenn auch nicht immer unproblematische Rolle: Sie als neutrale ›Vermittler‹ politisch relevanten Wissens zu verstehen verkennt aus meiner Sicht, dass Medien politische Realitäten nicht abbilden, sondern diese durchaus mit konstruieren, indem sie Deutungen beispielsweise dazu bereitstellen, wie gesellschaftliches Zusammenleben aussehen sollte und darüber bestimmte politische Entscheidungen diskursiv (de-)legitimieren.²⁷ Gleichzeitig fungieren mediale Angebote als wichtige Informations- und Wissensquelle²⁸ für Auseinandersetzungen mit Politik und Gesellschaft. Diese Rahmung macht deutlich, dass ich Wissen über das Politische als diskursiv verstehe, d.h. es ist kontingent, kontextabhängig und gebunden an kollektive Bedeutungskonstruktionsprozesse – und dadurch potenziell veränderlich. In diesem Zusammenhang spielen insbesondere digitale Medien eine wichtige Rolle. Denn sie bieten nicht nur die Möglichkeit, alternative Wissensbestände über das Politische zu produzieren und zu kommunizieren, etwa indem neben den in etablierten Medien zu Wort kommenden Akteur_innen auch nicht-hegemoniale Positionen gehört werden.²⁹ Darüber hinaus rekonfigurieren sie auch die Art und Weise, wie dieses Wissen – beispielsweise durch den Einsatz interaktiver Elemente, neuartiger visueller Darstellungsweisen etc. – angeeignet und mit Bedeutung versehen wird.

27 Hier kann produktiv an Michel Foucaults diskurstheoretischen Schlüsselbegriff der »Macht/Wissen-Komplexe« (Foucault 1977: 39) angeknüpft werden, der sowohl für Perspektiven der Cultural Studies (vgl. z.B. Hall 1997), als auch für wissenssoziologische Fragestellungen (vgl. z.B. Keller 2011b: 122) eine zentrale Referenz darstellt. Foucault drückt damit den Kerngedanken aus, dass »Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen« (Foucault 1977: 39). Damit ist insbesondere eine Macht der Definition und Strukturierung gesellschaftlicher Wirklichkeit durch Wissen im Sinne kollektiv geteilter Interpretationsregeln angesprochen, die beispielsweise bestimmte Vorstellungen des Politischen legitimiert und alternative Wissensordnungen ausschließt (vgl. Foucault 1978: 51; Lavagno 2011: 49ff.).

28 Die Beziehung von *Information* und *Wissen* konzipiert Dahlgren folgendermaßen: »It is in the process of appropriation of information – integrating it in relation to one's existing frames of reference and thereby making it personally meaningful – that information becomes ›translated‹ into knowledge« (Dahlgren 2009: 109).

29 Vgl. zu einer damit zusammenhängenden *Politics of Listening* im Kontext digitaler Medien beispielsweise Dreher/de Souza (2019). Siehe zu konzeptuellen Überlegungen, *Listening* als Aspekt des Politischen zu begreifen, ausführlicher auch Abschnitt 3.3.3 dieser Arbeit.

Werte

Die zweite Dimension, *Werte*, verweist wie bereits erwähnt auf den normativen Standpunkt des von Dahlgren vorgeschlagenen *Civic-Cultures*-Konzepts. Seine zentrale These lautet in diesem Zusammenhang: »Democracy will not function if such virtues as tolerance and willingness to follow democratic principles and procedures do not have grounding in everyday life« (ebd.: 110). Auch an dieser Stelle wird also die Ebene des Alltags als relevanter Erfahrungsraum für *Civic Culture* und Politisches, hier konkret für die Herausbildung demokratischer Werte, stark gemacht. Im Grunde geht es darum, neben institutionellen Aspekten auch die (zivil-)gesellschaftlich-alltägliche Dimension politischer Werte hervorzuheben, beispielsweise hinsichtlich Fragen des Zusammenlebens in zunehmend pluralen Gesellschaften. Darüber hinaus betont Dahlgren – durchaus nah an Mouffes (2002) These eines konstitutiven Verhältnisses von »politics and passions« argumentierend –, dass eine Bekenntnis zu demokratischen Werten nicht nur eine rational-kognitive Entscheidung darstellt, sondern auch ein affektiv-leidenschaftliches Moment umfasst. An dieser Stelle kann zudem angemerkt werden, dass ich gesellschaftliche Werte nicht als substantielle Entität verstehe, sondern als wirkmächtige Konstrukte, die in sozialen, häufig konfliktären Aushandlungsprozessen als Maßstäbe für Bewertungen und (De-)Legitimationen bestimmter politischer Handlungsprogramme, Subjektpositionen und Rationalitäten aufgerufen werden und die beispielsweise in Form von Gesetzen institutionalisiert und stabilisiert werden können.

An diesen Aushandlungsprozessen sind verschiedene Medien fundamental beteiligt, indem sie in der Kommunikation von politischen Inhalten beispielsweise auf bestimmte Wertvorstellungen affirmativ zurückgreifen und andere infrage stellen. So (re-)produzieren sie Vorstellungen über das Politische, die – wie maßgeblich Stuart Hall (1999b) gezeigt hat – auf unterschiedliche Weise decodiert und angeeignet werden können.

Vertrauen

Der dritten Dimension, *Vertrauen*, kann mit Blick auf *Civic Cultures* und demokratische Entwicklungen ein durchaus ambivalenter Charakter eingeräumt werden. Während in etablierten Demokratien Vertrauen in politische Institutionen und Abgeordnete grundsätzlich als positiv angesehen und ein Rückgang solchen Vertrauens als Alarmsignal gedeutet wird, betont Dahlgren (2009: 113), dass dem Politischen und damit zusammenhängenden Beziehungen aufgrund unvermeidlicher Interessenskonflikte und opponierender Positionierungen von Beginn an ein Element des Misstrauens innewohnt. Entsprechend sei aus demokratischer Sicht übermäßiges Vertrauen in »die Politik« problematisch dahingehend, dass es Konflikte unterdrücken und ungleiche Herrschaftsverhältnisse aufrechterhalten könne. Gleichzeitig benötigten repräsentative Demokratien ein Mindestmaß an Vertrauen seitens der Zivilgesellschaft in politische Institutionen und Ämter. Aus dem Grund argumentiert Dahlgren für eine Art kritisches Vertrauen: »trust with a build-in antenna for scepticism seems prudent« (ebd.: 114).

Diese Ausführungen verdeutlichen, dass sich Überlegungen zur Rolle von Vertrauen im Kontext des Politischen in der Regel zunächst auf das Verhältnis von politischen Institutionen und Repräsentant_innen – als diejenigen, in die vertraut wird oder nicht

– und Bürger_innen – als diejenigen, die Vertrauen entgegenbringen oder nicht – beziehen. Daneben spielen, dies hat beispielsweise Robert D. Putnam in seiner vielbeachteten Studie *Bowling Alone* (2000) gezeigt, für funktionsfähige *Civic Cultures* jedoch auch Vertrauensverhältnisse unter den Mitgliedern einer Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Auf dieser Ebene sind insbesondere die als »thin trust« bezeichneten losen, netzwerkartigen Vertrauensverhältnisse relevant (vgl. ebd.: 144f.), die mit Putnams Kategorie von »bridging social capital«³⁰ in Verbindung gebracht werden können und die beispielsweise für die Beziehungsstrukturen von sozialen Bewegungen, NGOs, Parteien, aber auch temporären, sich um ein bestimmtes Interessensgebiet oder Thema herum organisierende Initiativen charakteristisch sind. Typischerweise wird das Internet mit solchen losen, netzwerkartigen Interaktionsformen in Zusammenhang gebracht und entsprechend werden in kommunikations- und politikwissenschaftlichen Kontexten die Möglichkeiten des »bridging« im Digitalen für politische und gesellschaftliche Partizipation ausgelotet (vgl. Putnam 2000: 178ff.; siehe auch Hampton 2011).

Nicht nur bezüglich dieser Hoffnungen, auch grundsätzlich kann das Verhältnis von Medien und Vertrauen im Hinblick auf das Politische als ambivalent bezeichnet werden. So dominiert in liberal-repräsentativen Demokratietheorien *auf der einen Seite* ein (Selbst-)Verständnis von Medien als *Watchdogs* (vgl. hierzu Drüeke 2018): Ihre demokratische Aufgabe besteht demnach in einer »Wächter-Funktion«, entsprechend der sie politische und ökonomische Prozesse bzw. Institutionen beobachten, über Entscheidungen in diesen Bereichen informieren und sie kritisch kommentieren. Bezog sich diese Wächter-Rolle traditionell auf die klassischen Medien wie Zeitung, Radio und Fernsehen, findet nicht zuletzt durch Prozesse der Digitalisierung eine Ausweitung dieser Rolle auf weitere Akteur_innen statt, die als Beobachtende fungieren – zum Beispiel durch alternative Medieninstitutionen wie *Indymedia* und letztlich auch durch die Initiative einzelner Bürger_innen, die über digitale Plattformen aktiv werden können (vgl. ebd.: 25). Zudem weitet sich der Kreis der Beobachteten nun auch auf eben jene klassischen Medien aus.

Auf der anderen Seite verkompliziert sich das Vertrauensverhältnis von Bürger_innen in Medien im Bereich des Politischen durch diese Prozesse der Digitalisierung und Ausdifferenzierung – erwähnt sei hier nur die seit einigen Jahren geführte Debatte um

30 In seiner Modellierung von sozialem Kapital als eine Art Gemeinssinn differenziert Putnam zentral zwischen »bonding« und »bridging social capital« und erläutert den Unterschied metaphorisch am Bild verschiedener Werkstoffe: »Bonding social capital constitutes a kind of sociological superglue, whereas bridging social capital provides a sociological WD-40« (Putnam 2000: 21). Während ersteres also für enge, nach innen gerichtete, häufig homogene soziale Gruppen und Beziehungen steht, bezieht sich letzteres auf losere, nach außen gerichtete und heterogenere soziale Netzwerke, die durch das »Schmiermittel« eines gemeinsamen (politischen) Anliegens zusammengehalten werden.

»Fake News«³¹ und einen als »Post-truth Politics« bzw. »postfaktische Politik«³² bezeichneten politischen Kulturwandel (Bergem/Diehl/Lietzmann 2019; Bundeszentrale für politische Bildung 2017a, 2017b). Dies stellt demokratische Gesellschaften vor neue Herausforderungen. So lässt sich anschließend an eine von Dahlgren (2018) eingebrachte Aktualisierung der beiden für sein *Civic-Cultures*-Model zentralen Dimensionen *Wissen* und *Vertrauen* im Kontext einer auch mit Digitalisierungsprozessen einhergehenden Unüberschaubarkeit und Beschleunigung an Informationen argumentieren, dass sich etablierte politische Akteur_innen und Nachrichtenmedien in vielen demokratisch verfassten Gesellschaften momentan in einer Vertrauenskrise befinden (vgl. u.a. Haschke 2017; Kübler 2017; Prochazka 2020; Schweiger 2017: 69ff.). Mit Blick auf *Civic Cultures* und das Ideal eines demokratischen gesellschaftlichen Miteinanders kritisiert Dahlgren an diesen Entwicklungen, dass dadurch die Potenziale kritischer Öffentlichkeiten untergraben würden.

Räume

Als vierte Dimension von *Civic Cultures* diskutiert Dahlgren die Zentralität kommunikativer *Räume* – sowohl medial als auch nicht-medial konstituiert –, in denen Menschen sich begegnen und Aspekte des Politischen verhandeln. Im Rahmen eines alltagsbezogenen Politikverständnisses können hier vor allem diejenigen Kommunikationsräume betont werden, die sich in den unmittelbaren Lebenswelten der Menschen eröffnen und dort Öffentlichkeiten konstituieren. In der Terminologie des von Elisabeth Klaus vorgeschlagenen Drei-Ebenen-Modells von Öffentlichkeit reformuliert (siehe hierzu Abschnitt 3.3.3 dieser Arbeit), geht es hier also vor allem um gesellschaftliche Selbstverständigungsprozesse auf der Ebene *einfacher* Öffentlichkeiten, die sich häufig durch spontane Kommunikation im Alltag entwickeln. In der Herausbildung solcher alltäglicher Räume für Aushandlungen des Politischen spielen Medien eine wichtige Rolle: Verschiedene mediale Angebote produzieren Deutungen und Diskurse des Politischen, die meist im Privaten angeeignet werden. Diese Aneignungsprozesse und darauf ba-

31 Unter »Fake News« werden üblicherweise Gerüchte, bewusste Falschmeldungen und fingierte Geschichten vor allem im Umfeld sozialer Medien verstanden (vgl. u.a. Hendricks/Vestergaard 2017; Marschall 2017; Mihailidis/Viotto 2017; Woolley/Howard 2019). Darüber hinaus fungiert die Bezeichnung aber auch als politischer Kampfbegriff der Rechten, mit dem unliebsame politische Berichterstattung und Analysen durch die in dem Zusammenhang auch als »Lügenpresse« bezeichneten etablierten Nachrichtenmedien diskreditiert werden sollen.

32 Der Begriff »postfaktisch« – ebenso wie auch die englische Variante »Post-truth« 2016 zum Wort des Jahres gekürt –, soll einen »tiefgreifenden politischen Wandel« (Gesellschaft für deutsche Sprache 2016) ausdrücken. So erläutert die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) in ihrer Pressemitteilung zum Wort des Jahres 2016: »Das Kunstwort *postfaktisch*, eine Lehnübertragung des amerikanisch-englischen *post truth*, verweist darauf, dass es in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen heute zunehmend um Emotionen anstelle von Fakten geht. (...) Nicht der Anspruch auf Wahrheit, sondern das Aussprechen der ›gefühlten Wahrheit‹ führt im ›postfaktischen Zeitalter‹ zum Erfolg« (ebd., Hervorheb. i.O.). Vgl. für einen Überblick der Debatten z.B. Hendricks/Vestergaard (2017); Schaal/Fleuß/Dumm (2017) sowie zu einer Kritik an dem Begriff und der damit zusammenhängenden Gegenwartsdiagnose aus unterschiedlichen Perspektiven u.a. Müller (2016); Pörksen (2016); Schetsche (2016); Schmitt (2016).

sierende Anschlusskommunikationen tragen zu einer Rekonfiguration öffentlicher und privater Räume bei.

Zudem hat vor allem das Internet zu einer Ausweitung von Kommunikationsräumen geführt, in denen Aushandlungen des Politischen stattfinden (können). Eine Systematisierung dieser Räume nimmt Ricarda Drüeke mit ihrem Modell *politischer Kommunikationsräume im Internet* vor (vgl. Drüeke 2013: 119, 2017: 50ff.).³³ Dabei konzipiert sie politische Kommunikationsräume als »kommunikative und medial geschaffene Räume (...), in denen – im dargelegten erweiterten Sinne – politische Kommunikation stattfindet« (Drüeke 2017: 51). Zentral für mein Anliegen, einen alltagsbezogenen Begriff des Politischen herauszuarbeiten, ist, dass Drüeke sich hier explizit auf einen weiten Politikbegriff beruft. Dies wird besonders deutlich an der Analyseebene »Das Internet als persönlicher Raum«, die sie als einen von fünf Typen politischer Kommunikationsräume im Internet konzipiert. Diese Ebene berücksichtigt Privates und Persönliches als Aspekte des Politischen und zeichnet sich durch die Kommunikation von persönlichen Meinungen, Erlebnisse und Interessen beispielsweise auf Blogs und privaten Homepages aus, die durchaus politische Relevanz entfalten können.

Ähnlich sieht auch Dahlgren mit dem Internet neue alltägliche kommunikative Räume entstehen, in denen *Civic Cultures* sich entwickeln können. Zudem weist er darauf hin, dass eine Ausdifferenzierung politischer Kommunikationsräume im Internet auch mit Möglichkeiten von »interspaciality« einhergeht – also der Fähigkeit, sich zwischen verschiedenen digitalen, aber auch zwischen digitalen und analogen kommunikativen Räumen zu bewegen, was politische und gesellschaftliche Teilhabe auch *offline* erleichtern kann (vgl. Dahlgren 2009: 116). Gleichzeitig soll an dieser Stelle betont werden, was mittlerweile als Allgemeinplatz gilt: dass es naiv wäre, das Internet uneingeschränkt als demokratisches Allheilmittel zu bejubeln. Vielmehr möchte ich noch einmal schlaglichtartig auf einige Spannungen und Ambivalenzen mit Blick auf neue Räume für Aushandlungen des Politischen im Internet hinweisen: Erstens erinnern verschiedene Autor_innen daran, dass demokratisch motivierte politische Räume im Internet immer noch verschwindend gering sind im Vergleich zu den mit dem gesellschaftlichen Metaprozessen der Kommerzialisierung einhergehenden wachsenden marktwirtschaftlich motivierten ökonomischen Räumen (vgl. z. B. Dahlgren 2009: 115, 2013: 56ff.; Krotz 2017c: 357ff.).³⁴ Zweitens bestehen durchaus Spannungen zwischen der potenziellen Grenzenlosigkeit kommunikativer Räume im Internet und dem Festhalten an bzw. Erstarken von Grenzen territorialer Art, beispielsweise innerhalb von Nationalstaaten, aber auch seitens supranationaler Institutionen wie der EU. Den kreativen und emanzipativen Umgang mit dieser Ambivalenz sieht Dahlgren (2009: 116) als eine der zentralen demokratischen Herausforderungen der Spätmoderne. Und nicht zuletzt kommt neuere

33 Drüeke unterscheidet in ihrem Modell fünf Typen politischer Kommunikationsräume im Internet, die mit je einer der drei Ebenen von Öffentlichkeit nach Klaus – einfache, mittlere und komplexe Öffentlichkeiten – verbunden werden (siehe vertiefend dazu Drüeke 2017: 54ff.).

34 Vgl. hierzu auch die Debatte um Begriffe wie »Surveillance Capitalism« (Zuboff 2019) oder »Surveillance-Democracy« (Couldry 2017), die die vieldiskutierten Konzepte von Algorithmisierung und Big Data argumentativ mit einer Ausweitung kapitalistischer Logiken und damit einhergehenden Gefahren für demokratische gesellschaftliche Entwicklungen verknüpfen.

Forschung zur *digital divide* zu dem Schluss, »dass auch angesichts einer Vervielfältigung und Ausdifferenzierung von Handlungsräumen durch neue Medien kaum Anlass zur Annahme einer Entstrukturierung der Gesellschaft gegeben ist« (Rudolph 2019: 314), sondern dass soziale Ungleichheiten insbesondere auch mit Blick auf (politische) Partizipation im Internet weiterhin bestehen bleiben.

Praktiken

Praktiken stellen die fünfte Dimension innerhalb des *Civic-Cultures*-Modells dar. Dahlgrens (2009: 116) zentrale These hierzu lautet, dass für eine politische Kultur konkrete, wiederkehrende, alltägliche demokratische Praktiken von fundamentaler Bedeutung sind – sowohl individuell als auch kollektiv betrachtet. Diesen Praktiken müsse ein Element von Routine und Selbstverständlichkeit innewohnen, um Teil von *Civic Cultures* zu werden. Zugleich sind routinierte demokratische Praktiken aber nicht ein für alle Mal festgelegt, sondern können durchaus verändert werden, indem sie beispielsweise zum Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse darüber werden, was als jeweils (il-)legitime politische Praxis gilt und wie die Grenzen hier verlaufen.³⁵ Dahlgren betont darüber hinaus die enge Verwobenheit dieser Dimension mit allen weiteren: Praktiken beruhen auf Aspekten von *Wissen*, *Werten* und *Vertrauen*. Sie beinhalten Momente der Definition, Nutzung und Herstellung geeigneter *Räume* und sie sind maßgeblich beteiligt an der Konstruktion politischer *Identitäten*.

Die Beteiligung an politischen Wahlen stellt traditionell eine vorrangig diskutierte und erforschte Praxis in demokratischen Gesellschaften dar. Mit Blick auf die Zentralität von Alltagskultur für Involvement mit Politischem kann mit Dahlgren neben dieser und weiteren institutionalisierten demokratischen Praktiken aber auch die prominente Rolle von Alltagsgesprächen für *Civic Cultures* stark gemacht werden: Dreh- und Angelpunkt ist hier die Annahme, dass sich Aushandlungen des Politischen auch in alltäglichen Konversationen manifestieren oder sich aus diesen entwickeln können, ohne dass man dabei immer von »politischer Deliberation« im Habermas'schen Sinne sprechen kann und muss. Denn häufig erfüllt diese Alltagskommunikation nicht die strikten Anforderungen eines deliberativen Argumentierens und Ringens um Konsens, wie ich sie in Abschnitt 3.1.3 näher diskutiert habe. Vielmehr sind solcherart Gespräche gekennzeichnet durch ungezwungene, nicht immer zielgerichtete Kommunikation, was aber nicht bedeutet, dass sie zwangsläufig unpolitisch sind. Im Gegenteil können Alltagsgespräche durchaus eine Öffnung zum Politischen bereithalten: »Unconstrained, meandering, and unpredictable talk always embodies the potential of becoming civic, of generating the political, and establishing links between the personal and the societal« (ebd.: 89).

Identitäten

Die sechste Dimension des *Civic-Cultures*-Modells, *Identitäten*, bezeichnet Dahlgren (2009: 119) als »centerpiece of civic cultures«, da hiermit die Frage verknüpft ist, ob

35 Vgl. zu einer solchen Perspektive auch Mücke (2014), die diskursive (De-)Legitimierungen von politischen Protestformen am Beispiel der Presseberichterstattung zu »Castor? Schottern!« untersucht.

und wie Mitglieder einer Gesellschaft sich als Teil derselben konstruieren und sich als (politisch) handlungsfähig betrachten. Er beschreibt politische Identität als »people's subjective view of themselves as members and participants of democracy« (ebd.: 118) und betont, dass hiermit nur eine von mehreren Komponenten eines als plural gedachten Identitätsmodells angesprochen ist. Ein solches, auf Pluralität und Heterogenität abhebendes Identitätsverständnis entzieht sich essentialistischen Vorstellungen eines singulären, einheitlichen Ideals politischer Identität und politischer Subjekte.

Ergänzen möchte ich diese von Dahlgren ausgeführte, eher auf die *individuelle* (Selbst-)Wahrnehmung fokussierende Perspektive um einen weiteren Aspekt, der prominent von Vertreter_innen der Cultural Studies eingebracht wurde und den ich im zweiten Kapitel dieser Arbeit (siehe Abschnitt 2.2.3) bereits ausführlicher beleuchtet habe: Ein an solche Positionen anschließender Identitätsbegriff beruht auf der grundlegenden Einsicht, dass Prozesse der Identitätskonstruktion immer in Auseinandersetzung mit *kollektiven* Wissensordnungen und mit im gesellschaftlichen Common Sense verankerten Subjektivierungs(an)geboten, etwa als normative Vorstellungen von Subjekt-Sein im Kontext des Politischen, stattfinden. Insofern verstehe ich die Konstruktion politischer Identitäten als komplexes Wechselverhältnis zwischen der (Re-)Produktion und Zuschreibung gesellschaftlich geteilter Subjektpositionen beispielsweise durch mediale Deutungsangebote einerseits und den aktiven, durchaus eigensinnigen Aneignungs- und Aushandlungsprozessen dieser Subjektpositionen der durch sie adressierten Menschen andererseits (vgl. z.B. Bosančić 2017; Hall 2004c).

Zusammenfassend lässt sich für die im Zentrum dieser Arbeit stehende Frage nach Aushandlungsprozessen des Politischen in alltäglichen Kontexten des Medienhandelns Jugendlicher aus mehreren Gründen gewinnbringend an Dahlgrens Konzept von *Civic Cultures* anknüpfen.

- Erstens sei an dieser Stelle noch einmal der explizite Alltagsbezug des Konzepts betont, der sich unter anderem darin manifestiert, dass Erfahrungen, Medienpraktiken und Wissensbestände von Jugendlichen als im Alltäglichen wurzelnde Horizonte für Aushandlungen des Politischen und als wichtige Voraussetzungen für politische Partizipation gefasst werden. Dies ermöglicht es, Alltag grundsätzlich als zentrale Dimension des Politischen zu denken.
- Zweitens kann durch die Berücksichtigung der Frage, welche Rolle Medien und Kommunikation für die einzelnen Dimensionen des Modells spielen, die Bedeutung von *Civic Cultures* im Kontext heutiger Medienkulturen diskutiert werden.
- Drittens eröffnet das Modell mit den sechs Dimensionen Wissen, Werte, Vertrauen, Räume, Praktiken und Identitäten nicht zuletzt die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Auswertung des empirischen Materials auf unterschiedliche Weise an diese Dimensionen anzuschließen – beispielsweise hinsichtlich der Frage, welche Rolle Vertrauen für kritische Positionierungen junger Menschen gegenüber »den Medien« oder »der Politik« spielt (siehe hierzu die Abschnitte 7.2.3 und 8.1.2) oder auf welche Weise Jugendliche gesellschaftliche Zugehörigkeit oder »ideale« Vorstellungen politischer Subjekte als Aspekte politischer Identitäten aushandeln (siehe Abschnitt 7.3.2 dieser Arbeit).

3.3 Erweiterungen II – Macht und Konflikt als Dimensionen des Politischen

Der vorherige Abschnitt (3.2) hat gezeigt, inwiefern sich ein eng gefasstes Politikverständnis produktiv um Alltag und Alltagskultur als zentrale Dimensionen des Politischen erweitern lässt und welche Perspektiven und Fragen sich daraus für ein Interesse an Aushandlungen des Politischen in mediatisierten Alltagskontexten Jugendlicher ergeben. Zugleich habe ich an verschiedenen Stellen bereits die Notwendigkeit betont, dass solche alltagsbezogenen Konzepte des Politischen um machtkritische Perspektiven ergänzt werden müssen, die Macht und Konflikt konzeptuell als unhintergehbare Dimensionen des Politischen begreifen. Entsprechend beziehe ich mich in den folgenden Abschnitten auf theoretische Positionen, deren zentrale Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie ein eng gefasstes Verständnis von Politik als staatlich-institutionelle Ordnung erweitern um Fokusse auf das Politische als Momente des gesellschaftlichen Dissens und Widerstreits (vgl. z.B. Bröckling/Feustel 2010) sowie auf soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Machtverhältnisse.

Hierzu gehe ich folgendermaßen vor: In Abschnitt 3.3.1 entwerfe ich mithilfe einer Perspektive auf die Cultural Studies als politisches (Theorie-)Projekt ein Verständnis von Populär- und Alltagskultur als Arenen des Politischen im Sinne gesellschaftlicher Konfliktfelder, in denen um gesellschaftliche Machtverhältnisse, politische Rationalitäten und Subjektpositionen gerungen wird. Anschließend diskutiere ich in Abschnitt 3.3.2, vermittelt über Antonio Gramscis Hegemoniebegriff, wie mit Chantal Mouffe das Politische als grundsätzlich konflikthaft bestimmter Raum gefasst werden kann und welche Schlussfolgerungen sich daraus für erweiterte Konzeptionen des Politischen auch im Feld der Kommunikations- und Medienforschung ergeben. In Abschnitt 3.3.3 diskutiere ich anhand feministischer Kritiken an staats- und institutionenbezogenen Politik- und Öffentlichkeitsbegriffen und damit einhergehenden Neuvermessungen des Politischen sowie einem Verständnis von Öffentlichkeit als »gesellschaftlichem Selbstverständigungsprozess« (Elisabeth Klaus), wie aus einer machtkritischen Perspektive Dichotomien wie öffentlich–privat, Ratio–Affekt und Information–Unterhaltung dekonstruiert werden können und welche Anschlüsse eine solche Sichtweise für Aushandlungen des Politischen im mediatisierten Alltag Jugendlicher bereithält.

Zuvor sei an dieser Stelle jedoch angemerkt, dass sich die in diesem Abschnitt vorgestellten Positionen nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen lassen, sondern sich auf verschiedene Weise überschneiden: Beispielsweise gibt es auch innerhalb der Cultural Studies eine vielfältige – und, wie ich zeigen werde, zunächst hart umkämpfte – Tradition feministischer Theoriebildung und Forschung. Zudem kann auch Mouffes Arbeit durchaus als Beitrag zu feministischen Reartikulationen des Politischen gelesen werden, wie die Publikation eines ihrer Texte in dem von Judith Butler und Joan W. Scott herausgegebenen Band *Feminists Theorize the Political* zeigt (vgl. Mouffe 1992b). Und nicht zuletzt lassen sich einige der unter feministischen Perspektiven diskutierten Arbeiten nicht nur in den kommunikationswissenschaftlichen Gender Studies, sondern auch in den Cultural Studies verorten. Ihnen allen gemeinsam ist dabei eine Betonung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen, von Konflikt und sozialen Inklusions- und Exklusionsprozessen als Dimensionen des Politischen, um die es im Folgenden unter Berücksichtigung unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen gehen soll.

3.3.1 Cultural Studies und »die Frage der Politik des Kulturellen oder der Kultur des Politischen« (Stuart Hall)

Für Erweiterungen des Politischen um die Dimensionen von Macht und Konflikt lässt sich gewinnbringend an eine alltags- und machtbegleitende Reartikulation des Politischen durch das heterogene Projekt der Cultural Studies anknüpfen. Zentral hierfür ist eine Auseinandersetzung mit Kultur, verstanden als Raum von Machtbeziehungen, in dem soziale und politische Identitäten und somit auch gesellschaftliche Ein- und Ausschlüsse produziert werden, worauf ich im folgenden Abschnitt näher eingehe. Im Kontext dieser Beschäftigung mit den Cultural Studies als »politischem Theorieprojekt«³⁶ diskutiere ich auch, inwiefern Antonio Gramscis Hegemonietheorie, die für die Cultural Studies eine zentrale Referenz darstellt, hilfreiche Bausteine für einen erweiterten Begriff des Politischen und die Rolle von Medien- und Alltagskultur für Aushandlungen des Politischen bereitstellen kann.

Wie Stuart Hall (2000c: 37ff.) in seiner Rückschau auf »[d]as theoretische Vermächtnis der Cultural Studies« anmerkt, entstanden die britischen Cultural Studies zu einem historischen Zeitpunkt, als sich das Politische selbst in einem Umbruchs- und Krisenmoment befand, denn die Formierung³⁷ der Cultural Studies und die Einrichtung des *Birmingham Centre for Contemporary Cultural Studies* (CCCS) im Jahr 1964 sind eng verknüpft mit der britischen *Neuen Linken* sowie darauffolgend mit den neuen sozialen Bewegungen der späten 1960er Jahre – sowohl in personeller Hinsicht als auch mit Blick auf deren politisch-theoretische Agenden (vgl. auch Pollock 2003: 130). So erarbeiten die Cultural Studies – mittlerweile als transnationales Phänomen – seit mehr als fünf Jahrzehnten theoretische, konzeptuelle und methodologische Ansätze für eine Auseinandersetzung mit der politischen Dimension des Kulturellen, genau genommen mit Aspekten von Macht, Widerstand, Hegemonie und Subalternität. Ein zentraler Fokus liegt dabei auf der Frage, wie soziale Ordnung und gesellschaftliche Machtverhältnisse im Bereich der gewöhnlichen (Alltags- und Medien-)Kultur produziert, reartikuliert und transformiert werden. Entsprechend fasst Hall in seinem berühmten Diktum die spezifische Perspektive der Cultural Studies folgendermaßen zusammen: »Was ist das

36 Die Bezeichnung der Cultural Studies als »politisches Theorieprojekt« hat Nora Rätzhel als Herausgeberin des dritten Bandes der *Ausgewählten Schriften* Halls mit dem Titel *Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt* (Hall 2000a) geprägt und damit in besonderer Weise auf den politischen Impetus dieser Formation hingewiesen. Vgl. hierzu auch Marchart (2003, 2018).

37 Hall (2000c: 35) bezeichnete die Cultural Studies als »diskursive Formation im foucaultschen Sinne« und wehrte sich damit gegen Narrationen eines simplen Ursprungs dieses politischen Theorieprojekts wie der folgenden: »Sind Cultural Studies schließlich nicht irgendwann in dem Augenblick entstanden, als ich zuerst Raymond Williams getroffen habe oder in dem Blick, den ich mit Richard Hoggart gewechselt habe? In diesem Augenblick sind Cultural Studies geboren; sie entstanden fix und fertig als Kopfgeburt« (ebd.: 34). Vgl. dennoch für ausführlichere Darstellungen zur Formierung der Cultural Studies sowie zu den unterschiedlichen Forschungsgruppen, Themenschwerpunkten und Theorieeinflüssen, auch im politischen Kontext der *Neuen Linken*, beispielsweise Hall (1999a); Hepp/Krotz/Thomas (2009: 7ff.); Marchart (2018: 89) und Winter (1999: 150, 2001: 67).

Spezifische, das Besondere an der Perspektive der Cultural Studies? Ich glaube, die Frage der Politik des Kulturellen oder der Kultur des Politischen kommt dem Begriff sehr nahe oder steht im Zentrum der Cultural Studies« (Hall 2000b: 141). Mit Oliver Marchart (2018) lässt sich daraus schlussfolgern, dass sich die Cultural Studies vorrangig nicht über einen bestimmten *Gegenstandsbereich* – also beispielsweise Alltags- bzw. Medienkultur – definieren, sondern vielmehr über eine spezifische *Perspektive* auf diese Bereiche: eine Perspektive, die das Politische im Sinne von »Konflikt, Macht, Widerstand, Dominanz und Unterordnung« (ebd.: 16) in den Mittelpunkt der theoretisch-politischen Auseinandersetzungen stellt.

Mit Blick auf das Forschungsinteresse dieser Arbeit an Aushandlungen des Politischen im Kontext alltäglichen Medienhandelns Jugendlicher interessiert (Alltags-)Kultur aus einer solchen Sichtweise vor allem als Raum des Sozialen, in dem Machtverhältnisse ausgehandelt, gesellschaftliche Ausschlüsse produziert und legitimiert, aber auch gesellschaftliche Einschlüsse eingefordert werden: »Im Begriff des Kulturellen verbirgt sich das Primat des Politischen« (ebd.: 252). Allerdings verdankt sich die Anerkennung von Alltags- und Medienkultur als legitime, ernst zu nehmende kulturwissenschaftliche Forschungsgegenstände und Wissensobjekte auch für politische Fragestellungen wiederum gerade den Anstrengungen Halls und vieler weiterer Wissenschaftler_innen, die dem heterogenen Projekt der Cultural Studies nahestehen oder -standen. Denn die Cultural Studies verorten das Politische, so Marchart (2018: 13), eben nicht nur im »sozialen Subsystem der Politik«, sondern – mindestens ebenso bedeutsam – in »scheinbar unpolitische[n] kulturelle[n] Handlungen und Phänomene[n]«, deren politische Dimension sich dadurch auszeichnet, dass sie »Machtverhältnissen entspringen, die wie ein Netz den gesamten sozialen Raum überziehen« – und somit eben *auch* die Bereiche von Alltags- und Medienkultur. Ein solcherart reformuliertes, erweitertes Verständnis des Politischen als »distribution and operation of power« (Turner 2003: 197) bezieht sich also nicht nur auf Parteipolitik oder von staatlicher Seite ausgeübte Macht, sondern auf die gesamte Vielzahl an »ways in which power operates, the range of sites upon which power is constituted, the mechanisms through which power is distributed throughout the society« (ebd.).

Aus diesem Grund erscheint die Bezugnahme auf die theoretische wie empirische Reartikulation des Politischen durch die Forschungen der Cultural Studies gewinnbringend für eine Erweiterung des Politikbegriffs auch im Feld der politischen Kommunikationsforschung.³⁸ Im Folgenden gehe ich entsprechend – unter Bezugnahme vor allem auf Gramscis Hegemonietheorie – zunächst auf einige zentrale *theoretische* Aspekte eines erweiterten Begriffs des Politischen in der Tradition der Cultural Studies ein, um dann im Anschluss anhand ausgewählter Studien exemplarisch aufzuzeigen, wie dieses sich in der konkreten *empirischen* Arbeit der Cultural Studies äußerte.

Theoretische Dimensionen einer Reartikulation des Politischen durch die Cultural Studies

Theoretisch inspiriert wurde das alltags- und machtbasierte Verständnis des Politischen und ein Interesse der Cultural Studies an der Frage, welche Rolle ›Kultur‹ für Aushand-

38 Vgl. hierzu ausführlicher auch Thomas/Kruse (2016).

lungen des Politischen spielt, maßgeblich durch die Rezeption der Arbeiten Antonio Gramscis am CCCS.³⁹ Diese folgte auf unterschiedliche Phasen intensiver Theoriearbeit, aus denen zwei zentrale Paradigmen der Cultural Studies – das kulturalistische und das strukturalistische – hervorgegangen waren (vgl. Hall 1999a; Marchart 2018: 67ff.; Winter 1999: 171ff.): Die hauptsächlich in den frühen Arbeiten *The Uses of Literacy* (1957) von Richard Hoggart, *Culture and Society* (1958) sowie *The Long Revolution* (1961) von Raymond Williams und *The Making of the English Working Class* (1963) von Edward P. Thompson entwickelte *kulturalistische* Position kann als Versuch interpretiert werden, »die Kategorie der Kultur aus ihrer randständigen Position zu befreien und ihr einen zentralen Platz in der Gesellschaftsanalyse zuzuweisen« (Marchart 2018: 70) und daher gelebte Erfahrung und die Handlungsfähigkeit der Menschen innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen in den Vordergrund zu rücken.⁴⁰ Demgegenüber

- 39 Ein weiterer zentraler Rezeptionsstrang für ein alltags- und machtbasiertes Verständnis des Politischen der Cultural Studies, auf den ich aus forschungspragmatischen Gründen nicht ausführlicher eingehe, stellt die Auseinandersetzung mit den Arbeiten Michel Foucaults und eine daraus resultierende Betonung der »Mikrophysik der Macht« (Foucault 1976; siehe auch Ruoff 2007: 146ff.) dar. Macht erscheint aus einer solchen Perspektive nicht als im Staat oder anderen herrschenden Institutionen zentriert, sondern durchzieht gesellschaftliche Beziehungen, Praktiken und Wissensformen – bis in den vermeintlich privaten Bereich etwa von Körper- und Genderpolitiken, Intimität und Sexualität hinein. In einer bestimmten Traditionslinie der Cultural Studies wie u.a. bei Fiske (1987) wurden daran anschließend und mit dem Impetus der Kritik eines verkürzten, staats- und öffentlichkeitsbezogenen Politikbegriffs die Mikropolitiken des Alltags, beispielsweise in Form widerständiger Aneignungspraktiken von Medientexten durch das aktive Publikum analysiert. Diese vordringliche Fokussierung auf Mikropraktiken kann allerdings wiederum als entpolitisierend, da gesellschaftliche Machtverhältnisse auf der Makroebene aus dem Blick verlierend, kritisiert werden (vgl. Marchart 2001, 2018: 243ff.); vgl. grundlegend zu dieser »Revisionismus-Debatte« der Cultural Studies auch Hepp (2010: 140). Für Vorschläge aus den Bereichen politischer Theorie und Soziologie, Foucaults Arbeiten für ein erweitertes Verständnis des Politischen produktiv zu machen, vgl. z.B. Marchart/Martinsen (2019); Nash (2001); Reckwitz (2004).
- 40 Die Verschiebung der Kategorie der (Alltags-)Kultur vom Rand ins Zentrum wissenschaftlicher Betrachtungen kann als Bruch mit zwei wesentlichen Epistemen verstanden werden: Zum einen ging es bereits den erwähnten frühen Vertretern der Cultural Studies um eine Dekonstruktion der Gleichsetzung von Kultur mit »Hochkultur«. Zum anderen wurde Kultur zu einer »eigenständigen Dimension des Sozialen« (Marchart 2018: 57) erhoben und dadurch der in orthodoxen marxistischen Auslegungen vorherrschende ökonomische Determinismus dekonstruiert, der Kultur auf einen lediglich reflexhaften ideologischen Überbau einer ökonomischen Basis der Gesellschaft reduziert. Diese Aspekte werden in den angesprochenen frühen Arbeiten der Cultural Studies deutlich (vgl. ebd.: 50ff.): In seinem Buch *The Uses of Literacy* (1957) analysiert Richard Hoggart ausgehend von seinen eigenen Erfahrungen als Arbeiterkind die verschiedenen kollektiven Arbeits- und Freizeitrituale der nordenglischen Arbeiterklasse, wobei ihm vor allem an einer Rehabilitierung dieser proletarischen Vergemeinschaftungsweisen gelegen ist. Raymond Williams' *Culture and Society 1780-1950* (1958) kann als historische Studie über den Kulturbegriff seit dem späten 18. Jahrhundert gelesen werden, in der er die proletarische Kultur als solidarisch und kollektiv beschreibt. Williams prägte auch einen holistischen Kulturbegriff im Sinne einer umfassenden Lebensweise (*culture as a whole way of life*), wonach Kultur nicht auf bestimmte Orte oder Artefakte reduzierbar ist, sondern »die Gesamtheit kultureller Praktiken und Erfahrungen« (Horak 2006: 210) umfasst und somit eine unabdingbare Dimension des Sozialen darstellt (vgl. Göttlich 2009). In *The Long Revolution* (1961) betont Williams darüber hinaus die affektive Dimension von Kultur, die seiner Meinung nach von Gefühlsstrukturen (*structures of feeling*) durchzogen ist und somit ei-

fokussiert der *strukturalistische* Kulturbegriff der Cultural Studies stärker auf die vorgefundenen Bedingungen im Sinne gesellschaftlicher Makrostrukturen und Machtverhältnisse *selbst*, die – wie Sprache – die strukturellen Grundlagen für Erfahrungen und die Konstruktion von Bedeutung sowie die Konstitution von Subjekten durch kulturelle Kategorien, Klassifikationen und Deutungsmuster darstellen. Entsprechend fasst Hall diese zwei zentralen Paradigmen der Cultural Studies folgendermaßen zusammen:

»Während im ›Kulturalismus‹ Erfahrung das Fundament – der Bereich des ›Gelebten‹ – war, auf dem sich das Bewußtsein und die Bedingungen überschneiden, betonte der Strukturalismus, daß ›Erfahrung‹ per definitionem nicht das Fundament von irgend etwas sein könne, weil man seine Existenzbedingungen nur *in und durch* die Kategorien, Klassifikationen und Rahmen der Kultur ›leben‹ und erfahren könne. Diese Kategorien jedoch entstehen nicht aus und basieren nicht auf der Erfahrung: eher ist die Erfahrung ihr ›Effekt‹« (Hall 1999a: 30, Hervorheb. i.O.).

Zeichnet sich das strukturalistische Paradigma also durch eine »Betonung der ›determinierenden Strukturen‹« (ebd.: 32) aus, innerhalb derer kulturelle und politische Praktiken verortet sind, kann aus kulturalistischer Perspektive entgegnet werden, dass eine solche Sichtweise die »Besonderheit spezifischer Praktiken« (ebd.: 41) ignoriert. Und während der Kulturalismus genau diese Spielräume für Handlungsfähigkeit einschließt, läuft er aus Sicht des Strukturalismus Gefahr, die gesellschaftlichen Makrostrukturen auszuklammern.

Anschlüsse an Gramscis Hegemonietheorie für konzeptuelle Erweiterungen des Politischen Für die Ausarbeitung eines Begriffs des Politischen, der sowohl alltägliche Erfahrungen auf der Mikroebene als auch gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse auf der Makroebene als zentrale Dimensionen berücksichtigt, bedeutet dies die Notwendigkeit eines vermittelnden Konzepts. Mit Blick auf die aufgezeigten Begrenzungen der beiden Paradigmen ermöglicht, so Marchart (2018: 93), die Auseinandersetzung mit Gramscis Hegemonietheorie einen Ausweg »aus ihren jeweiligen Sackgassen heraus«: Wird Kultur mit Gramsci als Arena gesellschaftlicher Kämpfe um Deutungsmacht verstanden, kann zum einen das Eingebundensein kultureller Praktiken in hegemoniale Formationen – und somit ein zentraler Aspekt des Politischen – in den Blick genommen werden. Zum anderen bildet der von Gramsci verfolgte und zu einem entscheidenden Charakteristikum der Cultural Studies avancierte radikale Kontextualismus ein politisches Gegengewicht zu der eher statischen und ahistorischen strukturalistischen Perspektive. Aus diesen Gründen scheint es hilfreich, im Folgenden auf Gramscis zentralen Begriff der »kulturellen Hegemonie« (Gramsci 1991-2002: 729; vgl. auch Langemeyer 2009: 75)

ne Basis für kollektive Wissensvorräte darstellt und die Alltagserfahrungen der Mitglieder einer Gemeinschaft verbindet. Als wegweisender Vertreter einer »Geschichte von unten« analysierte Edward P. Thompson in seinem Buch *The Making of the English Working Class* (1963) den aktiven Prozess, in dem sich die englische Arbeiterklasse als eine »Arbeiterklasse für sich selbst« konstituierte (vgl. Vester 2008: 767). Im Gegensatz zu Hoggart und Williams, deren Begriffe von (Arbeiter-)Kultur auf Solidarität und Kollektivität beruhen, betont Thompson jedoch die Konflikthaftigkeit kultureller Praktiken und Deutungskämpfe. Entsprechend beschreibt er, kritisch auf Williams Bezug nehmend, Kultur nicht als *whole way of life*, sondern als *whole way of struggle*.

näher einzugehen, der nicht nur für die Cultural Studies (vgl. Thomas 2015a), sondern wie bereits erwähnt auch für Mouffes Theoriebildung eine zentrale Referenz darstellt (vgl. vor allem Laclau/Mouffe 1991), worauf ich in Abschnitt 3.3.2 noch ausführlicher eingehe.

Mit Gramscis »Erneuerung des Marxismus« (Hall 1989a) durch den zentralen Begriff der Hegemonie gewinnen Alltag und Alltagskultur sowie Macht und Konflikt als Dimension des Politischen an Bedeutung. Alltags- und Medienkultur werden – wie auch die Sphäre der Politik im engeren Sinne – nicht mehr als bloße Phänomene des gesellschaftlichen Überbaus gefasst, die von den ökonomischen Verhältnissen determiniert werden. Stattdessen wird dem Bereich des Kulturellen eine gewisse Eigenständigkeit innerhalb der gesellschaftlichen Machtrelationen zugesprochen. Das Soziale lässt sich als komplex strukturierte »Gesellschaftsformationen« denken, »die sich aus ökonomischen, politischen und ideologischen Beziehungen zusammensetzen, deren unterschiedliche Artikulationsebenen keineswegs einfach aufeinander verweisen« (ebd.: 67), sondern in einem vielschichtigen Beziehungsgeflecht zueinander stehen. Im Sinne eines »Konsens oder einer breiten Zustimmung für bestimmte Herrschaftsverhältnisse« (Langemeyer 2009: 76) wird Hegemonie nicht bloß als (kognitive) Einstellung konzipiert, sondern vielmehr als eine »Kultur/Lebensweise« (ebd.: 77), mithin als eine sich in alltäglichen Aushandlungsprozessen manifestierende, inkorporierte Haltung gegenüber den eigenen Lebensbedingungen.

Mit Blick auf Aushandlungen des Politischen durch Jugendliche kann im Anschluss daran konstatiert werden, dass eine spezifische Version gesellschaftlichen Konsenses ihre Vorherrschaft nur auf Dauer stellen kann, wenn die damit zusammenhängenden Normen, Werte und Subjektivierungs(an)gebote sich neben dem auf politischer Ebene ausgeübten Zwang *auch* auf die freiwillige Zustimmung seitens der Zivilgesellschaft stützen kann (vgl. Marchart 2018: 79). Unter Zivilgesellschaft (*società civile*) fasst Gramsci »die Gesamtheit privater Organisationen der Gesellschaft« (Gramsci 1991-2002: 515). Darunter können sowohl nicht-staatliche Institutionen, Handlungsfelder und Organisationen als auch alltägliche Formen der Interaktion und Kommunikation der Menschen verstanden werden, in denen nicht um im engeren Sinne politische, sondern um *kulturelle* Hegemonie gerungen wird. Neben Religion, Familie, Wissenschaft, Bildungseinrichtungen, Vereinen usw. zählen auch mediale Angebote zu den Bestandteilen dieses zivilgesellschaftlichen »Hegemonieapparat[s]« (Gramsci 1991-2002: 782, 816; vgl. auch Langemeyer 2009: 75; Marchart 2018: 134; Neubert 2001: 61). Obwohl Gramsci die Zivilgesellschaft analytisch von der politischen Gesellschaft (*società politica*) – Regierung, Justiz, Polizei, Militär – abgrenzt, stellt sie für ihn keinen Bereich außerhalb des Staates, sondern einen integralen Teil der (Regierungs-)Macht dar: »(...) in Wirklichkeit ist diese Unterscheidung rein methodisch, nicht organisch, und im konkreten historischen Leben sind politische Gesellschaft und Zivilgesellschaft ein und dasselbe« (Gramsci 1991-2002: 498f.).

Gramsci (1991-2002: 783) pointiert diese Sichtweise in seiner vielzitierten Formel: »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« und dekonstruiert damit die Vorstellung, dass das Politische mit Staatlichkeit gleichgesetzt werden könne. Demgegenüber betont er die Wichtigkeit eines – mit dem Begriff der Hegemonie verbundenen und sich auf alltagskultureller Ebene vollziehen-

den – Bemühens um gesellschaftlichen Konsens für die Einrichtung und Stabilisierung einer herrschenden Ordnung. Dabei kann Hegemonie allerdings nicht ein für alle Mal erreicht werden, vielmehr muss der Kampf um Deutungshoheit beständig erneuert und den spezifischen Kontexten angepasst werden:

»Bei der kulturellen Hegemonie geht es nie um bloßen Sieg oder bloße Niederlage (...); es geht nie um ein Nullsummenspiel; es geht immer um die Verschiebung des Machtgleichgewichts im Verhältnis zur Kultur; es geht immer um die Veränderung der Anordnungen und der Konfigurationen der kulturellen Macht« (Hall 2000f: 101).

Gesellschaftliche Kämpfe um Hegemonie finden im Wesentlichen auf der »kulturellen Ebene des Alltagsverständes bzw. um den Alltagsverstand statt« (Marchart 2018: 81, Hervorheb. i.O.). Die Kategorie des Alltagsverständs⁴¹ begreift Gramsci als eine »unkritisch von den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Milieus aufgenommene Welt-auffassung« (Gramsci 1991-2002: 1393) sowie als »Lebens- und Moralauffassung« (ebd.: 137) einer Gruppe von Menschen. Mit Brigitte Bargetz und Gundula Ludwig (2007: 178) kann der Alltagsverstand konzeptuell auch als »Schnittstelle von Herrschaftsmechanismen und Subjektivierung« verstanden werden – dahingehend, dass in ihn Werte, Normen und Moralvorstellungen eingelassen sind, die »von den Subjekten als ›common sense‹ – respektive als für sie sinnvolle und richtige Deutungsmuster – angeeignet werden« (ebd.). Es handelt sich somit um machtvoll kollektive Wissensbestände zur Interpretation gesellschaftlicher Verhältnisse, mithin um Deutungsmuster des Politischen, die durch mediale Deutungsangebote (re-)produziert und in Prozessen der Medienaneignung und Alltagskommunikation ausgehandelt werden.

Laut Gramsci gibt es allerdings »nicht einen einzigen Alltagsverstand, denn auch dieser ist ein historisches Produkt und ein geschichtliches Werden« (Gramsci 1991-2002: 1377). Daher ist mit dem Begriff auch »keine einheitliche, in Raum und Zeit identische Auffassung« (ebd.: 1393f.), nichts »Erstarrtes und Unbewegliches« (ebd.: 137) gemeint, sondern ein »widersprüchlicher, vielgestaltiger Begriff« (ebd.: 1397). Da zu einem historisch-spezifischen Zeitpunkt jeweils unterschiedliche Deutungsangebote um den Alltagsverstand kämpfen bzw. in diesen integriert werden, handelt es sich bei jeder hegemonialen Formation um einen mehr oder weniger instabilen, nur vorübergehend fixierten und daher prinzipiell veränderlichen kulturellen Konsens. Denn kulturelle Hegemonie als Bemühen um Konsens und als niemals abgeschlossenen Prozess zu denken bedeutet auch, dass alternative Deutungsweisen nie völlig ausgeschlossen sind. Eine emanzipative »Politik des Kulturellen« (Gramsci 1991-2002: 1177; vgl. auch Haug 1988) im Sinne einer »Kritik des Alltagsverständs« (Gramsci 1991-2002: 1072) würde so im besten Fall die Kontingenz gegenwärtiger Machtverhältnisse offenlegen und zugleich Möglichkeiten ihrer Veränderung aufzeigen – ein Anspruch, der auch als zentrales Anliegen der Cultural Studies formuliert werden kann.

41 So die Übersetzung des italienischen *senso comune* in der kritischen Gesamtausgabe der Gefängnishefte Gramscis. Hall verwendet alternativ auch den Begriff »Alltagsbewusstsein« (Hall 1989a: 80ff.). Zentral ist an dieser Stelle, dass mit dem Begriff des Alltagsverständes nicht nur eine rein kognitive Ebene des Verstehens gemeint ist, sondern eine »Denk- und Fühlweise« (Gramsci 1991-2002: 1334).

Empirische Dimensionen einer Reartikulation des Politischen durch die Cultural Studies – Identitätspolitik und »Politics of Signification«

Auf der Ebene konkreter empirischer Forschung resultierte diese Reartikulation des Politischen in einer Reihe neuer Fragestellungen und Forschungsobjekte wie der Beschäftigung mit »Politiken der Repräsentation« (Hall 2004a: 165) kultureller bzw. sozialer Identitäten (wie *class*, *gender*, *race* etc.⁴²) als andauerndem »Kampf um Bedeutung« (ebd.) und mit dem Stellenwert von Medien im Kontext einer »Politics of Signification« (Hall 1982: 64ff.). Diese *Politiken* der Cultural Studies betrachte ich im Folgenden zunächst anhand einer Bezugnahme auf grundlegende Studien, die sich mit den sozialen Ungleichheitskategorien *class*, *gender* und *race* auseinandersetzen, um dann auf das politische Medienverständnis der Cultural Studies einzugehen.

Alltagskultur und Identitätspolitik – empirische Forschung der Cultural Studies zu *class*, *gender* und *race*

In frühen Forschungsprojekten am CCCS zu Punks, Mods, Hippies, Rockern und anderen Jugend(sub)kulturen, darunter *Resistance Through Rituals* (1976), herausgegeben von Stuart Hall und Tony Jefferson, *Learning to Labour* (1977) und *Profane Culture* (1978) von Paul Willis sowie *Subculture: The Meaning of Style* (1979) von Dick Hebdige, wurden die (populären) kulturellen Praktiken marginalisierter, sozial benachteiligter Jugendlicher der Arbeiterklasse als Schauplätze von Machtkämpfen untersucht (vgl. hierzu auch Jacke 2009). Alle diese Studien liefern auf ethnographischen Methoden basierende Beschreibungen darüber, wie subkulturelle Praktiken in den Bereichen Mode und Stil, Sprachgebrauch und Musik Deutungen sozialer Wirklichkeit erzeugen, die sich der bestehenden Gesellschaftsordnung widersetzen und somit zur Konstruktion »widerständiger« Identitäten beitragen. Ihr Fokus lag entsprechend auf den Beziehungen zwischen Herrschaft, Unterordnung und symbolischen Widerstandsformen, die durch diese subkulturellen Praktiken artikuliert und ausgefochten wurden. Doch obwohl die *Subcultural Studies* das Potenzial proletarischer, subkultureller Praktiken im Sinne einer symbolischen Politik der Resignifikation und der *Bricolage* herausstellten, blieben sie zurückhaltend bezüglich der Proklamation grundlegender politischer Veränderungen, beispielsweise der Klassenbeziehungen. Insgesamt ist jedoch eine Politisierung der Populärkultur durch diese frühen Arbeiten der Cultural Studies zu konstatieren, die, so John Clarke (2007: 142), unter anderem mit Blick auf eine Ausweitung des Politikbegriffs interpretiert werden können als

42 Das »etcetera« bzw. »usw.« in der Aufreihung der Identitätskategorien erweckt, so kann mit Oliver Marchart (2018: 210) festgestellt werden, zwar zunächst den Anschein einer »Verlegenheitsformel«, erweist sich letztendlich, so Judith Butler, aber als hilfreiches theoretisches Instrumentarium und als politischer Impetus, um die konstitutive Offenheit der Reihe und ein strukturelles Merkmal von Identitätsbildungsprozessen zu signalisieren, nämlich deren Unabgeschlossenheit und Nicht-Fixierbarkeit: »Dieses »usw.« ist das *supplément*, der Überschuss, der zwangsläufig jeden Versuch, die Identität ein für allemal zu setzen, begleitet« (Butler 1991: 210, Hervorheb. i.O.). Zudem soll im Anschluss an intersektionale Perspektiven darauf hingewiesen werden, dass die Kategorien *class*, *gender*, *race* etc. nicht als monolithisch betrachtet werden, sondern als sich im Subjekt überkreuzende (und soziale Ungleichheiten verstärkende oder abschwächende) Identitätsachsen.

»a double critique – a challenge to the formalized objectivism of academic work (especially in the social sciences) which sought to de-politicize the study of the social; and a rejection of the narrowing of politics to refer to the parliamentary/party political forms of representation«.

Während sich die frühen Subkulturstudien am CCCS vor allem auf die soziale Kategorie ›Klasse‹ konzentrierten, sollte dieser exklusive Fokus bald aus verschiedenen Blickwinkeln herausgefordert werden. Die wichtigsten Impulsgeberinnen hierfür waren feministische und postkoloniale Theorien. Die Etablierung feministischer Forschung innerhalb des CCCS ging nicht ohne Konflikt vonstatten: Sie war das Ergebnis harter Kämpfe um Anerkennung, die von der 1974 gegründeten *Women's Studies Group* initiiert wurden. Deren Arbeiten resultierten unter anderem in dem Sammelband *Women Take Issue* (1978), in dessen Einleitung die Mitglieder der Arbeitsgruppe die androzentrischen blinden Flecken, mit denen sie am *Centre* konfrontiert waren, wie folgt zusammenfassen: »We found it extremely difficult to participate in CCCS groups and felt, without being able to articulate it, that it was a case of the masculine domination of both intellectual work and the environment in which it was carried out« (Women's Studies Editorial Group 1978: 11). Diese feministischen Kritiken offenbarten den vergeschlechtlichten Charakter vieler früherer Forschungen der Cultural Studies und förderten feministische Gegenanalysen sowohl innerhalb als auch außerhalb des CCCS, wie etwa Angela McRobbies Arbeiten zu Mädchen(sub)kulturen (vgl. z.B. McRobbie/Garber 1976), eine Reihe von Aufsätzen des Sammelbands *Off-Centre: Feminism and Cultural Studies* (Franklin/Lury/Stacey 1991), die eine feministische Neuinterpretation des Thatcherismus beinhalten, und feministische Analysen der Medientexte sowie Publika sogenannter ›Frauengenres‹ wie Soap Operas und Liebesromanen, zum Beispiel in den Arbeiten von Dorothy Hobson (1989), Ien Ang (1985), Charlotte Brunsdon (1986) und Janice Radway (1991).⁴³ Insgesamt haben diese feministischen Interventionen das Feld der Cultural Studies grundlegend restrukturiert und Debatten um ein erweitertes Politikverständnis, um eine vergeschlechtlichte Perspektive auf Macht und *Agency* sowie um Gender- und Körperpolitiken initiiert (vgl. Hall 2000c: 42ff.).

Problematisierungen von *race*⁴⁴ – »Fragen der ›Rasse‹, der ›Rassenpolitik‹, des Widerstands gegen Rassismus, die entscheidenden Fragen der Kulturpolitik« (ebd.: 44) – auf die Agenda der Cultural Studies zu setzen, wurde, ähnlich wie die angesprochenen feministischen Interventionen, mit innerem Widerstand aus dem Projekt konfrontiert: »Auch dies wurde nur erreicht als Resultat eines langen, zuweilen bitteren – mit Sicherheit bitter umstrittenen – inneren Kampfes gegen ein lautes, aber unbewusstes Schweigen« (ebd.). Ein erster Ausdruck dieses Perspektivwechsels war die Publikation *Policing the Crisis* (1978) von Stuart Hall, Chas Critcher, Tony Jefferson, John Clarke und Brian Roberts. Diese thematisiert die rassialisierende Weise, in der ein Phänomen des Straßenraubs durch Jugendliche (*mugging*) 1972 in London medial öffentlich verhandelt

43 Siehe zu diesen Arbeiten bzw. zu feministischen Interventionen innerhalb der Cultural Studies auch Baldauf (2009); Dorer (2009); Klaus (2009); Maier (2015).

44 *Race* verstehe ich als machtvolleres soziales Konstrukt, deren ›Erfindung‹ als differenzsetzendes Kriterium ein Ergebnis gesellschaftlicher Diskurse und gerade kein biologisches Faktum ist (vgl. z.B. Hall 2000e; Malik 1996).

wurde. Erst mit der Veröffentlichung des von Paul Gilroy herausgegebenen Sammelbandes *The Empire Strikes Back* (1982) wurde kritischen Fragen von *race* und Rassismus jedoch eine gleichwertige Position auf der theoretischen wie politischen Tagesordnung der Cultural Studies eingeräumt. Die von Gilroy und anderen hervorgebrachten Kritiken richteten sich gegen die Begrenzungen eines Anglozentrismus des frühen kulturalistischen Paradigmas der Cultural Studies, dem sie beispielsweise vorwarfen, die Erfahrungen von Migrant_innen aus der Karibik und Pakistan ausgeblendet zu haben. Diese Kritikpunkte markierten den Beginn einer postkolonialen Tradition und damit einen der zentralen Gegenstandsbereiche der Cultural Studies, innerhalb dessen Fragen von *race* und *ethnicity*, Rassismus/Othering, Repräsentationspolitiken, Stereotypisierung und der Konstruktion kultureller und nationaler Identitäten fokussiert wurden und werden, für die die Arbeiten von Stuart Hall (1989b, 1994c, 2000e, 2000f, 2004a), Paul Gilroy (1987, 1993), Marie Gillespie (1999) und anderen exemplarisch stehen (siehe hierzu auch Bozdağ/Möller 2015; Drüke 2015; Düvel 2009; Krotz 2009b).

Medien und Signifikationspolitiken

Die im Kontext der *Media Studies* am CCCS entwickelten Theorien und Modelle, allen voran Halls Idee einer »Politics of Signification« (Hall 1982: 64ff.) und sein berühmtes *Encoding/Decoding*-Modell (Hall 1999b, 2004b), stellen eine weitere zentrale Bezugsquelle für Reartikulationen des Politischen und eine Politisierung der Kommunikations- und Medienwissenschaften dar. Hall (1980) beschreibt rückblickend auf die Arbeiten der *Media Group* am CCCS der 1970er Jahre vier zentrale Ebenen, auf denen die dominanten Paradigmen einer traditionellen Kommunikationsforschung herausgefordert und im Sinne eines für die Cultural Studies charakteristischen Fokus auf die »Politik des Kulturellen« reformuliert wurden:

Erstens grenzen sich die Cultural Studies von behavioristischen Reiz-Reaktions-Modellen ab, die einen direkten Einfluss medialer Botschaften auf menschliche Überzeugungen und Verhaltensmuster konstatieren. Stattdessen werden Medien als »a major cultural and ideological force« (ebd.: 104) konzipiert, die in machtvoller Weise daran beteiligt sind, wie gesellschaftliche Diskurse und politische Probleme gerahmt, definiert und (de-)legitimiert werden.

Zweitens stellen die Arbeiten der *Media Group* die Idee medialer Botschaften als transparente Träger von Bedeutung in Frage. Das analytische Interesse richtet sich stattdessen auf die linguistischen und hegemonialen Strukturen dieser Botschaften, indem semiotische und diskursanalytische Ansätze für die Medienanalysen herangezogen wurden.

Drittens werden traditionelle, von den Bedürfnissen der Rundfunkanstalten und Werbeagenturen nach quantifizierbaren Umfragedaten geprägte Konzepte eines passiven Medienpublikums durch die Vorstellung einer aktiven Aneignung und Aushandlung von Medientexten (*active audience*) ersetzt. Zentral hierfür ist die Annahme, dass mediale Botschaften durch die Rezipierenden in einem eigenständigen Prozess decodiert werden – in einer Art und Weise, die den hegemonialen Codes durchaus entgegengesetzt sein kann. In diesem Zusammenhang entstand auch Halls prominentes *Encoding/Decoding*-Modell (1999b), das sich als »politisches Kommunikationsmodell« (Marchart

2018: 146) explizit von rein technischen Modellen abgrenzt. Über die politischen Implikationen des Aufsatzes resümiert Hall selbst: »Mein Text öffnet den Politikbegriff hin zur Kultur. Politische Fragestellungen müssen sich auch mit der Konstruktion und Rekonstruktion von Bedeutung, mit der Art und Weise wie Bedeutung umkämpft und hergestellt wird, befassen« (Hall 2004b: 82).

An genau dieser Stelle, der Rolle von Medien im gesellschaftlichen Kampf um Bedeutung, knüpft auch der *vierte* Aspekt einer Dekonstruktion der dominanten (massen-)kommunikationswissenschaftlichen Paradigmen durch die *Media Studies* am CCCS an: Denn schließlich wird die Beschäftigung mit ideologischen Fragen als zentrale Leerstelle innerhalb der (Mainstream-)Medienforschung benannt und kritisch hinterfragt. Stattdessen fokussieren die Arbeiten der Cultural Studies »the role which the media play in the circulation and securing of *dominant* ideological definitions and representations« (Hall 1980: 105, Hervorheb. i.O.).

An dieser Stelle ist es wichtig zu betonen, dass der Ideologiebegriff der Cultural Studies über eindimensionale Vorstellungen eines »falschen Bewusstseins« hinausgeht und unter Bezugnahme auf Gramscis Hegemonietheorie Medien als eingebunden in die bereits angesprochenen »Politics of Signification« konzipiert. Medien werden aus dieser Perspektive als »signifying agents« (Hall 1982: 60) verstanden, die aktiv soziales Wissen und Common-Sense-Weltbilder produzieren und somit an der Definition und Strukturierung gesellschaftlicher Wirklichkeit beteiligt sind, beispielsweise indem sie »Wahres« von »Falschem«, »Normales« von »Abweichendem« und »Vernünftiges« von »Unvernünftigem« etc. trennen. Hall betont, dass diese Konstruktionen keinesfalls unschuldig sind, sondern in machtvoller Weise kontroverse gesellschaftliche Aushandlungsprozesse mitprägen:

»[T]he power to signify is not a neutral force in society. Significations enter into controversial and conflicting social issues as a real and positive social force, affecting their outcomes. The signification of events is part of what has to be struggled over, for it is the means by which collective social understandings are created – and thus the means by which consent for particular outcomes can be effectively mobilized« (ebd.: 65).

Die Politiken des Populären

Einer der bemerkenswertesten Beiträge der Cultural Studies ist, dass sie die »Politics of Signification« nicht nur im klassischen Bereich der politischen Kommunikation – also der hochkulturellen politischen Welt sogenannter seriöser Nachrichtenformate oder »Hard News« – analysierten, sondern ab Mitte der 1970er Jahre ihren Fokus auf den Unterhaltungsbereich und populärkulturelle Medienangebote ausweiteten. Neben einer Studie von Charlotte Brunsdon und David Morley zum BBC-»Soft-News«-Magazin *Nationwide* (1978), das sich durch einen Fokus auf Human-Interest-Stories, einen signifikanten Alltagsbezug und den Versuch, »die großen politischen Fragen herunterzubrechen und das normale Leben der Menschen zu zeigen« (Röser 2009: 278) auszeichnete, rückten dementsprechend auch weitere Unterhaltungsformate in den Fokus der Cultural Studies – darunter Sitcoms, Krimis, Quizsendungen und Sport. Gemeinsamer Interessenschwerpunkt dieser Analysen sind mediale Common-Sense-Konstruktionen und Repräsentationen gesellschaftlicher Machtverhältnisse und sozialer Ungleichhei-

ten. Über die Analyse von *Medientexten* hinaus beschäftigten sich die Cultural Media Studies zunehmend auch mit den vielschichtigen Decodierungs- und Aneignungsprozessen medialer Angebote mit dem Bestreben »to reframe the study of political communication in the media within the broader context of domestic communication (involving the interdiscursive connections of broadcast and other media, family dynamics, and gossip networks)« (Morley 1990: 123).

Zentrale Bezugspunkte sind auch hier Gramscis Hegemoniebegriff und ein über staatliche Institutionen hinausweisendes Politikverständnis, denn Populärkultur stellt aufgrund ihrer Anschlussfähigkeit an Alltagserfahrungen (vgl. Thomas 2010b, 2019) und aufgrund ihres (politisch) ambivalenten Charakters (vgl. Hall 1981)⁴⁵ einen bevorzugten Ort von Kämpfen um Definitionsmacht und für Aushandlungsprozesse des Politischen dar (siehe hierzu auch Reisenleitner 2006: 317; Winter 2009: 201). Mit Ien Ang lässt sich daher schlussfolgern, dass Hegemonie und Populärkultur einander nicht äußerlich sind, sondern »das Hegemoniale ist mit der Textur des Populären verwoben« (Ang 1999: 327). An diese Einsicht schließt auch Halls Überzeugung an, populärkulturelle Medienangebote als Arenen gesellschaftlicher Deutungskämpfe ernst zu nehmen:

»Popular culture is one of the sites where this struggle for and against a culture of the powerful is engaged: it is also the stake to be won or lost in that struggle. It is the arena of consent and resistance. It is partly where hegemony arises, and where it is secured. (...) That is why ›popular culture‹ matters« (Hall 1981: 239, Hervorheb. i.O.).

Das Besondere einer Cultural Studies-Perspektive auf Populärkultur besteht also in der Annahme, dass bei der Analyse populärkultureller Medienangebote und ihrer Aneignungsprozesse politische Fragen der (Re-)Produktion und möglichen Veränderung sozialer Beziehungen, gesellschaftlicher Machtverhältnisse, intelligibler Subjektpositionen und legitimer Weltansichten im Vordergrund stehen sollten (vgl. hierzu auch Kruse 2013).

Für eine solche Konzeptualisierung von Verschränkungen des Politischen und des Populären bietet insbesondere auch der von Tanja Thomas eingebrachte Begriff von »Populärkultur als Vergesellschaftungsmodus« (Thomas 2012, 2015b; vgl. auch Eggmann 2011) hilfreiche Anknüpfungsmöglichkeiten. Unter Bezugnahme auf die diskurstheoretischen Arbeiten Michel Foucaults bedeutet ein solches Verständnis, Populärkultur als »Element der Konstitution des Sozialen und Politischen« (Thomas 2015b: 55) zu berücksichtigen und zu analysieren, wie populärkulturelle Medienangebote und deren Aneignung an der Konstruktion, Affirmation oder Irritation gesellschaftlicher Wissensordnungen und politischer Rationalitäten beteiligt sind. Bezogen auf die Analyse von Aushandlungsprozessen des Politischen durch Jugendliche anhand konkreter Medienangebote und -praktiken ermöglicht eine solche Perspektive die Frage danach, »wie die

45 Laut Hall (1981: 227f.) ist Populärkultur als ambivalenter Arena gesellschaftlicher Deutungskämpfe eine Doppelstruktur aus Beherrschung und Widerstand, (Re-)Produktion und Irritation hegemonialer Verhältnisse eingeschrieben, deren konkrete Bedeutung nur unter Berücksichtigung der jeweiligen sozio-kulturellen Kontexte analysiert werden kann. Ergebnisse solcher Deutungskämpfe können folglich sowohl oppositionelle Subjektivierungsangebote als auch die Affirmation eines hegemonialen Common Sense durch populärkulturelle Artikulationen sein.

je historisch konkret eingesetzten Medien zum Teil des hergestellten Sinns werden« (Eggmann 2011: 147). Damit verknüpft ist die für die Cultural Studies zentrale Annahme, dass sich die Popularität eines bestimmten medialen Angebots – genauso wie der politische Impetus – nicht allein anhand bestimmter ästhetischer Charakteristika des *Medientextes* bestimmen lässt, sondern sich diese erst entfaltet, wenn sich die medialen Inhalte – im Sinne »produzierbarer« Texte (Fiske 2008: 41) – über Formen der *Aneignung* in die »soziale Zirkulation von Bedeutung und Vergnügen einklinken können« (Mikos 2009: 156f.). In dieser Hinsicht spielt der Begriff des Vergnügens⁴⁶ aus Perspektive der Cultural Studies eine wichtige Rolle als Scharnier zwischen den Ebenen des Medientextes und der Aneignung.

Zudem kann über eine Konzeption von Populärkultur, die diese nicht allein auf Basis bestimmter Genres oder Inhalte, sondern überdies ausdrücklich ausgehend von den vergnüglichen *Medienpraktiken* und *Aneignungsmodi* denkt, welche im Anschluss an Elisabeth Klaus (2008b: 61)⁴⁷ immer von einem Bedürfnis des Publikums sowohl nach Unterhaltung als auch nach Information herrühren, der gängige Dualismus zwischen Information und Unterhaltung problematisiert werden (vgl. hierzu auch Dorer 2008; Klaus 2008a). Diesen Dualismus kritisiert Klaus als unhaltbar, und zwar sowohl mit Blick auf die Klassifikation des Medienangebots – zu denken wäre hier beispielsweise an sogenannte Infotainment-Formate als »Mischformen ›nichtfiktionaler Unterhaltung‹ und ›fiktionaler Information‹« (Klaus 2008b: 61) oder das Phänomen des »Politainment«⁴⁸ (Dörner 2001, 2011) als »eine Form der massenmedial vermittelten Kommunikation (...), in der politische Themen, Ereignisse, Akteure, Identitäten und Sinnentwürfe im Modus der Unterhaltung zu einer neuen Realität des Politischen montiert werden« (Dörner 2011: 25) – als auch hinsichtlich der Erwartungen und Erfahrungen von Medienrezipierenden. Der Schlüssel für die kritische Infragestellung einer strikten Trennung zwischen Information und Unterhaltung⁴⁹ liegt Klaus zufolge in einem Fokus auf die

46 Mit Lothar Mikos (2015: 224) kann darauf hingewiesen werden, dass der Begriff des Vergnügens innerhalb der Cultural Studies eine wichtige Rolle spielt und als ein wesentliches Element einer populärkulturellen Ästhetik gefasst wird, während in der Kommunikationswissenschaft hingegen der Unterhaltungsbegriff vorherrscht. Insbesondere um eine (sprachliche) Reproduktion der Dichotomie von Information und Unterhaltung zu vermeiden, scheint mir der Begriff des Vergnügens hilfreich. Siehe zur Dimension des Vergnügens in feministischen Arbeiten der Cultural Studies-Tradition auch Thomas (2012).

47 Der hier zitierte Text ist eine Kurzfassung des erstmals im Jahr 1996 in *Rundfunk und Fernsehen* publizierten Aufsatzes von Klaus (1996).

48 Dörner unterscheidet zwei Ebenen der Verbindung von Politik und Unterhaltung, die im Zusammenspiel das Phänomen des *Politainment* als »einer neuen fiktionalisierten Realität des Politischen« konstituieren: unterhaltende Politik und politische Unterhaltung. Während sich erstere auf Situationen bezieht, in denen »politische Akteure – Personen, Parteien oder Verbände – in den Fundus der Unterhaltungskultur greifen, um strategisch erfolgreich zu kommunizieren« (Dörner 2011: 25f.), ist mit letzterer ein weites Feld medialer Angebote gemeint, in denen »man politische Themen, Ereignisse und Personen dazu [benutzt], die Angebote interessanter zu gestalten – seien es nun Game Shows oder Serien, Krimis oder Talkrunden« (ebd.: 26).

49 Vgl. hierzu auch die Arbeit von Jeffrey P. Jones zu *Satiric Television and Political Engagement* (2010), in der er den Dualismus zwischen Information und Unterhaltung hinterfragt und dabei explizit auf die damit in Zusammenhang gebrachte Angst vor einer Fehl- oder Desinformation junger Menschen eingeht: »Journalists, scholars, and other cultural critics have perpetuated the claim that

Rezeptionserfahrungen: Während es den Nachrichten als dem »klassischste[n] aller Informationsangebote der Massenmedien« durchaus gelingen könne, bei den Rezipierenden »imaginative Vergnügungen und (...) das Eintauchen in eine fiktive Welt« (Klaus 2008b: 60) zu ermöglichen, böten sogenannte Unterhaltungssendungen – Klaus bezieht sich hier vor allem auf Forschungen zum Genre der Soap Operas – aufgrund ihrer formalen und inhaltlichen Struktur, beispielsweise der grundsätzlichen narrativen Offenheit, der Vielzahl an Handlungssträngen und dem Schaffen von Identifikationsangeboten über die zentralen Charaktere, die Möglichkeit, »die ZuschauerInnen auf eine Art und Weise in die Diskussion sozialer Probleme zu involvieren, wie es Nachrichten im Allgemeinen nicht vermögen« (ebd.: 57).

Populärkultur als Ressource für Involvement mit Politischem

Dieses Potenzial populärkultureller Medienangebote, die Rezipierenden über die politische Welt zu informieren, sie in gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und Deutungskämpfe einzubinden und dadurch eine unterhaltende, vergnügliche und affektive Beschäftigung mit Politik und Gesellschaft zu ermöglichen, macht Populärkultur aus Sicht der Cultural Studies⁵⁰ zu einem ernstzunehmenden und relevanten Analyseobjekt »für die Vermittlung und Aneignung politischer Kommunikation« (Wimmer 2015b: 204) auch im Kontext von Aushandlungsprozessen des Politischen durch Jugendliche. Neben ihrer Rolle als Arenen gesellschaftlicher Kämpfe um Hegemonie interessieren populärkulturelle Medienangebote aus einer Cultural Studies-Perspektive also auch als zentrale *Ressource* für Aushandlungen des Politischen in Prozessen der Medienaneignung (vgl. Doona 2018; Hermes/Dahlgren 2006; Inthorn/Street/Scott 2013; Jones 2010: 207ff.; Scott/Street/Inthorn 2011; van Zoonen 2005: 123ff.). Die entsprechenden Arbeiten kritisieren die in liberalen politischen Theorien (re-)produzierte Dichotomie von Politik und Populärkultur und thematisieren verschiedene Formen, wie populärkulturelle Medienangebote an Konstruktionen des Politischen und politischer Identitäten in Aneignungsprozessen beteiligt sind, unter anderem indem sie Möglichkeitsräume bieten, über gesellschaftliches Zusammenleben und soziale Konflikte nachzudenken und zu diskutieren.

In diesem Zusammenhang steht auch das von Joke Hermes (2005: 4) eingebrachte und direkt auf Populärkultur bezogene Verständnis von *Cultural Citizenship* als konzeptuelles Werkzeug »to analyze the democratic potential of popular culture«. Für sie stellt der Begriff die Möglichkeit dar, Politik bzw. das Politische (im Sinne von »social

young people ›get their news‹ from comedy-entertainment programs, with the fear that if this is true, they are missing vitally important information central to an engaged citizenship by not attending to traditional forums for news. But what if such programming is actually an alternative form of reporting – another way of producing useful, informative, or meaningful materials with just as much value to citizens as that provided by television news?« (ebd.: xi).

- 50 Diese Perspektive der Cultural Studies, die Begriffe und Gegenstandsbereiche politischer Kommunikation auch auf Alltags- und Populärkultur auszuweiten, steht, so kann mit Jeffrey Wimmer (2015a: 159) argumentiert werden, »[i]m Gegensatz zu einem in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft oftmals anzutreffenden engen Verständnis politischer Kommunikation«, wobei auch dort die Beschäftigung mit dem Zusammenhang von Politik und ›Unterhaltung‹ an Momentum gewinnt (vgl. z.B. Dohle/Vowe 2014; Saxer 2007; Vowe/Dohle 2007: 344ff.).

power relations, the role of governments, and regulation») und »Populärkultur« (als »cultural representation and meaning-making«) auf einer theoretisch-analytischen Ebene zusammenzubringen (Hermes 2005: 4; vgl. auch Hermes 2006: 303). Diese Möglichkeit populärkultureller (Medien-)Angebote, als – durchaus ambivalente – Ressource für Aushandlungen des Politischen in Aneignungsprozessen zu fungieren, zeigt sich an mehreren Stellen in dem von mir erhobenen und analysierten empirischen Material und kann mit Peter Dahlgren (2013: 140) folgendermaßen zusammengefasst werden:

»[P]opular culture invites us to engage – with both our hearts and minds – in many questions having to do with how we should live and what kind of society we want. It allows us to process issues having to do with conflicting values, norms, and identities in a turbulent late modern sociocultural milieu. Moreover, many of the themes taken up by popular culture may seem more important and more personally relevant than the agendas on offer from mainstream politics. Finally, popular culture can serve to foster alternative conceptions of what actually constitutes politics and the political, generating reflections and engagement over other kinds of concerns and issues«.

Was Dahlgren hier mit Bezug auf Populärkultur und das Politische anspricht, betrifft neben der affektiven Dimension populärkultureller Formen des Involvements mit Fragen gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie umkämpften Normen, Werten und Identitäten auch die Art und Weise, wie eine solche, auf die Dimensionen von Alltag, Konflikt und Machtaspekte abhebende Perspektive die Dichotomie von »privat« und »öffentlich« infrage stellen und neuartige Vorstellungen davon hervorbringen kann, welche Themen, Problemstellungen und Aspekte das Politische konstituieren. Dieser Aspekt einer Kritik am Dualismus »öffentlich–privat« und die damit einhergehende Ausweitung des Politikbegriffs lassen sich besonders deutlich anhand feministischer Perspektiven auf das Politische und Öffentlichkeit vertiefen (siehe hierzu Abschnitt 3.3.3). Zunächst folgt hier nun aber eine Auseinandersetzung mit dem von Chantal Mouffe vertretenen konfliktbezogenen Verständnis des Politischen, für das der in diesem Abschnitt bereits thematisierte Hegemoniebegriff Antonio Gramscis eine wichtige Referenz darstellt.

3.3.2 Das Politische als »Ort von Macht, Konflikt und Antagonismus« (Chantal Mouffe)

In diesem Abschnitt diskutiere ich mit Chantal Mouffes Verständnis des Politischen ein Konzept, das Macht und Konfliktivität konzeptuell in den Begriff des Politischen integriert bzw. diese gar als konstitutiv für das Politische betrachtet und beziehe die daran anknüpfenden Schlussfolgerungen für Aushandlungen des Politischen im Kontext alltäglicher Kommunikation auf den Forschungsgegenstand dieser Arbeit. Mit einer solchen, macht- und konfliktbezogenen Perspektive grenzt sich Mouffes Begriff des Politischen fundamental von einigen in vorherigen Abschnitten dieser Arbeit thematisierten Positionen ab, konkret von Habermas' deliberativem Politikverständnis sowie von den im Geiste der reflexiven Modernisierungstheorie formulierten Konzepten von »Subpolitik« (Beck) und »Life Politics« (Giddens) (siehe hierzu Abschnitte 3.1.3 sowie 3.2.1). Den drei Theoretikern wirft sie – in unterschiedlichen Nuancen – eine »Blind-

heit für das Politische in seiner antagonistischen Dimension« (Mouffe 2007: 19) vor: An Habermas' deliberativer Position kritisiert Mouffe den Glauben an eine kommunikative Rationalität, also die Möglichkeit, im Bereich des Politischen mittels freier Diskussion unter Gleichen einen rationalen Konsens zu erlangen. In Abgrenzung dazu entwickelt Mouffe wiederum die Argumente ihrer eigenen agonistischen Position.

Im Kontext ihrer Auseinandersetzung mit den Konzepten von Beck und Giddens stellt Mouffe (2007: 70) zunächst fest, dass hinsichtlich eines Bestrebens, den Politikbegriff zu erweitern, »auf den ersten Blick viele Ähnlichkeiten bestehen« zwischen ihrer eigenen bzw. bereits der mit Ernesto Laclau gemeinsam in *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau/Mouffe 1991) entworfenen Theorie einerseits und den Positionen von Beck und Giddens andererseits. Diese Gemeinsamkeiten bestünden in einer Kritik des jakobinischen Politikmodells, konkret an dessen »Annahme eines grundlegenden Moments des Bruchs und eines *einzigsten* Raumes, in dem das Politische sich konstituiert« (ebd.: 210, Hervorheb. i.O.). Demgegenüber gehen Mouffe und Laclau davon aus, dass diverse gesellschaftliche Bereiche – auch solche, die vormalig als unpolitisch galten – zum Ort politischer Auseinandersetzungen werden können, was, wie Mouffe (2007: 71) konstatiert, zunächst durchaus anschlussfähig scheint beispielsweise an die Berücksichtigung sozialer Bewegungen in Becks Begriff der »Subpolitik« und Giddens Konzept von »Life Politics«.

Den entscheidenden Unterschied sieht sie jedoch in einer machttheoretischen Leerstelle der Theorie reflexiver Modernisierung: So hätten weder Beck noch Giddens »viel über Machtverhältnisse und die Art und Weise, wie sie unsere Gesellschaften strukturieren, zu sagen« (ebd.: 68). Der Grund hierfür liegt laut Mouffe vor allem darin, dass diese Theorietradition – wie bereits in Abschnitt 3.2.1 näher ausgeführt – von einer individualisierungsinduzierten Auflösung kollektiver, in Wir-/Sie-Gegensätzen konstruierter und für die einfache Moderne charakteristischer Identitäten in gegenwärtigen Prozessen reflexiver Modernisierung ausgeht – und somit auch von der Überholtheit eines Modells politischer Gegnerschaft und hegemonialer Kämpfe, welche wiederum für Mouffes Verständnis des Politischen konstitutiv sind. So kritisiert Mouffe an Becks Theorie beispielsweise, dass nicht mehr politische Auseinandersetzungen, sondern »Nebenfolgen« zum Movens gesellschaftlicher Veränderungen werden. Giddens' dialogischem Ansatz, der vorsieht, die zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen zu demokratisieren, indem sie öffentlich zur Diskussion gestellt werden um Interessenskonflikte durch öffentlichen Dialog beizulegen, wirft sie mit Perry Anderson vor, die Infragestellung gegenwärtiger gesellschaftlicher Machtverhältnisse durch die »Tilgung des Begriffs des ›Gegners‹ aus der Politik« (ebd.: 64) zu verunmöglichen.

Der Begriff des Politischen bei Mouffe

Wie genau begreift nun aber Mouffe das Politische? Ausschlaggebend für ihre Theorie ist zunächst die konzeptuelle Unterscheidung zwischen »Politik« und dem »Politischen«: Unter »Politik« fasst Mouffe »the ensemble of practices, discourses and institutions which seek to establish a certain order and organize human coexistence in conditions that are always potentially conflictual because they are affected by the dimension of ›the political‹« (Mouffe 2000: 101), womit sie sich auf die institutionalisierten Formen

der Herstellung sozialer Ordnung und Konfliktbewältigung einer Gesellschaft, mithin auf »die vielfältigen Praktiken der Politik im konventionellen Sinne« (Mouffe 2007: 15) bezieht. Die im vorherigen Zitat bereits angesprochene Dimension des »Politischen« versteht Mouffe hingegen als »einen Ort von Macht, Konflikt und Antagonismus« (ebd.: 16), der aber gerade *nicht* in spezifischen Institutionen oder Gesellschaftsbereichen lokalisiert werden kann, sondern als konstitutives Element menschlicher Gesellschaften potenziell alle Ebenen des Sozialen umfasst und sich in unterschiedlicher Form sowie in verschiedenen sozialen Beziehungen manifestieren kann: »[T]he political cannot be restricted to a certain type of institution, or envisaged as constituting a specific sphere or level of society. It must be conceived as a dimension that is inherent to every human society« (Mouffe 1993: 3). In dieser Hinsicht erweitert Mouffe einen eng gefassten, institutionenbezogenen Politikbegriff und wirkt an der Dekonstruktion von Dichotomien wie formale Politik – Politiken des Alltags, öffentlich – privat und Konsens – Konflikt mit.

Innerhalb des von Mouffe ausgearbeiteten Begriffs des Politischen lassen sich zwei – zusammenhängende und nur analytisch zu trennende – Elemente besonders hervorheben (vgl. Mouffe 2014: 21; siehe auch Nonhoff 2010: 38ff.), auf die ich im Folgenden näher eingehe: das der Gegnerschaft bzw. des *Antagonismus* und das der Dynamisierung des Sozialen bzw. der *Hegemonie*. Anschließend erläutere ich darüber hinaus Mouffes Sichtweise auf die affektive Dimension des Politischen und zeige auf, welche kommunikations- und medienwissenschaftlichen Anschlussmöglichkeiten Mouffes Konzept des Politischen bereithält.

Das Politische als Antagonismus

Wenn Mouffe in einer zentralen Begriffsbestimmung »das Politische als Antagonismus« (Mouffe 2007: 17) bezeichnet, so knüpft sie damit grundlegend an ein Argument an, das schon in *Hegemonie und radikale Demokratie* angelegt ist: Laclau und Mouffe gehen dort in postmarxistischer Perspektive von einer prinzipiell antagonistischen Verfasstheit des Sozialen aus, wobei sie die Konfliktivität gesellschaftlicher Verhältnisse in Abgrenzung zu einem ökonomischen Determinismus nicht allein als Klassenkämpfe im Sinne von Konflikten zwischen Arbeit und Kapital betrachten, sondern antirassistische, antisexistische usw. Kämpfe in ihre Konzeption explizit mit einbeziehen (vgl. Nonhoff 2010: 34).⁵¹ Zentral für die These einer antagonistischen Dimension des Politischen ist für Mouffe eine Form der kritischen Bezugnahme auf die politische Theorie Carl Schmitts – speziell seine Veröffentlichung *Der Begriff des Politischen* (2015/1932) –, die sie selbst als Versuch »mit Schmitt gegen Schmitt zu denken« (Mouffe/Wagner 2007: 112, Hervorheb.

51 In diesem Sinne soll das Präfix »post« keinesfalls eine grundlegende Abkehr Laclaus und Mouffes vom Marxismus signalisieren, vielmehr kann dadurch eine theoretische Doppelbewegung aufgezeigt werden. Diese konstituiert sich durch eine Stärkung des wesentlich von Marx konstatierten gesellschaftlichen Antagonismus durch Laclau und Mouffe bei einer gleichzeitigen »Dezentrierung des Ökonomischen« (Nonhoff 2010: 34). Diese Form der Theorieentwicklung kann mit Stuart Hall folgendermaßen charakterisiert werden: »Post« bedeutet also für mich, auf der Basis bestimmter Probleme, einer bestimmten Problematik, weiterzudenken. Es bedeutet nicht, das Terrain zu verlassen, sondern es als Bezugspunkt zu benutzen« (Hall 2000d: 75).

i.O.) bezeichnet.⁵² Von Schmitt übernimmt sie die Einsicht, dass sich das konstitutive Kriterium des Politischen als antagonistische Unterscheidung von Freund und Feind darstelle und dass sich das Politische entsprechend »mit der Bildung eines von einem ›Sie‹ unterschiedenen ›Wir‹ befaßt und immer um kollektive Formen der Identifikation bemüht« (Mouffe 2007: 18f.) sei. Im Kern des Politischen gehe es also um die konflikt-hafte Herausbildung kollektiver, politischer Identitäten, die als grundlegend relational gedacht werden. An diesem Punkt denkt Mouffe die antagonistische Position Schmitts mit poststrukturalistischen Ansätzen zusammen, die in verschiedener Weise die Relationalität aller Formen von Identität betonen. So nimmt sie entschieden Bezug auf den Begriff des »konstitutiven Außens«, der auf Jacques Derridas dekonstruktivistische Theorie- und Begriffsbildung zurückgeht,⁵³ und konkretisiert ihn im Hinblick auf eine Theoretisierung des Politischen:

»Wenn wir uns bewusst machen, dass Identitäten immer relational sind und die Affirmation einer Differenz – das heißt der Wahrnehmung von etwas ›Anderem‹ als Konstitution des ›Außen‹ – eine Vorbedingung für die Existenz jedweder Identität darstellt, so können wir meiner Ansicht nach verstehen, weshalb es in der Politik, deren Gegenstand stets kollektive Identitäten sind, um die Konstitution eines ›Wir‹ geht, das als Vorbedingung für seine Existenz die Abgrenzung von einem ›Sie‹ voraussetzt« (Mouffe 2014: 26).

Diese Wir-/Sie-Beziehung als »conditio sine qua non der Bildung politischer Identitäten« (Mouffe 2007: 25) muss laut Mouffe nicht notwendigerweise antagonistisch konstituiert sein, sondern manifestiert sich in den meisten Fällen als eine Frage der Anerkennung von Differenzen. Sie betont jedoch, dass eine solche Beziehung jederzeit in eine Freund-/Feind-Relation umschlagen und somit zum Austragungsort eines Antagonismus werden *kann* – dies geschehe in dem Moment, wo »wir anfangen, den Anderen, die

52 Ein solches Denken »mit Schmitt gegen Schmitt« ist aus meiner Sicht dennoch problematisch, gilt Schmitt doch aufgrund seiner Mitgliedschaft in der NSDAP, seiner Schriften zur Propagierung des Führerprinzips und nicht zuletzt aufgrund seiner rassistischen sowie antisemitischen öffentlichen Äußerungen und Publikationen als aktiver Unterstützer des Nationalsozialismus. Mouffe (2007: 11) rechtfertigt ihre Bezugnahme auf Schmitt folgendermaßen: »Viele werden diese Wahl pervers wenn nicht sogar schändlich finden. Ich denke allerdings, es sollte die intellektuelle Kraft eines Theoretikers und nicht seine moralische Qualität das Entscheidungskriterium sein, ob wir mit seinem Werk in den Dialog eintreten müssen oder nicht«.

53 Mouffe (2007: 23, 2014: 25f.) verweist an dieser Stelle auf Henry Statens Publikation *Wittgenstein and Derrida* (1984), in der er den Ausdruck des »konstitutiven Außens« in Auseinandersetzung mit Derridas Arbeiten zu Begrifflichkeiten wie »supplément«, »trace« und »différance« vorgeschlagen hat und der betonen soll, dass die Konstruktion einer Identität immer mit der Festlegung einer Differenz einhergeht. Auch in aktuellen poststrukturalistischen Identitäts-, Diskurs- und Kulturtheorien nimmt das Konzept des »konstitutiven Außens« eine prominente Position ein (vgl. u.a. Butler/Laclau 1998; Hall 2004c; Jergus/Schenk/Koch 2014; Moebius 2009: 158ff.; Moebius/Quadflieg 2006: 310). In dem Begriff ist die Vorstellung eingefasst, dass soziale Identitäten durch einen konstitutiven Ausschluss konstruiert werden, der auf eine unauflösbare Verschränkung des ›Wir‹ und des ›Sie‹ verweist, da sich die Einheit des ›Wir‹ nur durch die Bezugnahme auf ein als radikal anders gedeutetes ›Sie‹ vollziehen kann.

bis dato lediglich als anders galten, zu unterstellen, sie stellten *unsere* Identität infrage und bedrohten *unsere* Existenz« (Mouffe 2014: 26, Hervorheb. i.O.).

Vor dem Hintergrund dieser allgegenwärtigen Möglichkeit antagonistischer Konflikte argumentiert Mouffe nun wiederum *gegen* Schmitt – der innerhalb demokratischer Gesellschaften keinen Raum für Pluralismus sah –, dass die Hauptaufgabe demokratischer Politik in der Einhegung dieses potenziellen Antagonismus und der Anerkennung eines für moderne Demokratien konstitutiven Pluralismus besteht. Anders als Schmitt geht Mouffe also davon aus, dass sich die Annahme eines unauflöslichen antagonistischen Elements des Politischen einerseits und die Behauptung der Möglichkeit eines demokratischen Pluralismus andererseits *nicht* gegenseitig ausschließen, sondern dass es eines politisch-theoretischen Instruments bedarf, diese beiden Aspekte miteinander zu vereinbaren. Hierzu schlägt sie das Konzept des »Agonismus« als eine Form der Wir-/Sie-Beziehung vor, »bei der die konfligierenden Parteien die Legitimität ihrer Opponenten anerkennen, auch wenn sie einsehen, dass es für den Konflikt keine rationale Lösung gibt« (Mouffe 2007: 30). In dieser »gezähmten«, agonistischen Variante des Antagonismus werden Feind_innen zu Gegner_innen bzw. Kontrahent_innen, die – obwohl sie im Konflikt zueinander stehen – einen gemeinsamen symbolischen Raum teilen und sich als kollektive Mitglieder einer Gesellschaft betrachten. In zwischen Kontrahent_innen ausgetragenen agonistischen Kämpfen beispielsweise um Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens geht es – anders als Mouffe dies einer liberalen Perspektive zuschreibt – nicht »nur« um einen Wettstreit unter Konkurrent_innen auf einem neutralen politischen Terrain. Vielmehr stehe laut Mouffe (2007: 31) in agonistischen Auseinandersetzungen »die Konfiguration der Machtverhältnisse selbst auf dem Spiel«, weshalb diese als »Kampf zwischen gegensätzlichen, nach Hegemonie strebenden Projekten, die niemals rational miteinander in Einklang gebracht werden können« (Mouffe 2014: 31), gedacht werden sollten. Aus diesem Grund betont sie auch, dass die immerwährende Möglichkeit antagonistischer Konflikte als Element des Politischen auch im Begriff des Agonismus bestehen bleibt.

Für das Vorhaben dieser Arbeit, Aushandlungen des Politischen (auch) im Sinne der von Wir-/Sie-Unterscheidungen gekennzeichneten Konstruktion politischer Identitäten zu untersuchen, stellt Mouffes Theoretisierung des Politischen als potenzieller Antagonismus dementsprechend eine produktive Anschlussmöglichkeit dar.

Das Politische als Hegemonie

An diesem Punkt schließt zudem das zweite zentrale Element des Politischen, das der *Hegemonie*, an. Denn von dem Politischen als der beständigen Möglichkeit des Antagonismus auszugehen bedeute, so Mouffe (2014: 193) unter Bezugnahme auf Gramscis Hegemoniebegriff (siehe hierzu näher Abschnitt 3.3.1), auch anzuerkennen, »dass jede Form sozialer Ordnung hegemonialer Natur ist« – das bedeutet, »dass jede soziale Ordnung eine kontingente Artikulation von Machtverhältnissen ist und keinen gemeinsamen Ursprung hat«. Dieser fehlende Ursprung eröffnet die Möglichkeit gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um legitime Weltansichten und in diesem Sinne ist »Politik als Hegemonie« (Mouffe 2007: 25) zu verstehen, also als fortwährende Prozesse der Etablierung, Erhaltung, aber auch Anfechtung und Dis- bzw. Reartikulation einer »do-

minante[n] Lesart der Welt und die mit dieser Lesart verbundenen vorherrschenden Praktiken und Subjektivierungen« (Nonhoff 2010: 41).

Im Hinblick auf diese Möglichkeit der Dynamisierung und Veränderung einer bestehenden Ordnung unterscheidet Mouffe dann auch das Politische vom Sozialen: Während sie unter dem Sozialen eine aus sedimentierten Artikulationspraktiken bestehende hegemoniale Ordnung versteht, die deswegen als ›natürlich‹ und selbstverständlich im Sinne eines Common Sense verstanden wird, weil ihre kontingenten Konstruktionsprozesse unsichtbar geworden sind, ist mit dem Politischen genau jene Sichtbarmachung der Kontingenz etablierter gesellschaftlicher Strukturen und der damit einhergehenden Möglichkeit ihrer Veränderung angesprochen.

Insofern lässt sich mit Blick auf das Vorhaben dieser Arbeit fragen, ob und wenn ja in welcher Weise die Kontingenz gegenwärtiger Wissensordnungen und politischer Rationalitäten in den Aushandlungen der Jugendlichen thematisiert werden – diese Frage greift unter anderem die Diskussion der Analysebefunde zur Schlüsselkategorie *politische Identitäten* auf (siehe Abschnitt 7.4 dieser Arbeit).

Die affektive Dimension des Politischen

Neben den Dimensionen des Antagonismus und der Hegemonie diskutiert Mouffe als ein drittes wichtiges Element des Politischen die »Dimension der ›Leidenschaften‹« (Mouffe 2007: 34), worunter sie »die Rolle der Affekte bei der Konstruktion politischer Identitäten« (ebd.: 42) versteht.⁵⁴ Auch hinsichtlich dieser von ihr konstatierten affektiven Dimension des Politischen kann Mouffes Begriff des Politischen für die Konzeptualisierung eines erweiterten Politikbegriffs als zentrale Referenz gelten, da sie die für moderne liberale Theorien konstitutive »Trennung von rationalen politischen Interessen und archaischen Leidenschaften« (Bargetz 2016: 59f.; siehe auch Bargetz/Sauer 2010) fundamental infrage stellt (vgl. hierzu auch Bens et al. 2019).

Für Mouffe steht am Anfang jeder Form politischen Handelns die Identifikation mit einer kollektiven Identität oder einem politischen Prinzip, die sich eben nicht rein kognitiv, sondern maßgeblich affektiv vollzieht. Dies zu erkennen sieht sie als wichtige demokratische Aufgabe an – insbesondere in Zeiten einer zunehmenden postdemokratischen »Entpolitisierung« (Mouffe 2011) – und wirft der gegenwärtig dominierenden, konsensorientierten und rationalistischen liberalen politischen Theorie vor, dieses Element des Affektiven zu verkennen:

»By remaining blind to the place of passions in the construction of collective political identities, modern political theory has been unable to understand that the main challenge confronting democratic politics is not how to eliminate passions in order to create a rational consensus, but how to mobilize them toward democratic designs« (Mouffe 2002: 616).

Mouffe sieht also die hauptsächliche politische Herausforderung demokratischer Gesellschaften nicht in einer grundsätzlichen Negierung von Affekten, sondern vielmehr

54 Affekte werden hier folglich nicht als vorgesellschaftliche, vordiskursive Größe verstanden, sondern als kulturelle Praxis (siehe hierzu auch Athanasiou/Hantzaroula/Yannakopoulos/Kostas 2008).

darin, die Leidenschaften, Hoffnungen und Wünsche der Menschen ernst zu nehmen und in demokratieverträgliche Bahnen zu lenken, da sonst immer die Gefahr bestünde, dass diese von rechter und rechtspopulistischer Seite vereinnahmt würden. Die Frage nach der Rolle von Affekten für medienbezogene Aushandlungsprozesse des Politischen durch Jugendliche greife ich in der Diskussion der Analyseergebnisse zur Schlüsselkategorie *Involvement mit Politischem* (siehe Abschnitt 8.3) nochmals ausführlicher auf.

Kommunikationswissenschaftliche Anschlüsse

Wenn, so lässt sich aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive im Anschluss an Mouffe resümieren, das Politische als immerwährende Möglichkeit des Antagonismus und als Kampf um Hegemonie verstanden wird, ergibt sich daraus, dass das Politische keinen spezifischen, institutionellen ›Ort‹ innerhalb einer Gesellschaft hat, sondern sich überall dort manifestieren kann, wo machtvoll und konfliktäre Kämpfe um soziale Beziehungen und legitime Weltansichten stattfinden und ausgehandelt werden.⁵⁵ Entsprechend betont beispielsweise Nico Carpentier im Kontext seiner konzeptuellen Beschäftigung mit politischer Partizipation bezugnehmend auf Mouffes Begriff des Politischen, dass »the political touches upon our entire world, and cannot be confined to institutionalized politics« (Carpentier 2011a: 39; vgl. auch Carpentier 2011b). Damit argumentiert er zugleich gegen eine hierarchische Bevorzugung der Ebene institutionalisierter Politik vor der Vielzahl der anderen Ebenen und sozialen Welten, in denen Politisches verhandelt wird – wie beispielsweise die verschiedenen, gewöhnlich als ›privat‹ gekennzeichneten Aspekte alltäglicher Medienkultur (vgl. Jenkins/Carpentier 2013: 269).

Aus einer solchen Perspektive rücken, so kann mit Dahlgren (2011: 94f.) ergänzt werden, auch Populär- bzw. Alltagskultur und Zivilgesellschaft als mögliche Arenen, in denen das Politische ausgehandelt wird, ins Zentrum des Interesses. Insbesondere Dahlgrens Überlegungen zur politischen Dimension von Alltagskommunikation bieten produktive Anschlussmöglichkeiten für das vorliegende Forschungsprojekt: An Mouffes Unterscheidung zwischen Politik und dem Politischen anknüpfend konstatiert er, dass verschiedene soziale Beziehungen, Kontexte und Kommunikationsformen von potenziellen Konflikten um gesellschaftliches Zusammenleben und entsprechenden Wir-/Sie-Differenzierungen durchzogen sind und dass das Politische somit auch in Alltagsgesprächen ausgehandelt und angerufen werden kann:

»Talk, as a civic practice, can take unforeseen twists and turns, activating different subjective dimensions – including civic ones. Obviously not all talk in everyday life is politically significant, but we should always remain open to the possibilities of the political emerging« (Dahlgren 2009: 100f.).

55 Vgl. über die hier dargestellten kommunikations- und medienwissenschaftlichen Anknüpfungsmöglichkeiten an Mouffes Begriff des Politischen hinaus auch die von Margreth Lünenborg und Saskia Sell (2018) im Anschluss an Mouffe vorgenommene Unterscheidung der Forschungsfelder »Politikjournalismus« und »Politischer Journalismus«. Letzteres Feld fassen die Autorinnen über die Grenze des Politikressorts hinaus als »Analyse des Politischen mit und durch Journalismus« (ebd.: 16, Hervorheb. i.O.).

Für das hier verfolgte Anliegen einer Erforschung von Aushandlungen des Politischen durch Jugendliche bedeutet dies, ihre alltäglichen kommunikativen Praktiken und auch vermeintlich unpolitische Gespräche ernst zu nehmen, da diese zu Ressourcen einer Beschäftigung mit umkämpften Werten, Normen, Weltsichten und Fragen der Gestaltung gesellschaftlichen Miteinanders werden können und somit einen zentralen Bestandteil von Aushandlungsprozessen des Politischen bilden.

3.3.3 Das Politische als »Raum, in dem durch Diskurse und Praxen Ordnung, Über- und Unterordnung, Ein- und Ausschluss hergestellt werden« (Birgit Sauer) – Feministische Reartikulationen des Politischen

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten mithilfe von Bezugnahmen auf die Cultural Studies (Abschnitt 3.3.1) und Mouffes politische Theorie (Abschnitt 3.3.2) Macht und Konflikt als wesentliche Dimensionen des Politischen herausgearbeitet wurden, zeige ich im Folgenden, welchen Beitrag *feministische Reartikulationen von Politik und Öffentlichkeit* für ein um die genannten Dimensionen von Macht und Konflikt erweitertes Verständnis des Politischen leisten können. Für eine »Neuvermessung des Politischen« (Köpl 2008: 35) aus feministischer Perspektive lassen sich als zentrale Ausgangspunkte eine grundsätzliche Kritik an Dichotomien und speziell die Dekonstruktion des Dualismus von »öffentlich« und »privat« sowie daran anschließende Vorschläge für Umdeutungen dieser Beziehung benennen (vgl. z.B. Drüeke/Klaus 2019; Ferree/Gamson/Gerhards/Rucht 2002; Geiger 2002; Klaus/Drüeke 2008; Lang 2003; Pateman 1989; Wilde/Bomert 2019; Wischermann 2003, 2020). Aus diesem Grund widmet sich der folgende Abschnitt zunächst der feministischen Kritik an einem Politikverständnis, das an der dichotomen Grenzziehung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit inklusive der damit einhergehenden Hierarchisierungen festhält. Daran anschließend gehe ich der Frage nach, welche Einsichten, Vorschläge und Modelle aus der feministischen Theorie hilfreich sind für eine Rekonzeptualisierung des Politischen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse sowie die Dimension des Alltäglichen berücksichtigt und Politik nicht auf Staatlichkeit bzw. politische Institutionen verengt. Im Anschluss daran beschreibe ich zentrale Elemente feministischer Öffentlichkeitstheorien und deren Bedeutung für ein machtkritisch erweitertes Verständnis des Politischen, um schließlich – im Sinne einer kommunikationswissenschaftlichen Zuspitzung des Argumentationsgangs – das von Elisabeth Klaus entwickelte Mehrebenen-Modell von Öffentlichkeit darzustellen und in Bezug zu meinem Forschungsgegenstand zu setzen.

Kritik am »liberalen Trennungsdispositiv«

Wie bereits an früherer Stelle dieser Arbeit (vgl. Abschnitt 3.1) herausgearbeitet, kann für den Politikbegriff, wie ihn der Mainstream der Politikwissenschaften und der politischen Kommunikationsforschung konzipieren, eine Fokussierung auf Staatlichkeit, politische Institutionen und Öffentlichkeit konstatiert werden. Mit dieser Engführung geht eine Grenzziehung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit einher, die sich mit Birgit Sauer (2001: 184ff.) als »liberales Trennungsdispositiv« bezeichnen und kritisieren

lässt.⁵⁶ Dieses Dispositiv konstruiert Staat und Öffentlichkeit auf der einen und Privatheit auf der anderen Seite als voneinander getrennte gesellschaftliche Bereiche, wobei erstere als politisch und letztere als unpolitisch bzw. vorpolitisch hierarchisiert werden. Das Private wird im liberalen Verständnis als »Raum der ›Staatsfreiheit‹, also des Schutzes vor dem Eingriff staatlicher Institutionen in die individuelle, persönliche Lebensgestaltung« (ebd.: 184) entworfen. In einem engen Sinne identifizieren liberale Paradigmen Privatheit also mit »der Sphäre des Individuums bzw. mehrerer Individuen in Ehen, Familien und Freundeskreisen« (ebd.) und konzipieren diese somit als Gegensatz zur mit dem Staat und seinen Institutionen gleichgesetzten Öffentlichkeit. Mit dieser polarisierenden Trennung sind auch weitere Dichotomien verknüpft: Während das Öffentliche mit Vernunft, Rationalität, Objektivität, Literalität, Argumenten, Information und Wissen in Verbindung gebracht wird, steht das Private für das Persönliche, für Gefühle, Intimität, Subjektivität, Konsum, Ästhetik, Unterhaltung, Populärkultur und Vergnügen.

Über den Begriff des liberalen Trennungsdispositivs kann mit Sauer (2001: 187ff.) die historisch-spezifische Gewordenheit des Dualismus von Öffentlichkeit und Privatheit verdeutlicht und dieser als ein letztlich arbiträres, aber zugleich machtvoll konstruiert kritisiert werden (vgl. auch Bargetz 2016: 41). Eine solche Perspektive betrachtet die Dichotomie öffentlich–privat gerade nicht als statisch und universell, sondern als »das *Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen* und Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte- und Machtverhältnisse« (Sauer 2001: 187, Hervorheb. i.O.). Gleichzeitig wird darüber die Institutionalisierung dieser Dichotomie inklusive der benannten Hierarchisierungen und Ausschlüsse als bestimmendes politisches Prinzip der ›westlichen‹⁵⁷ Moderne betont und somit auf deren Wirkmächtigkeit verwiesen. Dieser Aspekt wird auch über die explizite Rückbindung an Michel Foucaults (1978) Dispositivbegriff deutlich (vgl. hierzu auch Bargetz 2016: 74).

Zentral für eine feministische Kritik am liberalen Trennungsdispositiv ist die Einsicht, dass der Dichotomie von öffentlich und privat ein »vergeschlechtliche[r] und vergeschlechtlichende[r] Bias« (ebd.: 75) eingeschrieben ist: Während Öffentlichkeit als politisch-staatlicher Raum hegemonial männlich konnotiert ist, erscheint Privatheit als weiblich markierter Raum, der in seiner Funktion als Gegenpol zum Öffentlichen zugleich als »ein entöffentliches, politisch entleertes, naturalisiertes und machtloses Terrain jenseits des Staats und ohne Handlungspotential in bezug auf den Staat« (Sauer 2001: 189) konstruiert wird – genauso wie alle aus Sicht des Trennungsdispositivs im Bereich des Privaten beheimateten Beziehungen, Werte und Praktiken wie Familie, Freundschaften, Liebe, Sexualität, Körperlichkeit und Intimität. Problematisiert werden kann daran unter anderem, dass somit weitreichende gesellschaftliche

56 Vgl. für eine Aktualisierung und Schärfung des liberalen Trennungsdispositivs als zentrale Analysekategorie eines feministischen Politikverständnisses, unter anderem aus *queer*-feministischer und intersektionaler Perspektive, Bargetz (2016: 75ff.).

57 Sicherlich ist die Verwendung des Begriffs einer ›westlichen‹ Moderne nicht unproblematisch, wird dadurch doch ein ideologischer Diskurs von »der Westen und der Rest« (Hall 1994a) reproduziert. Dennoch kann diese Bezeichnung hilfreich sein, um die spezifische Situiertheit des politischen Prinzips einer Trennung von öffentlich und privat zu verdeutlichen.

Ungleichheitsdimensionen und Machtverhältnisse nicht als ›politisch‹ betrachtet und somit demokratischen Gestaltungsweisen und Kontrollmechanismen entzogen werden (vgl. Drüeke 2013: 99). Aus diesem Grund war und ist eine der zentralen Forderungen feministischer Theorie und Praxis auch eine Politisierung des Privaten (vgl. z.B. Hirschmann/DiStefano 1996).

Feministischer Politikbegriff – Ausweitungen des Politischen

Eng verbunden mit einer feministischen Kritik an der Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit ist also auch die Infragestellung eines begrenzten, staats- und institutionenbezogenen Politikverständnisses sowie das Beschreiben und Beschreiten von Möglichkeiten der Ausweitung des Politischen aus einer machtkritischen Perspektive. Dies scheint allein schon deswegen geboten, weil die hegemonialen politischen Institutionen und Praktiken als »zutiefst vergeschlechtlichte, klassisierte, rassisierte und (neo-)koloniale« (Bargetz 2016: 84) kritisiert werden. Ein erweitertes Verständnis der Inhalte und Gegenstandsbereiche des Politischen, wie es feministische Theoretiker_innen konturiert haben, betont verschiedene Aspekte, von denen ich die für mein Vorhaben besonders relevanten im Folgenden erläutere.

Wie bereits mehrfach hervorgehoben, zeichnet sich eine feministisch-poststrukturalistische Sicht auf das Politische *erstens* durch eine (*gesellschafts-*)*kritische Dimension* aus, die einhergehend mit einer Kritik an hierarchisierenden und normierenden Dualismen wie öffentlich–privat, Politik–Alltag, Ratio–Affekt usw. auch ein Hinterfragen von vermeintlich selbstverständlichen Wissenskategorien bzw. »epistemologischen Gewissheiten« (Butler 2009: 225) umfasst (vgl. auch Foucault 1992; Hark 2009; Thomas 2011, 2015b).⁵⁸ Es geht einer solchen Perspektive also darum, die Bewertungsmaßstäbe, Norm- und Wertvorstellungen von Politik und Gesellschaft offen zu legen und die Infragestellung sicher geglaubter Wissenskategorien und »unhinterfragte Denkweisen« (Thomas 2015b: 54) zum Ausgangspunkt für gesellschaftlichen Wandel zu machen (vgl. auch Thomas/Klaus/Kinnebrock 2017: 6).

Zweitens ist die Ausweitung des Politischen auf *neue Räume* zentral für feministische Positionen (vgl. z.B. Bargetz 2016: 89). Ein feministischer Politikbegriff erweitert eng gefasste Konzeptionen des Politischen, indem er nicht nur Staat und Öffentlichkeit, sondern weitere, gemeinhin beispielsweise als privat und dadurch unpolitisch klassifizierte Räume, Arenen und Institutionen als Orte politischer Auseinandersetzungen betrachtet. So kann das Politische mit Birgit Sauer (2001: 42f.) als Raum definiert werden, »in dem durch Diskurse und Praxen Ordnung, Über- und Unterordnung, Ein- und Ausschluß hergestellt werden«.

58 So schreibt Judith Butler in ihrem Essay »Was ist Kritik?«, der wiederum eine Auseinandersetzung mit Michel Foucaults 1978 unter demselben Titel vor der *Société française de philosophie* gehaltenen und 1992 in deutscher Sprache publizierten Vortrag (vgl. Foucault 1992) darstellt, die Hauptaufgabe von Kritik bestehe nicht darin, »zu bewerten, ob ihre Gegenstände – gesellschaftliche Bedingungen, Praktiken, Wissensformen, Macht und Diskurs – gut oder schlecht, hoch oder niedrig geschätzt sind; vielmehr soll die Kritik das System der Bewertung selbst herausarbeiten« (Butler 2009: 225). In einem weiteren Schritt gehe es dann im Hinblick auf eine Praxis der Kritik auch darum, Diskontinuitäten, Brüche und Grenzen dieses Bewertungssystems zu identifizieren (vgl. ebd.: 239).

Über die Betonung diskursiver Auseinandersetzungen hinaus bemüht sich ein feministisches Verständnis des Politischen *drittens* jedoch auch um eine »Vermittlung des Materiellen mit dem Symbolischen, das nicht als Ableitungsverhältnis oder Gegenüberstellung gedacht werden kann, aber auch nicht im Diskursiven aufgeht« (Thomas 2015b: 53, Hervorheb. MK). Angesprochen ist damit auf der einen Seite die symbolisch-diskursive Ebene des Politischen im Sinne einer gesellschaftlichen, durchaus umkämpften Konstruktion und Repräsentation politischer – und vermeintlich unpolitischer – Identitäten sowie das Ringen um Deutungsmacht (vgl. Sauer 2001: 40). Auf der anderen Seite bedeutet ein solches Verständnis des Politischen auch, dass »ein kulturalistischer Politikbegriff (...) materialistische Fundierungen politischen Handelns und politischer Strukturen nicht ausblenden [darf]« (ebd.) und entsprechend ein zentraler Fokus feministischer Perspektiven des Politischen auf materiellen Strukturen, Machtverhältnissen und gesellschaftlich ungleich verteilten Ressourcen liegt (vgl. hierzu auch Bargetz/Ludwig 2007: 185ff.; Lang 2004: 78f.; Thomas 2011: 34ff.).

Viertens verdeutlichen die angesprochenen feministischen Neuvermessungen und Reartikulationen des Politischen, dass der *Politikbegriff selbst als Konstrukt* gefasst wird, dessen Bedeutungen, Gegenstände und Relationen bzw. Differenzen zu anderen Konstrukten wie Alltag, Privatheit, Emotionen usw. in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen temporär fixiert werden – und dadurch unter bestimmten Bedingungen immer auch veränderlich sind. In diesem Sinne ist auch eine feministisch-kritische (Re-)Interpretation des Konzepts politischer Kultur zu verstehen, die mit Sauer (2001: 228) als »Modus der Produktion und Reproduktion von politischem Sinn, von Deutungen und Interpretationen des Politischen« verstanden werden kann – nicht zuletzt mit Blick auf die Frage, »was zum Raum des Politischen gehört und was nicht« (ebd.). Unter anderem an diese Frage schließen auch die Analysebefunde meiner Arbeit an, etwa wenn es in den Abschnitten 6.2 und 6.3 darum geht, aufzuzeigen, welche Politikverständnisse Jugendliche in den rekonstruierten medienbezogenen Aushandlungsprozessen des Politischen artikulieren.

Feministischer Öffentlichkeitsbegriff – Kritik an Dichotomien

Aus einer feministischen Kritik an der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit sind nicht nur Vorschläge zu einer Neuvermessung des Politikbegriffs hervorgegangen, sondern auch erweiterte Konzeptionen von Öffentlichkeit, auf die ich aufgrund ihrer Anschlussfähigkeit für kommunikationswissenschaftliche Fragestellungen im Folgenden noch einmal gesondert eingehe und die wiederum zentrale Elemente für eine Reartikulation des Politischen bereitstellen, wie ich sie mit diesem Kapitel verfolge.

Anschlüsse und Kritik an Habermas' Öffentlichkeitsbegriff

Als wichtige Referenzen für feministische Öffentlichkeitstheorien, die allerdings nicht ohne Kritik geblieben sind, gelten das Öffentlichkeitsverständnis und der Begriff deliberativer Politik von Habermas (vgl. z.B. Lang 2003; siehe auch Abschnitt 3.1.3 dieser Arbeit). Dreh- und Angelpunkt einer kritischen Rezeption insbesondere von Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1990) ist dabei, dass er Öffentlichkeit – anders als beispielsweise systemtheoretische oder liberale Konzeptionen – vorrangig nicht über

staatlich-institutionelle Räume definiert, sondern *diskursiv* fasst (vgl. z.B. Benhabib 1992: 85ff.; Fraser 1992: 109ff.; Lang 2004: 76).⁵⁹ Denn seine zentrale These zur Herausbildung der bürgerlichen Öffentlichkeit lautet, dass diese sich im Kontext absolutistischer Herrschaftsstrukturen – der Sphäre der öffentlichen Gewalt – als eigenständiger sozialer Bereich Ende des 18. Jahrhunderts zunächst als »eine Öffentlichkeit in unpolitischer Gestalt – die literarische Vorform der politisch fungierenden Öffentlichkeit« (Habermas 1990: 88) konstituiert hat. Öffentlichkeit entwickelte sich laut Habermas also nicht aus dem staatlichen, sondern aus dem privaten Bereich heraus – zunächst als sich im Meinungsaustausch und Diskurs unter Privatleuten in Salons, Kaffeehäusern, Geheimbünden und Lesegesellschaften manifestierende *literarische* Öffentlichkeit, aus der später die *politische* Öffentlichkeit als Vermittlungsinstanz zwischen dem Staat und den Bedürfnissen der Zivilgesellschaft hervorging (vgl. ebd.: 90). Dies geschah aus dem Anspruch der Bürgerschaft heraus, den rationalen Diskurs als zentrales politisch-kommunikatives Prinzip gesellschaftlich zu verallgemeinern. Bürgerliche Öffentlichkeit entstand Habermas zufolge also in Abgrenzung zur politischen Sphäre und mit dem konstitutiven Prinzip eines rationalen Diskurses über Standesgrenzen und Eigentumsverhältnisse hinweg – dem Ideal deliberativer Politik.

Diese Herauslösung des Öffentlichkeitskonzepts aus dem Bereich des Staatlich-Institutionellen über die Betonung der kommunikativen bzw. diskursiven Dimension von Öffentlichkeit bietet einerseits also produktive Anschlüsse für feministische Öffentlichkeitstheorien und eine Infragestellung der mit dem »liberalen Trennungsdispositiv« (Sauer) einhergehenden Gleichsetzung des Öffentlichen mit Politischem und des Privaten mit Unpolitischem. So verweist beispielsweise Sauer auf den Diskurscharakter von Öffentlichkeit, um hervorzuheben, dass diese nicht auf staatliche Institutionen oder andere spezifische Orte reduziert werden dürfe, sondern sich überall dort konstituiert, wo gesellschaftliche Machtverhältnisse verhandelt werden:

»Öffentlichkeit ist also nicht als ein *Ort* wie das Parlament und die Straße oder als eine Institution wie die Zeitung zu konzipieren, dann wären private Orte per definitionem exkludiert. Öffentlichkeit ist vielmehr jener *Raum*, wo Macht und Herrschaft thematisiert und kritisiert werden« (Sauer 2001: 200, Hervorheb. i.O.).

Andererseits bietet Habermas' Öffentlichkeitsbegriff unter feministischen Gesichtspunkten auch Anlass für vielfache Kritik: Ein zentraler Einwand aus feministischer Perspektive ist, dass Habermas den exkludierenden Charakter bürgerlicher (d.h. historisch betrachtet: Weißer, männlicher) Öffentlichkeit zu wenig berücksichtigt – dies betrifft die Ebene von Geschlechterverhältnissen, aber auch weitere soziale Kategorien wie ökonomische Verhältnisse, Klassenzugehörigkeit und *race*: Das Ideal deliberativer Politik, das im Moment diskursiver Aushandlungsprozesse alle Bürger_innen als gleich konstruiert, beruhe laut Fraser (1992: 117f.) auf einem bourgeoisen, maskulinistischen

59 Der Diskursbegriff von Habermas unterscheidet sich jedoch grundlegend von einem beispielsweise in der wissenssoziologischen Tradition konturierten Verständnis von Diskursen, was vor allem an der normativen Ausrichtung seines deliberativen Diskursmodells im Sinne einer Diskursethik liegt (vgl. Keller 2011b: 109ff.).

Öffentlichkeitsverständnis, das reale Ungleichheitsverhältnisse und den Ausschluss von Frauen aus den Prozessen öffentlicher Meinungsbildung ausblende.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich darauf, dass Habermas öffentliche Kommunikation auf rationale Sprechakte reduziert. Dies ignoriere, so Sauer (2001: 190), »die performative und ästhetische, die affektive und emotionale wie auch die körperlich-gestische und mimische Dimension von Kommunikation und Interaktion«. Hingegen argumentiert Sauer unter Bezugnahme auf Iris Marion Youngs Reartikulation des Konzepts deliberativer Demokratie im Sinne einer inklusiveren, auf einen offeneren Kontext politischer Kommunikation verweisenden »communicative« democracy« (Young 2000: 40; siehe hierzu auch Jörke 2016), dass sich Ratio und Affekt nicht ausschließen (müssen), sondern dass das Emotionale als zentrales Element in Deliberationsprozessen verstanden und daher in Konzeptionen von Öffentlichkeit integriert werden sollte (vgl. hierzu auch Klaus/Drüeke 2017: 110). Damit verbunden sei auch eine »Aufwertung von Kommunikationsformen, die nicht dem (...) partikularen Ideal der rationalen, emotionslosen Argumentationsführung entsprechen« (Jörke 2016: 326). Insbesondere diesen Aspekt, auch affektive Formen des Involvements in der Analyse kommunikativer, medienbezogener Aushandlungsprozesse des Politischen ernst zu nehmen, greife ich in der Darstellung und Diskussion meiner empirischen Ergebnisse an späterer Stelle wieder auf (siehe Abschnitte 8.2.2 und 8.3).

Grundelemente feministischer Öffentlichkeitstheorien

Die aufgezeigten kritischen Aspekte an Habermas' Öffentlichkeitsbegriff sind wichtige Ausgangs- bzw. Ansatzpunkte für erweiterte Konzeptionen von Öffentlichkeit im Rahmen feministischer Ansätze, deren verbindendes Element ein Denken »Jenseits der Dichotomien« (Klaus/Drüeke 2017: 110) darstellt. Sabine Lang (2004: 77ff.) arbeitet insgesamt vier Grundelemente feministischer Öffentlichkeitstheorien heraus.

Erstens steht Vorstellungen einer einzigen Öffentlichkeit bzw. von Öffentlichkeit als »homogene Sphäre« (ebd.) eine Vielzahl an Konzeptionen gegenüber, die eine *Pluralisierung und Vervielfältigung von Öffentlichkeiten* bzw. Öffentlichkeitsebenen betonen (vgl. auch Wischermann 2003: 27f.). Als wichtige Ideengeberin für ein solches Öffentlichkeitsverständnis gilt die feministische Theoretikerin Nancy Fraser, die in ihrer kritischen Auseinandersetzung mit Habermas' Öffentlichkeitsbegriff argumentiert, dass »the ideal of participatory parity is better achieved by a multiplicity of publics than by a single public« (Fraser 1992: 127) und davon ausgehend ihr prominentes Modell von Gegenöffentlichkeiten entwickelt.⁶⁰ Der damit einhergehende Kerngedanke ist, dass mit einer Pluralisierung von Öffentlichkeiten auch eine Erweiterung des diskursiven Raums einhergeht, in dem konfliktäre gesellschaftliche Aushandlungsprozesse des Politischen stattfinden.

Ein *zweites* wichtiges Element feministischer Öffentlichkeitsverständnisse ist der *Fokus auf (zivil-)gesellschaftliche Kommunikationspraktiken*, die auf den ersten Blick nicht dem eng gefassten deliberativen Ideal eines rationalen Diskurses entsprechen. Unter diesem Aspekt kann eine Vielzahl an Kommunikationsformen betrachtet werden, die im

60 Zur Problematik des Konzepts von Gegenöffentlichkeit vgl. z.B. Klaus (1998: 97ff.).

Bereich alltäglicher Erfahrungen wurzeln und beispielsweise Ausdruck eines vergnüglichen und/oder emotionalen Involvements mit dem Politischen sind – wie die bereits thematisierten Formen der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Themen in Aneignungsprozessen populärer Medienangebote (siehe Abschnitt 8.2 dieser Arbeit). Eine aufschlussreiche Perspektivverschiebung eröffnen in diesem Zusammenhang auch feministische Arbeiten zu einer »Politics of Listening« (Bassel 2017; Dreher 2009, 2010, 2017; O'Donnell/Lloyd/Dreher 2009; vgl. grundlegend hierzu auch Couldry 2009, 2010), die – in Erweiterung einer »Politics of Voice« durch eine Kritik an hierarchisierenden Vorstellungen von *Voice* als aktiver Form politischer Partizipation und *Listening* als passivem Modus (vgl. hierzu Crawford 2009) – auch Praktiken des Zuhörens als »a crucial political activity that enables us to give democratic shape to our being together in the world« (Bickford 1996: 19) konzipieren. Die Relevanz auch solcher Kommunikationsweisen für die Konstitution von Öffentlichkeiten und für Aushandlungsprozesse des Politischen zu betonen, die nicht dem Ideal rationaler politischer Kommunikation entsprechen, stellt aus feministischer Perspektive ein wichtiges Korrektiv bzw. eine wesentliche Ergänzung zu klassischen, auf institutionelle öffentliche Räume fokussierten Öffentlichkeitsbegriffen dar (vgl. Lang 2004: 78).

Drittens betrachten feministische Perspektiven die Dimensionen *Macht und Herrschaft(-skritik)* sowie einen Fokus auf gesellschaftlich ungleich verteilte Ressourcen als integrale Elemente von Öffentlichkeitstheorien – auf diesen Aspekt bin ich weiter oben mit Blick auf feministische Neuvermessungen des Politikbegriffs bereits näher eingegangen.

Als *viertes* verbindendes Element feministischer Öffentlichkeitstheorien diskutiert Lang schließlich die »Neukonzeption tradierter Vorstellungen von Privatheit« (ebd.: 79, Hervorheb. MK). Zentral ist hierfür, dass das Private, wie bereits anhand einer feministischen Kritik des »liberalen Trennungsdispositivs« dargestellt, aus einer solchen Perspektive nicht als Gegenpol zu Öffentlichkeit betrachtet wird, sondern vielmehr als integraler »Aspekt staatlich-politischer Öffentlichkeit« (Sauer 2001: 191) – als Aspekt also, der sowohl eine zentrale Voraussetzung für demokratische Öffentlichkeit darstellt als auch in seiner Bedeutung gesellschaftliche und politische Verhandlungssache ist. Sowohl Öffentlichkeit als auch Privatheit erscheinen somit jeweils nicht als feststehende Entität, sondern vielmehr als »eine vorgestellte, eine imaginierte Größe oder besser gesagt: ein hegemonialer Diskurs« (ebd.: 194). Damit einher geht auch die Forderung, die Beziehung von »öffentlich« und »privat« dadurch zu politisieren, dass diese im Sinne eines relationalen und veränderlichen Verhältnisses konzipiert wird, »über das immer neue Verständigungs- und Aushandlungsprozesse zu führen sind« (Wischermann 2003: 32) und das entsprechend ein beständiges Hinterfragen, theoretische Reflexion und empirische Analyse erfordert.

Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess auf drei Ebenen – Das feministische, kommunikationswissenschaftliche Öffentlichkeitsmodell von Elisabeth Klaus

Als ein »zentrales kommunikationswissenschaftliches Öffentlichkeitsmodell aus feministischer Perspektive« (Drüeke 2013: 103), das der Komplexität, Ambivalenz und Dyna-

mik von Öffentlichkeiten Rechnung trägt, kann das Öffentlichkeitsmodell von Elisabeth Klaus (1998: 96ff., 2001, 2017) bezeichnet werden, auf das ich im Folgenden unter besonderer Berücksichtigung des Gegenstands meiner Arbeit – und entlang der soeben herausgearbeiteten vier Grundelemente feministischer Öffentlichkeitsverständnisse – näher eingehen werde. Klaus definiert Öffentlichkeit grundlegend als »gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess« (Klaus 2017: 22; vgl. auch Drüeke/Klaus 2017: 7; Klaus 1998: 99f., 2001: 20f.; Klaus/Drüeke 2008: 248) und grenzt das von ihr vertretene Öffentlichkeitsverständnis somit explizit von statischen Konzeptionen von Öffentlichkeit im Sinne einer singulären, feststehenden und homogenen gesellschaftlichen Sphäre ab. Im – als fluide und unabgeschlossen konzipierten – Prozess von Öffentlichkeit werden, so Klaus (2017: 22),

»gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktionen verhandelt, gefestigt, ent- oder verworfen, die gesellschaftlichen Bedeutungen von Themen herausgearbeitet, die Regeln und Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bestätigt oder modifiziert, kulturelle Ziele überprüft und kulturelle Identitätsvorlagen geliefert, nicht zuletzt auch die politische, ökonomische und juristische Verfasstheit der Gesellschaft diskutiert und legitimiert«.

Öffentlichkeit kann entsprechend dieser Begriffsbestimmung also verstanden werden als gesellschaftliche Aushandlungsprozesse sowohl von *Politik* im Sinne von *Policy*, *Politics* und *Polity* (siehe hierzu ausführlicher Abschnitt 3.1.2) als auch des *Politischen* im Sinne einer Verhandlung machtvoller kultureller bzw. politischer Identitäten sowie von Werten und Normen des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Folglich merkt auch Klaus (2017: 22) selbst an, dass ihrem Öffentlichkeitsverständnis ein weiter Politikbegriff zugrunde liegt, der über einen Fokus auf politische Institutionen deutlich hinausweist.

Der Fokus auf eine *Pluralisierung und Vervielfältigung von Öffentlichkeiten* als erstes der Grundelemente feministischer Öffentlichkeitstheorien findet sich bei Klaus – neben der Betonung der Prozesshaftigkeit von Öffentlichkeiten – zudem in der theoretisch-analytischen Ausgestaltung eines *Mehrebenen-Modells* von Öffentlichkeiten.⁶¹ Anstelle eines Gegensatzes von Öffentlichkeit und Privatheit unterscheidet Klaus konkret die drei idealtypischen Ebenen einfacher, mittlerer und komplexer Öffentlichkeiten, die hinsichtlich der dort jeweils vorherrschenden »Kommunikationsformen und -foren« (2017: 22) sowie mit Blick auf ihre zentralen Akteur_innen und Funktionen im Öffentlichkeitsprozess differieren (vgl. zu den nachfolgenden Ausführungen v.a. Klaus 2001: 22ff.).

Auf der Ebene *komplexer Öffentlichkeiten* sind als zentrale Akteur_innen und Kommunikationsforen sowohl die sogenannten Massenmedien als auch die hoch professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen, Parteien, aber auch Unternehmen verortet. Durch die Möglichkeiten medialer Vermittlung können (politische) Entscheidungen, Debatten und Meinungen von diesen Akteur_innen schnell und mit großer

61 In ähnlicher Weise hat auch Habermas in jüngeren Arbeiten sein Öffentlichkeitsmodell ausdifferenziert und verschiedene Ebenen von Öffentlichkeit unterschieden (siehe hierzu Abschnitt 3.1.3 dieser Arbeit). Vgl. zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Öffentlichkeitsmodelle von Habermas und Klaus näher Drüeke (2013: 103); Romahn (2017).

Reichweite verbreitet werden. Der Kommunikationsmodus auf dieser Ebene ist anspruchsvoll und professionalisiert. Die Beziehung zwischen Kommunikator_innen und Publikum gestaltet sich als einseitig und indirekt: Ein Rollenwechsel ist aufgrund der Professionalisierung und Ausdifferenzierung des Kommunikationsbereichs komplexer Öffentlichkeiten »weitgehend ausgeschlossen« (ebd.: 23). Als zentrale Funktionen von komplexen Öffentlichkeiten bestimmt Klaus die Selektion, Verarbeitung und Verbreitung von Themen.

Mittleren Öffentlichkeiten kommt eine Vermittlerinnen- bzw. Übersetzerinnenrolle zwischen komplexen und einfachen Öffentlichkeiten zu, indem sie auf der einen Seite Themen aus den einfachen Öffentlichkeiten systematisch aufgreifen, diese bündeln und für die komplexen Öffentlichkeiten aufbereiten. Auf der anderen Seite fungieren sie aber auch als Vermittlungsinstanzen der teilweise undurchsichtigen Themen und Entscheidungsprozesse komplexer Öffentlichkeiten an die Ebene einfacher Öffentlichkeiten. Prototypische Kommunikationsforen und -akteur_innen auf dieser Ebene sind Versammlungsöffentlichkeiten und soziale Bewegungen, die – im Unterschied zu einfachen Öffentlichkeiten – über eine Organisationsstruktur und mehr oder weniger festgelegte Regeln, unter anderem die Rechte und Pflichten der Mitglieder betreffend, verfügen. Die Beziehung zwischen Kommunikator_innen und Publikum ist geprägt durch Rollendifferenzierungen beispielsweise in aktive und passive Mitglieder, in Sprechende und Zuhörende, in Versammlungsleitende und -teilnehmende. Ein Wechsel dieser Rollen ist grundsätzlich möglich, wird allerdings durch die Erfordernis von Sachkompetenz erschwert.

Auf der Ebene *einfacher Öffentlichkeiten* agieren vornehmlich alltagsweltliche Akteur_innen, d.h. Menschen in ihren jeweiligen Alltagskontexten. Als typische Kommunikationsformen einfacher Öffentlichkeiten können dementsprechend persönliche Gespräche, Klatsch und Tratsch sowie Witze auch in Form von auf die Aneignung medialer Inhalte folgender Anschlusskommunikationen gelten, die den zentralen Forschungsgegenstand dieser Arbeit ausmachen. Im Anschluss an Ricarda Drüeke (2013: 103) lassen sich einfache Öffentlichkeiten als Öffentlichkeiten charakterisieren, »in denen sich Privates und Politisches vermischt«. Ein zentrales Kriterium dafür, inwiefern es sich bei den erwähnten Alltagsgesprächen um Öffentlichkeiten handelt, bildet die Frage, ob auf inhaltlicher Ebene gesellschaftliche Machtverhältnisse, Normvorstellungen, Identitätskonstruktionen und damit einhergehende Ein- und Ausschlüsse thematisiert werden oder nicht. In einfachen Öffentlichkeiten gibt es keine funktionale Differenzierung der Kommunikator_innenrollen und sie entstehen häufig durch spontane Kommunikation im Alltag. Ihre wichtigste Funktion besteht darin, die »alltagsweltliche Relevanz und damit letztlich die gesellschaftliche Wirkung« (Klaus 2001: 24) derjenigen Themen zu bestimmen, die in komplexen Öffentlichkeiten gesetzt und über mittlere Öffentlichkeiten vermittelt wurden. Gleichzeitig fungieren sie aber auch als Räume der erfahrungs- bzw. alltagsbasierten Aushandlung gesellschaftlicher Wirklichkeit, von Werten und Normen sowie Regeln des sozialen Zusammenlebens, die dann über mittlere Öffentlichkeiten Eingang in die Verhandlungen auf komplexer Ebene finden können.

Es ist insbesondere der Einbezug dieser Ebene einfacher Öffentlichkeiten in Klaus' Öffentlichkeitskonzept, der es erlaubt, neben einer Fokussierung der Rolle von staat-

lichen Machtinstanzen, ›Massenmedien‹ und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Prozessen gesellschaftlicher (Selbst-)Verständigung den Blick zu richten auf »jene alltäglichen und informellen Gesprächsformen und -foren, in denen eine Verständigung über akzeptierte und akzeptable Verhaltensmuster stattfindet, traditionelle Haltungen gefestigt oder gelockert, Handlungsweisen bestärkt oder verworfen werden« (Klaus 1998: 99).

Somit findet sich auch der zweite zentrale Aspekt feministischer Öffentlichkeitskonzepte – der *Fokus auf alltägliche Kommunikationsformen*, die zunächst nicht dem eng gefassten deliberativen Ideal eines rationalen Diskurses entsprechen – im Modell von Klaus wieder. Die Betonung dieser informellen Kommunikationsmodi als zentralem Bestandteil des Öffentlichkeitsprozesses impliziert zudem eine gewisse Möglichkeit für Widerständigkeiten gegen hegemoniale Deutungen des Politischen, wie sie durch die Institutionen auf der Ebene komplexer Öffentlichkeit in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden. Klaus (2017: 26) spricht in diesem Zusammenhang davon, dass »oppositionelle Positionen, die zunächst nur auf der einfachen Ebene von Öffentlichkeit relevant sind, die komplexe Öffentlichkeit erreichen und eine Delegitimierung hegemonialer Positionen, z.B. Gesetzesänderungen, bewirken können«. Entsprechend ist hier Jeffrey Wimmer (2017: 211) zuzustimmen, der unter Bezugnahme auf die Arbeiten von Klaus die Bürger_innen bzw. das Publikum nicht nur als Adressat_innen politischer Öffentlichkeit fasst, sondern als einen »Resonanzboden (...), der aktiv politische Kommunikation betreibt und damit Öffentlichkeit konstituiert«.

Dass diesen Möglichkeiten durch die gesellschaftlich ungleich verteilten Machtressourcen allerdings Grenzen gesetzt sind, hat Klaus verschiedentlich betont und dieser Befund stellt zugleich die Verbindung zum dritten wesentlichen Element feministischer Öffentlichkeitstheorien dar – der *Dimension von Macht und Herrschaft(-skritik)*, mithin der Frage danach, »wer auf dem Marktplatz der Öffentlichkeiten die Macht besitzt, seine Gesellschaftsvorstellungen als verbindlich durchzusetzen« (Klaus 2001: 24). Diese gesellschafts- und machttheoretische Verortung ihres Öffentlichkeitsmodells nimmt Klaus maßgeblich dadurch vor, dass sie das Verhältnis der drei Öffentlichkeitsebenen in Form einer »hierarchisch gegliederte[n] Pyramide« (Klaus 2017: 26) fasst: Auf der breiten Basis der Pyramide sind die einfachen Öffentlichkeiten verortet und von dort aus spitzt sich das Modell pyramidenförmig über die mittlere Ebene bis hin zu komplexen Öffentlichkeiten zu. Mit Blick auf die Verteilung von Machtressourcen zwischen den drei Ebenen konstatiert Klaus:

»Je komplexer die Kommunikationsstruktur, umso kleiner die Zahl der kommunikativen Foren und umso geringer die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger_innen. Und weiter auch: Je komplexer die Öffentlichkeit, umso größer ihre gesellschaftliche Macht und ihr Einfluss auf die ›öffentliche Meinung‹« (ebd.).

Den in dieser Arbeit fokussierten alltäglichen, informellen Aushandlungen des Politischen wird entsprechend eines solchen Pyramiden-Modells also nur wenig konkrete Gestaltungsmacht hinsichtlich der gesellschaftlichen Verhältnisse zugesprochen, da die Akteur_innen auf der Ebene komplexer Öffentlichkeiten mit größeren Machtressourcen ausgestattet sind. Klaus vertritt jedoch die These, dass es insbesondere gesellschaftliche Umbrüche sind, die soziale Transformationsprozesse in Gang setzen können: »In

Umbruchzeiten öffnet sich das massenmediale System für alternative Entwürfe und Gesellschaftsbilder, das heißt kleine und mittlere Öffentlichkeiten können Definitionsmacht erhalten« (ebd.: 27).

Mit einer *Rekonzeptualisierung tradierter Vorstellungen von Privatheit* als viertem Grundelement feministischer Öffentlichkeitstheorien hat sich Klaus unter anderem im Kontext der Frage befasst, »was Privatheit bedeutet, wenn der Begriff nicht länger als Gegenpol zur Öffentlichkeit definiert ist« (Klaus 2001: 24). Der für das vorliegende Vorhaben zentrale Aspekt ist auch hier darin zu sehen, dass ein mehrdimensionales Verständnis von Öffentlichkeit als gesellschaftlichem Selbstverständigungsprozess die Dichotomie von öffentlich und privat aufbricht, indem es informelle Formen von Alltagskommunikation als konstitutive Bestandteile von Öffentlichkeit anerkennt, die in der Regel in Lebensbereichen und Räumen wie beispielsweise Sportvereinen oder Jugendtreffs stattfinden, die traditionell als »privat« definiert werden. So verdeutlicht Klaus' Öffentlichkeitsmodell die Relevanz einfacher Öffentlichkeiten im Sinne vielschichtiger und durchaus widersprüchlicher Kommunikationsforen und -formen, in denen sich Privates und Politisches vermischen (vgl. auch Wimmer 2017: 201).

3.4 Zwischenfazit

Ziel dieses Kapitels war es, einen um die Dimensionen von Alltag, Macht und Konflikt erweiterten Begriff des Politischen herauszuarbeiten, um diesen im Sinne eines heuristischen Instrumentariums für die Aufschlüsselung des Gruppendiskussionsmaterials in den empirischen Analysen anwendbar zu machen und dadurch Aspekte medienbezogener Aushandlungsprozesse des Politischen durch Jugendliche thematisieren zu können, die mit einer alleinigen Fokussierung auf ein enges, institutionenbezogenes Politikverständnis unsichtbar geblieben wären. Der zentrale Argumentationsgang dieses Kapitels gliederte sich in drei Schritte:

In Abschnitt 3.1 habe ich die Fokussierung auf Staatlichkeit, Öffentlichkeit und politische Institutionen als vorherrschendes Paradigma eines eng gefassten, institutionenbezogenen Politikbegriffs aufgezeigt, von dem ausgehend sich ein um die Dimensionen Alltag, Macht und Konflikt erweitertes Verständnis des Politischen konturieren ließ. Als wichtige, aber ergänzungsbedürftige konzeptuelle Ausgangspunkte eines engen Politikbegriffs habe ich folgende Ansätze und Konzepte vorgestellt und kritisch eingeordnet:

- das staats- und öffentlichkeitszentrierte Politikverständnis der etablierten politischen Kommunikationsforschung (Abschnitt 3.1.1),
- das die drei Aspekte *Policy* (inhaltliche Dimension), *Politics* (prozessuale Dimension) und *Polity* (formale Dimension) umfassende mehrdimensionale Politikverständnis (Abschnitt 3.1.2) sowie
- den an Jürgen Habermas anknüpfenden deliberativen Politikbegriff (Abschnitt 3.1.3).

Deutlich wurde in dem Zusammenhang etwa, dass die Berücksichtigung der potenziell politischen Relevanz *alltäglicher* Kommunikationsformen und -foren eine wesentliche Leerstelle eng gefasster Politikkonzeptionen ausmacht.

Ausgehend von dieser Leerstelle ging es in Abschnitt 3.2 darum, *Alltag* als wesentliche Dimension eines erweiterten Verständnisses des Politischen einzuführen und zu zeigen, inwiefern Alltag als einer der zentralen sozialen Räume betrachtet werden kann, in denen kommunikative, medienbezogene Aushandlungsprozesse des Politischen stattfinden. Dazu habe ich an folgende Konzepte angeknüpft und sie mit Blick auf den zentralen Gegenstand und das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ergänzt und angepasst:

Abschnitt 3.2.1 befasste sich mit Ulrich Becks Konzept von »Subpolitik«, das wichtige Impulse für ein auf alltägliche (Medien-)Praktiken abhebendes Verständnis des Politischen bietet, weil Politisches hier nicht nur auf der gesellschaftlichen Makro- sowie Mesebene verortet wird, sondern auch Alltagspolitiken auf der Mikroebene umfassen kann, die im unmittelbaren Handlungs-, Deutungs- und Erfahrungsraum junger Menschen Relevanz entfalten.

In Abschnitt 3.2.2 habe ich unter Bezugnahme auf ein unter anderem auf Karl Rohe und Andreas Dörner zurückgehendes kulturalistisches Konzept politischer Kultur gezeigt, dass und inwiefern Alltag daran anknüpfend als wesentliche Dimension eines erweiterten Begriffs des Politischen verstanden werden kann: Aus einer solchen Perspektive ließ sich die Alltagswelt als wichtiger Raum für medienbezogene Aushandlungen des Politischen fassen, da hier – über bloße Einstellungen hinausgehende – gesellschaftlich geteilte Vorstellungen und Wissensvorräte über Politik und Politisches sowie kollektive Konstruktionen politischer Wirklichkeit (re-)produziert werden.

Wurde über die Positionen von Rohe und Dörner vor allem die *kollektive* Dimension politischer Kultur betont, ging es im nachfolgenden Abschnitt 3.2.3 im Anschluss an Peter Dahlgrens alltagskulturell reformuliertes *Civic-Cultures*-Modell darum, stärker die *individuellen* – allerdings gesamtgesellschaftlich eingebetteten – Faktoren in den Blick zu nehmen, die Dahlgren als Bedingungen für die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben im Sinne von *Civic Agency* konzipiert. Auch hier ließ sich Alltag als wichtiges Element des Politischen herausstellen, indem die verschiedenen Dimensionen von *Civic Cultures* als in alltäglichen Erfahrungen, Handlungen und Deutungsprozessen wurzelnde Voraussetzungen für Partizipation (auch) im öffentlichen, institutionell-politischen Bereich skizziert wurden.

Ergänzend zu den bisher diskutierten Erweiterungen des Politikbegriffs um die Dimension von Alltag zielte Abschnitt 3.3 darauf, *Macht und Konflikt* als zentrale Dimensionen des Politischen in die Theoriearbeit einzubringen. Dazu habe ich verschiedene Ansätze und Perspektiven vorgestellt und diskutiert, mithilfe derer eng gefasste, institutionenbezogene Politikverständnisse um eine Berücksichtigung der machtdurchzogenen und konflikthaften Verfasstheit des Politischen erweitert werden können.

In Abschnitt 3.3.1 ging es entsprechend darum, im Anschluss an Perspektiven der Cultural Studies ein Verständnis von alltäglicher, populärer Medienkultur als gesellschaftlichem Konfliktfeld zu entwickeln, in dem soziale Macht- und Ungleichheitsverhältnisse, politische Rationalitäten und Subjektpositionen (re-)produziert, verfestigt und infrage gestellt werden können. Zudem ließ sich über die Betonung eines ambi-

valenten, aber untrennbaren Zusammenhang zwischen Populärem und Politischem anknüpfend an Cultural-Studies-Positionen die gängige Dichotomie zwischen Information und Unterhaltung – sowohl mit Blick auf die Klassifikation medialer Angebote als auch hinsichtlich der Rezeptionserwartungen und -erfahrungen aus Perspektive der Aneignenden – aufbrechen und aufzeigen, inwiefern Populärkultur als wichtige Ressource für Involvement mit Politischem betrachtet werden kann.

Über den gemeinsamen Bezug auf Antonio Gramscis Hegemonietheorie als verbindendem Element zwischen den Cultural Studies und Chantal Mouffes politischer Theorie habe ich in Abschnitt 3.3.2 dargelegt, wie sich anschließend an Mouffe ein um Aspekte von Macht und Konflikt erweitertes Verständnis des Politischen fassen lässt. So konnte ich zeigen, dass das von Mouffe vertretene Konzept des Politischen Macht – im Sinne von Hegemonie – und Konfliktivität – im Sinne von Antagonismen bzw. Agonismen – als konstitutive Elemente des Politischen betrachtet. Daran anknüpfend habe ich diskutiert, welche Schlussfolgerungen sich daraus für die Untersuchung medienbezogener Aushandlungen des Politischen im Kontext alltäglicher Kommunikation ergeben: Wenn, so lässt sich etwa im Anschluss an kommunikationswissenschaftliche Adaptionen der Mouffe'schen Theorie beispielsweise durch Nico Carpentier und Peter Dahlgren argumentieren, das Politische als immerwährende Möglichkeit des Antagonismus und als Kampf um Hegemonie verstanden wird, kann daraus geschlossen werden, dass das Politische keinen spezifischen, institutionellen ›Ort‹ innerhalb des Sozialen hat, sondern sich überall dort manifestieren kann, wo machtvoll und konfliktäre Aushandlungsprozesse sozialer Beziehungen und legitimer Weltansichten stattfinden – auch in alltäglichen, vermeintlich unpolitischen Formen des Medienhandelns und der Kommunikation Jugendlicher. Anknüpfend daran konnte ich medienbezogene Auseinandersetzungen etwa mit umkämpften Werten, Normen, und Fragen der Gestaltung gesellschaftlichen Miteinanders als zentrale Bestandteile von Aushandlungsprozessen des Politischen skizzieren.

In Abschnitt 3.3 habe ich gezeigt, welchen Beitrag feministische Theorie für ein um die Dimensionen von Macht und Konflikt erweitertes Verständnis des Politischen leisten kann. Als zentraler Ausgangspunkt für solche Reartikulationen ließ sich eine Kritik an Dichotomien wie Öffentlichkeit–Privatheit, Ratio–Affekt und Information–Unterhaltung herausstellen. Vor diesem Hintergrund habe ich dargelegt, wie mithilfe von Einsichten, Vorschlägen und Modellen aus der feministischen Theorie eine Rekonzeptualisierung des Politischen vorgenommen werden kann, die gesellschaftliche Machtverhältnisse sowie die Dimension des Alltäglichen berücksichtigt und Politik nicht auf Staatlichkeit bzw. politische Institutionen verengt. Hierzu habe ich etwa die Ausweitung des Politischen auf vormalig als ›privat‹ klassifizierte Räume, eine macht- und herrschaftskritische Position, die Vermittlung von Symbolischem und Materiellem sowie die Einsicht in den Konstruktionscharakter des Politischen als zentrale Elemente eines feministischen Politik- und Öffentlichkeitsverständnisses herausgearbeitet. Diese Dimensionen wurden zudem konzeptuell mit dem von Elisabeth Klaus eingebrachten Verständnis von Öffentlichkeit als auf drei Ebenen stattfindendem »gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess« verbunden. Daran anschließend konnte ich die im Zentrum dieser Arbeit stehenden alltäglichen, medienbezogenen Aushandlungsprozesse des Politischen auf der Ebene einfacher Öffentlichkeiten verorten und als vielschichti-

ge und durchaus widersprüchliche Kommunikationsformen konturieren, in denen sich Privates und Politisches vermischen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass dieses Kapitel im Anschluss an kritische Interventionen etwa der Cultural Studies und feministischer sowie post-strukturalistischer Theorie in kommunikations- und medienwissenschaftlicher sowie politikwissenschaftlicher Forschung ein rekonzeptualisiertes und dichotomiekritisches Verständnis des Politischen entfaltet. Ein solches Verständnis stellt die machtvolle Verknüpfung des Politischen mit staatlichen Institutionen, Öffentlichkeit, Konsens, Ratio sowie Information einerseits und einer damit einhergehenden Abqualifizierung von Alltäglichem bzw. Populärkulturellem, Privatem, Konflikthaftigkeit, Affekten und Unterhaltung als vermeintlich unpolitisch andererseits grundlegend infrage. Die vorangegangenen Abschnitte haben das Politische vielmehr als gesellschaftlichen Widerstreit, als Prozess der Konstruktion und Reartikulation politischer Wirklichkeit und als Verhandlung geteilter Wissensvorräte zur Verfasstheit des Sozialen gerahmt und damit jenseits des eng gefassten Bereichs institutionalisierter Politik verortet. Daran anschließend können medienbezogene Aushandlungen des Politischen im Sinne des zentralen Forschungsgegenstands dieser Arbeit als (Selbst-)Verständigungsprozesse über gesellschaftliche Machtverhältnisse, Formen des Zusammenlebens und soziale wie politische Belange gefasst werden, die nicht nur auf staatlich-institutioneller Ebene stattfinden, sondern auch mittels vermeintlich profaner, häufig unspektakulärer Kommunikationsformen und -foren im mediatisierten Alltag Jugendlicher.

